

Ein Blick



in die Welt

WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

21. Jahrgang / Heft 5/6

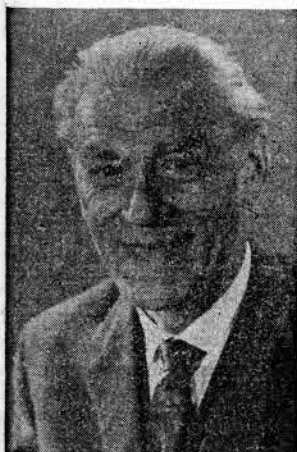
Mai-Juni 1966

Einzelpreis 50 Pf

Die Verschärfung der Lage und die westdeutsche Arbeiterbewegung

Aus dem Referat des Genossen Max Reimann auf der 7. Tagung des ZK

I.



Auf der 6. ZK-Tagung haben wir die Lage nach den Bundestagswahlen analysiert, unsere nationale, friedliche und demokratische Alternative begründet und die nächsten Aufgaben, besonders in bezug auf die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, festgelegt. Die politische Entwicklung hat die Richtigkeit der auf der 6. ZK-Tagung festgelegten Politik vollauf bestätigt. In den Grundorganisationen unserer Partei haben Mitgliederversammlungen stattgefunden, die eine gründliche Aussprache zur Politik unserer 6. ZK-Tagung zur Grundlage hatten.

Wir erachten die Einberufung dieser 7. ZK-Tagung für erforderlich, um

1. **Schlußfolgerungen aus der Verschärfung der Lage zu ziehen.** Daraus ergibt sich für unsere Partei, ihre Anstrengungen zu verstärken, um zum offenen Gespräch mit den Sozialdemokraten zu kommen. Hierbei kommt dem Offenen Brief des Zentralkomitees der SED an die

Delegierten des Dortmunder Parteitages der SPD und an alle Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratie in der Bundesrepublik eine besondere Bedeutung zu;

2. **einige ideologische Fragen zu behandeln, die sich aus dem Kampf unserer Partei gegen die verstärkte ideologische Kriegsvorbereitung des deutschen Imperialismus und Militarismus ergeben;**
3. **einige neue Fragen des Kampfes um die Legalität unserer Partei zu beantworten.**

Die Entwicklung seit dem letzten Plenum des Zentralkomitees ist dadurch gekennzeichnet, daß auf der einen Seite die Gefahr des Krieges größer geworden ist, auf der anderen Seite aber auch die aggressiven Kräfte des deutschen Imperialismus zunehmend in die Isolierung geraten.

Worin besteht die wachsende Gefahr des Krieges? Sie besteht darin, daß die amerikanischen Imperialisten ihre Kriegsanstrengungen in Vietnam immer mehr steigern und daß die deutschen Monopolherren und ihre Bonner Regierung in zunehmendem Maße in diesen Krieg auf Seiten der USA eingreifen. Die Größe der Gefahr, die vom deutschen Imperialismus droht, kommt weiter zum Ausdruck in ihrem zunehmenden Drang nach Mitverfügung über Atomwaffen, in der Verstärkung ihrer Revancheforderungen, in ihrem Kampf um die Vorherrschaft in Westeuropa und in der durch die Lübke-Reise deutlich gewordenen neokolonialistischen Politik.

Dieser wachsenden Aggressivität nach außen entsprechen die zunehmenden Angriffe der Monopole auf die Lebenslage der Werktätigen, um höchste Profite zu erzielen und die Rüstung zu finanzieren und die in der letzten Zeit besonders intensiv betriebenen Anstrengungen, die Notstandsverfassung zu verabschieden, um mit der Notstandsgesetzgebung die noch verbliebenen demokratischen Rechte des Volkes zu beseitigen und den aggressiven Kurs nach außen und innen auch gegen den Willen des Volkes durchsetzen zu können.

Der Vorsitzende der CSU, Franz Josef Strauß, einer der Wortführer der aggressivsten Kräfte der Bundesrepublik, hat den imperialistischen Machtanspruch der deutschen Monopole plastisch zum Ausdruck gebracht, indem er sagte, daß die Bundesrepublik, die ökonomisch ein Riese sei, politisch nicht länger ein Zwerg sein wolle. In diesem Zusammenhang erklärte er, wenn man politische Geltung erlangen will, müsse man Opfer für die Rüstung bringen. Dieser Anspruch auf Vermehrung und Erweiterung seines Einflußbereiches ist charakteristisch für den Imperialismus in der Bundesrepublik.

Die rasche Entwicklung der Produktivkräfte hat, im Zusammenhang mit dem vollentfalteten System des staatsmonopolistischen Kapitalismus, einen verstärkten Drang nach Expansion, einen intensiveren Kampf um Rohstoffe und Märkte und damit den neo-

kolonialistischen Kurs und das Bestreben zur Folge, durch Rüstung Höchstprofite zu erzielen, die Ausbeutung der Arbeiterklasse und die Ausplünderung der Volksmassen außerordentlich zu verstärken. Das verschärft sowohl die äußeren als auch die inneren Widersprüche des westdeutschen Imperialismus.

Die Völker Westeuropas und selbst die Verbündeten in der NATO haben kein Interesse daran, für die Kriegsziele des westdeutschen Imperialismus die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Das wurde zum Beispiel sehr deutlich bei der Ankündigung de Gaulles, daß Frankreich den NATO-Vertrag nicht verlängern wird, bei den Erklärungen verschiedener westeuropäischer Regierungen, daß sie dagegen sind, daß die westdeutschen Monopole den Finger an den Atomdrücker bekommen.

Der aggressive Kurs nach außen verschärft gleichzeitig die inneren Widersprüche, was nicht zuletzt zum Ausdruck kommt in den Lohnbewegungen, in dem Widerstand der Massen gegen die Preispolitik, in der Forderung nach einer realen Haltung zur Deutschlandfrage und im Widerstand gegen die Notstandsgesetze.

Dieser verschärfte reaktionäre Kurs im Innern auf Notstandsgesetze ist ein Ausdruck dafür, daß die Monopolbourgeoisie der Bundesrepublik zwar ökonomisch äußerst stark, ihr Herrschaftssystem jedoch keineswegs stabil ist.

Formierte Gesellschaft ist Gleichschaltung

Die sogenannte formierte Gesellschaft ist der Versuch der Monopolbourgeoisie in der Bundesrepublik, mit den wachsenden Widersprüchen fertig zu werden. Der Plan der „formierten Gesellschaft“ bildet die strategische Grundkonzeption des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der Bundesrepublik für die Verwirklichung seiner Ziele nach außen und innen unter den neuen, schwieriger gewordenen Bedingungen. Die Zielsetzung der „formierten Gesellschaft“ reicht von der Verschärfung der Ausbeutung der Werktätigen über die Ausschaltung und Knebelung aller demokratischen, antimonopolistischen Kräfte bis zur Verwirklichung der

Herrschaftsansprüche der westdeutschen Monopolbourgeoisie in Europa und in der Welt. In der Rede Erhards auf dem CDU-Parteitag 1965 über die formierte Gesellschaft kommt klar das Ziel der Gleichschaltung auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, die Errichtung eines autoritären Herrschaftssystems mit starken neofaschistischen Zügen in der Bundesrepublik zum Ausdruck, durch das die Bewegungsfreiheit der Arbeiterklasse, der Arbeiterorganisationen und aller demokratischen gesellschaftlichen Kräfte immer mehr eingeengt und in Fesseln geschlagen werden sollen.

Der Vorsitzende des DGB, Ludwig Rosenberg, charakterisierte Erhards

„formierte Gesellschaft“, seine Bemerkung in der Regierungserklärung, daß die Nachkriegsperiode zu Ende sei, als den Beginn einer großen inneren Offensive gegen die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften. Er gelangt zu der Schlußfolgerung, daß eine solche Entwicklung die Gefahr eines neuen 1933 heraufbeschwört.

Die herrschenden Kreise sind nicht gewillt, die Nachkriegsperiode durch eine gesicherte Friedensordnung abzulösen. Sie halten vielmehr den Zeitpunkt für gekommen, eine neue Vorkriegszeit einzuleiten und die Wei-

chen auf die Vorbereitung eines neuen Aggressionskrieges zu stellen. Darum hat von allen Seiten ein verschärfter Angriff auf die Arbeiterklasse und die demokratischen Kräfte begonnen.

Daraus ergibt sich die erhöhte Verantwortung der Arbeiterklasse und die Schlußfolgerung, daß die Aktions-einheit der Arbeiterklasse für die Erhaltung der noch bestehenden Rechte und zur Verteidigung der sozialen Er-rungenschaften gegenüber allen drohenden Gefahren zu einer Lebens-frage geworden ist.

Erhard-Regierung aktiv im schmutzigen USA-Krieg in Vietnam

Es stellt sich die Frage, warum die Erhard-Regierung die europäische Regierung ist, die am offensten den schmutzigen Krieg der USA in Vietnam unterstützt und jede Steigerung des militärischen Einsatzes begrüßt, der Wiederaufnahme der Luftbombardements gegen Nordvietnam Beifall spendet und eine große Kampagne der psychologischen Kriegsführung zur westdeutschen Unterstützung des USA-Krieges in Vietnam begonnen hat. Die Antwort auf diese Frage lautet: Die aggressiven westdeutschen Monopole und ihre CDU/CSU-Regierung sind interessiert an jeder Verschärfung der internationalen Spannungen; allein in einer Atmosphäre wachsender Spannungen hoffen sie, der Erreichung ihrer politischen Ziele näherzukommen.

Über sogenannte Wirtschafts-, technische und humanitäre Hilfe sowie der Entsendung eines Lazarettschiffes betreibt die Bonner Regierung die Steigerung ihres Einsatzes in Vietnam. Schon jetzt haben die USA wegen des vermehrten Munitionsverbrauches in Vietnam 6000 Bomben in der Bundesrepublik bestellt, die noch im Monat März ausgeliefert werden sollen. Schröder bietet bereits die Entsendung westdeutscher Truppen als Gegenleistung für die Mitverfügung über Atomwaffen an. So wird die Bundesrepublik durch die USA und durch die Bonner Regierung in den schmutzigen Krieg in Vietnam und in andere Konflikte des USA-Imperialismus hineingezogen.

So nehmen die westdeutschen Monopole bereits am schmutzigen Geschäft

des Krieges gegen das vietnamesische Volk teil und hoffen dadurch, die Unterstützung der USA für ihre eigenen Revancheforderungen zu erlangen.

Was ist das Gerede von der angeblich humanitären Hilfe doch für ein Betrug an unserer Bevölkerung. Erst werden die Bomben geliefert, mit denen Schulen und Krankenhäuser in Schutt und Asche gelegt werden, werden chemische Werke errichtet für die Herstellung von Napalm-Bomben der USA, mit denen Menschen, Tiere, Reisfelder vergiftet werden. Und dann soll das Ganze durch den Appell an die Bevölkerung, Lebensmittel und Medikamente an die Bewohner Vietnams zu schicken, vertuscht werden.

Die Forderung, keinen Mann und keinen Pfennig für den schmutzigen Krieg in Vietnam, entspricht dem Lebensinteresse der Bundesrepublik. Wir wollen nicht, daß die Bundesrepublik in diesen schmutzigen Krieg hineingezogen wird. Wir wollen nicht, daß durch die Unterstützung des schmutzigen Krieges der USA zur Unterdrückung des vietnamesischen Volkes der Krieg von Vietnam nach Deutschland und Europa übergreift. Wir wollen nicht, daß die Bundesrepublik durch eine Beteiligung am schmutzigen Krieg gegen das vietnamesische Volk in ähnlicher Weise beschmutzt wird wie der Name Deutschlands durch den Einsatz der „Legion Condor“ gegen das spanische Volk. Wir wollen, daß von der Bundesrepublik jede Initiative unterstützt wird, die der Beendigung des Krieges in Vietnam unter voller Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes

des vietnamesischen Volkes dient. Wir wollen nicht, daß die Bundesrepublik zum Spielball der Interessen ausländischer Mächte, zum Spielball der Interessen des amerikanischen Imper-

rialismus wird, wie wir ebenso nicht wollen, daß die deutschen Imperialisten sich wieder als Gendarmen gegen die nationalen Interessen anderer Völker betätigen.

Alles für die Beendigung des Krieges in Vietnam

Daraus ergibt sich die große verantwortungsvolle Aufgabe unserer Partei, die Arbeiterklasse stärker als bisher in die Bewegungen für die Beendigung des schmutzigen Krieges in Vietnam, für die Solidarität mit dem vietnamesischen Volk im Kampf um seine Freiheit und Unabhängigkeit einzubeziehen. Die Aktionen der Jugend und Studenten für die Hilfsaktion Vietnam und die Solidarität mit dem kämpfenden vietnamesischen Volk müssen in viel stärkerem Maße als bisher von der Arbeiterklasse und ihren Organisationen unterstützt werden. Ein guter Anfang dazu sind die Beschlüsse, in denen die Bauarbeiter die beabsichtigte Entsendung von Bautrupps nach Vietnam abgelehnt haben. Ein guter Anfang ist auch der Beschluß der Delegiertenversammlung der IG Metall in Solingen und die Stellungnahme, die die Zeitung der IG Metall veröffentlicht hat. Die Solinger Delegiertenversammlung der IG Metall erklärte, daß jede westdeutsche Hilfe für die amerikanische Aggression zu einer Ausweitung des Krieges führen würde. Eine wirklich humanitäre Hilfeleistung für die Bevölkerung Vietnams könnte daher nur in einer Unterstützung der wachsenden Bewegung für die Beendigung der USA-Aggression, für Unabhängigkeit und Selbstbestimmung des vietnamesischen Volkes bestehen.

Die herrschenden Kreise in Bonn benutzen alle ihre Propaganda-

Ein Modell für Deutschland

Wir finden es als höchst bedeutsam, daß Indiens Ministerpräsident, Frau Indira Gandhi, erklärte, daß Taschkent durchaus ein Modell für Deutschland sein könne. Jawohl, die Probleme in Deutschland können nur gelöst werden, wenn sich die Vertreter beider deutscher Regierungen an einen Tisch setzen und beginnen, miteinander zu sprechen. Dabei ist nicht einmal entscheidend, wie groß zunächst ihre

instrumente, um unsere Bevölkerung dahingehend zu beeinflussen, als ob die Gegensätze zwischen Ost und West so groß seien, daß eine Politik der friedlichen Koexistenz unreal sei. Solche Leute, wie Strauß und Barzel, die sich zudem noch Christen nennen, halten selbst im Zeitalter des Atoms den Krieg weiterhin als ein Mittel zur Fortsetzung der Politik. Der atomare Krieg aber wäre das Ende der Bundesrepublik und darf darum niemals ein Mittel der Politik sein. Jedes auch noch so komplizierte internationale Problem kann und muß auf friedliche Weise gelöst werden. Das Taschkenter Abkommen ist hierfür ein Beweis. Der militärische Zusammenstoß zwischen Indien und Pakistan, eine Folge der kolonialistischen Hinterlassenschaft, konnte auf sowjetischem Boden und auf friedliche Weise beigelegt werden. Dadurch wurde der ganzen Menschheit bewiesen, daß vom ersten sozialistischen Staat der Welt, nach welcher Himmelsrichtung auch immer, nicht der Krieg, sondern der Friede ausgeht. Der Volkskampf um die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz bietet in der Welt von heute die einzige Möglichkeit, die zwischen den Völkern offenen Fragen im Geiste des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit zu lösen. Solange sich die Bonner Politik dieser Erkenntnis widersetzt und gegen diese Vernunft handelt, lebt unsere gesamte Bevölkerung in Unsicherheit und steter Gefahr.

Meinungsunterschiede sind, entscheidend ist, man findet die richtigen Anknüpfungspunkte, um Schritt für Schritt zu einer Atmosphäre der Entspannung und damit der sachlichen Erörterung der einzelnen Fragen zu gelangen. Man kann sicher sein, die Sowjetunion wie alle am Frieden interessierten Staaten würden ein solches Vorgehen zur Lösung der deutschen Frage aufrichtig begrüßen.

Seit Anfang dieses Jahres liegen sechs Vorschläge des Staatsrats der DDR, über die beide deutsche Staaten beraten könnten, auf dem Tisch. Aber vergeblich wartet man auf eine Antwort aus Bonn. In Bonn macht man zwar zwischen den verschiedenen Amtsstellen einen Wettstreit im Gerede über neue Wege zur Wiedervereinigung, aber der einzige Weg zur Wiedervereinigung, der über Entspannung, Verständigung und Abrüstung führt, wird durch den Griff nach Atomwaffen und Grenzprovokationen blockiert. Man gefällt sich zwar in heuchlerischen Reden über menschliche Kontakte, gleichzeitig werden kriminelle Elemente und kriminelle Methoden benutzt, um die Lage anzuhetzen und Grenzzwischenfälle zu provozieren. Die Skandale um die Menschenhändlerzentralen in Westberlin beweisen doch, daß im Auftrage der Spionagedienste, Bonner Regierungsstellen und der Spitzen der Bonner

Parteien und mit Abschrückung durch die politische Polizei bewußt Attentate, Schießereien und andere Zwischenfälle an der Grenze der Deutschen Demokratischen Republik organisiert werden. Es ist doch ganz selbstverständlich, daß sich so etwas kein Staat gefallen läßt und sich durch entsprechende Gegenmaßnahmen zu schützen sucht.

Jeder Bürger der Bundesrepublik muß sich doch überlegen, welche größeren Gefahren sich aus der Fortsetzung einer solchen Politik entwickeln können. Die aggressiven Monopole und ihre CDU/CSU-Regierung steigern ihre Kriegspolitik an der gefährlichsten Stelle in Europa, und jeder verantwortungsbewußte Deutsche hat die Pflicht, diesen Anschlag gegen den Frieden zu verhindern. Wir wollen kein Vietnam auf deutschem Boden. Was wir brauchen, ist eine verantwortungsbewußte nationale Politik.

Vorschläge für kollektive europäische Sicherheit

Wir haben auf unserer 6. ZK-Tagung Gedanken zu dem Problem der kollektiven Sicherheit in Europa entwickelt und begründet, warum ein solches System ein großer Gewinn gerade für die Bevölkerung der Bundesrepublik wäre. Inzwischen ist die Diskussion im Zusammenhang mit dem Auslaufen des NATO-Vertrages bis 1969 in allen europäischen Ländern weitergegangen. De Gaulle hat bekanntlich mitgeteilt, daß Frankreich den NATO-Vertrag nicht verlängern wird.

Auch die Bundesrepublik steht vor der Frage, was geschehen soll. Soll der Vertrag verlängert werden oder nicht? Wenn man von den friedlichen und nationalen Interessen unseres Volkes ausgeht, dann muß man doch die Tatsache im Auge haben, daß mit dem Eintritt der Bundesrepublik in die NATO und das Streben der deutschen Militaristen im Rahmen der NATO neben den USA eine führende Position einzunehmen, sich die Spaltung Deutschlands versteinert und sich die Gefahren kriegsrischer Konflikte in Europa erhöht haben.

Es entspräche dem Sicherheitsinteresse unserer Bevölkerung wie der friedlichen Lösung der deut-

schen Frage, wenn die Bundesrepublik den NATO-Vertrag nicht verlängern und statt dessen einen Beitrag für das Zustandekommen eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa leiten würde.

Während der NATO-Vertrag uns keine wirkliche Sicherheit gebracht hat, sondern Unsicherheit, würde die Schaffung eines Systems* kollektiver europäischer Sicherheit jeden europäischen Staat vor einem unprovokierten Angriff schützen. Damit könnte eine wirkliche Friedenssicherung in Europa eingeleitet werden. Von der Bundesrepublik sollten Maßnahmen eingeleitet werden, die das Zustandekommen eines europäischen Sicherheitssystems ermöglichen. Solche Schritte könnten sein:

Die Bundesrepublik erklärt ihre Bereitschaft, einem Vertrag über die Nichtweitergabe von Atomwaffen beizutreten und, um das Zustandekommen eines solchen Vertrages zu erleichtern, auf jede Form des Besitzes oder der Mitverfügung über Atomwaffen zu verzichten.

Die Bundesrepublik erklärt weiterhin, daß sie bereit ist, mit der DDR Verhandlungen über einen Rüstungs-

stopp und Abrüstungsmaßnahmen in beiden deutschen Staaten zu führen.

Ein wesentlicher Beitrag der Bundesrepublik zum Zustandekommen eines solchen europäischen Sicherheitssystems wäre auch eine Erklärung, auf jede Gewaltanwendung zur Lösung der deutschen Frage zu verzichten und die in Europa bestehenden Grenzen anzuerkennen.

Ein System kollektiver Sicherheit in Europa würde die Unabhängigkeit, das Selbstbestimmungsrecht, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines jeden Staates gewährleisten. Damit würde in Europa das Prinzip der friedlichen Koexistenz, des friedlichen Nebeneinanderbestehens und des Wettbewerbs von Staaten unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Systeme, ihrer Zusammenarbeit in wirtschaftlichen, handelspolitischen und kulturellen Fragen unter Beachtung ihrer Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils zur Grundlage der Beziehungen zwischen den Staaten werden.

Solange der NATO-Vertrag gilt, würde die Schaffung eines solchen

Systems der kollektiven Sicherheit in Europa nicht die Auflösung der beiden Militärpaktsysteme zur Voraussetzung haben. Ein Schritt zur Schaffung der europäischen Sicherheit könnte auch der möglichst baldige Abschluß von Nichtangriffspakten zwischen den Staaten dieser beiden Paktsysteme sein.

Diesem System kollektiver Sicherheit sollten alle Staaten Europas gleichberechtigt angehören, unabhängig von der Größe ihres Territoriums und ihrer Einwohnerzahl.

Die Schaffung eines solchen Systems europäischer Sicherheit würde die Lage in Europa entspannen, Mißtrauen beseitigen und gutnachbarliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten ermöglichen. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß in einer Atmosphäre der Spannungen und der Verschärfung der Lage die Spaltung Deutschlands sich versteinert. Der Abbau der Spannungen und des Mißtrauens dagegen würde das Näherkommen der beiden deutschen Staaten erleichtern und Schritte auf dem Wege der Wiedervereinigung möglich machen.

Das sozialreaktionäre Programm der CDU/CSU und der Kampf für die sozialen Rechte

Die Feststellung auf der 6. ZK-Tagung, daß die kommenden Lohnkämpfe an Härte zunehmen werden, hat sich bestätigt. Auf der Grundlage des sozialreaktionären Programms der CDU/CSU haben Regierung und Monopole einen umfassenden Angriff auf den Lebensstandard der Werktätigen eröffnet.

Über weitere Preissteigerungen, Verhinderung von Realloohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen, über eine noch rigorosere Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der Monopole, zugunsten wachsender Steuermittel soll auf Kosten der Werktätigen das Regierungsprogramm des Kanzlers der Monopole verwirklicht werden.

Die verstärkte atomare Aufrüstung, der Griff nach Atomwaffen bringen der Bundesregierung neben den politischen auch wachsende finanzielle Schwierigkeiten, da diese Aufgaben einen immer größeren Teil des Nationaleinkommens verschlingen.

Hinzu kommt, daß die Monopole darauf drängen, immer höhere Profite aus den werktätigen Massen herauszupressen, daß sie Milliardensummen brauchen, um im Wettlauf der technischen Entwicklung ihre Vormachtstellung in der EWG und ihre Expansion auf dem Weltmarkt weiter auszubauen.

Diese Milliarden für die Rüstung und für die steigenden Profite der Monopole aufzubringen — das ist der wirkliche Grund für den umfassenden Angriff auf die Lebenslage der Werktätigen, für das unverschämte, provozierende Verhalten der Monopole und ihrer Regierung in der gegenwärtigen Lohnbewegung der Gewerkschaften. Hier liegt die Begründung für den Ruf nach staatlicher Zwangsregulierung der Lohn- und Gehaltsentwicklung, nach beschleunigter Verabschiebung der verfassungsändernden Notstandsgesetze. Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Hermann Beermann stellte auf der 7. Landesbezirkskonfe-

renz des DGB in Bayern zu dieser Entwicklung in der Bundesrepublik fest, „daß trotz aller Wandlungen in den Formen bei uns nach wie vor eine Klassengesellschaft vorhanden ist, deren besonderes Merkmal ein harter, von oben geführter Klassenkampf ist“.

Also nicht die Sorge um die Währungsstabilität, um das Gemeinwohl, um die Sicherung des Arbeitsplatzes oder gar um das Wohlergehen der Verbraucher bestimmt das Handeln der Konzernherren und ihrer Regierung, sondern ihr Profit- und Kriegsstreben. Bei ihrem demagogischen Gerede von der Sicherung der Konjunktur sprechen die Monopolherren immer nur vom Lohnverzicht für die Arbeiter und Angestellten, aber niemals von einer Einschränkung oder

Begrenzung ihrer sich explosionsartig vermehrenden Profite. Hier liegt die Wurzel des sich verschärfenden Widerstands zwischen Monopolen und Regierung einerseits und den breiten werktätigen Massen andererseits.

Diesem Widerspruch soll mit einer Verteufelung der Gewerkschaften begegnet werden. So soll der wachsende Unwille der Bevölkerung gegen die Gewerkschaften gelenkt werden.

Die Aufgabe aller Kommunisten besteht darin, gerade diese Ablenkungsmanöver der Monopole allseitig zu enthüllen, die gewerkschaftlichen Forderungen überzeugend zu begründen und die wirklichen Hintergründe dieses sozialreaktionären Kurses aufzudecken.

Die sozial-reaktionäre Wirtschaftspolitik der Monopole

Die angebliche Gefährdung der Wirtschaft, der Konkurrenzfähigkeit durch Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen sieht in der Praxis so aus: Der Gesamtumsatz der Industrie hat von 1964 auf 1965 um 27,8 Milliarden DM oder 8 Prozent, der Auslandsumsatz um 4,2 Milliarden DM oder ebenfalls 8 Prozent zugenommen. Der Industrieumsatz im Dezember 1965 lag 9 Prozent höher als im Dezember 1964. Der Auslandsumsatz lag sogar um 10 Prozent höher. Obwohl seit 1960 Arbeitszeitverkürzungen wirksam wurden, ist die Ausfuhr der Bundesrepublik in der Zeit von 1960 bis 1965 von 47,9 Milliarden DM auf 71,7 Milliarden DM gestiegen. Allein der Monat Dezember 1965 brachte den höchsten Exportüberschuß seit 20 Monaten. Die Monopole aber malen das Gespenst der Krise, des Wirtschaftsruins an die Wand. Die Maßnahmen der Bundesregierung, der Bundesbank gegen eine Überhitzung der Konjunktur sind ein weiterer Beweis dafür, wie verlogen die Monopole und ihre Regierung diese Wirtschaftsentwicklung darstellen, wenn es um Lohn- und Gehaltsforderungen der Gewerkschaften geht, wenn die Werktätigen ihren gerechten Anspruch auf einen erhöhten Anteil am wachsenden Sozialprodukt erheben.

Selbstverständlich wird den deutschen Monopolen in der EWG, auf dem Weltmarkt wachsender Widerstand

entgegengesetzt. Aber daran sind nicht die gewerkschaftlichen Forderungen schuld, sondern die ökonomischen, politischen und militärischen Großmachtpläne des deutschen Monopolkapitals. Auf wachsenden Widerstand stößt sein Bestreben nach Ausbau seiner Vormachtstellung gegenüber ökonomisch schwächeren Ländern. Auch innerhalb der Bundesrepublik setzen die Monopole sich über alle Erfordernisse einer nationalen Wirtschaftspolitik hinweg, wenn sie zum Beispiel den Bergarbeitern um ihrer Maximalprofite willen die Arbeitsplätze rauben, wenn sie dem amerikanischen Monopolkapital die Gelegenheit geben, in wachsendem Maße in die Wirtschaft der Bundesrepublik einzudringen. Die Auswirkungen dieser antinationalen Politik verspüren auch die Landwirtschaft und der Mittelstand.

Die Mehrheit unserer Bevölkerung leidet unter diesem Profitstreben der westdeutschen Monopole, die unter Sicherung der Wirtschaft, Sicherung des Allgemeinwohls ausschließlich die Sicherung wachsender Profite, wachsender Machtpositionen in Wirtschaft und Staat und im internationalen Maßstab verstehen.

Diesem Streben der großen Monopole und ihrer Regierung wachsenden Widerstand durch aktive Lohnpolitik, durch Verhinderung jeglicher Notstandsgesetze und Durchsetzung einer qualifizierten Mitbestimmung ent-

gegenzusetzen — darin besteht die gegenwärtige Aufgabe der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik und

darin besteht die große Bedeutung des gegenwärtigen gewerkschaftlichen Kampfes.

Aktive Lohnpolitik gegen Machtpolitik der Monopolherren

Für die Monopolherren ist die gegenwärtige Lohnbewegung — ihr provokatorisches Verhalten beweist das — in erster Linie eine Machtfrage. Sie wollen die Kraft der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften brechen. Darum ihre Verfälschung wirtschaftlicher Tatbestände, ihre provokatorischen Verhandlungsmethoden, ihr Zynismus gegenüber den Gewerkschaften. Hier zeigt sich, wie tief die Klassengegensätze in der Bundesrepublik sind und wie verlogen das Gerede von der sogenannten Sozialpartnerschaft ist.

Sehr deutlich wurde das während der Lohnbewegung in der Metallindustrie. Erhard hatte schon in seiner Regierungserklärung das Stichwort gegeben: Maßhalten und Arbeitszeitverlängerung. Gesamtmetall lehnte provokatorisch die berechtigten Forderungen nach neun Prozent Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit ab. Die Unternehmer wollten praktisch für alle Gewerkschaften einen Lohnstopp erzwingen.

Die gleichen Leute, die die Preise in die Höhe treiben, Notstandsgesetze und steigende Rüstungslasten durch-

setzen wollen, glaubten die Metallarbeiter einschüchtern und vom Kampf für ihre berechtigten Forderungen abhalten zu können. Aber die IG Metall zeigte ihre Entschlossenheit, klärte die Öffentlichkeit auf, bereitete den Streik vor, und die Metallarbeiter führten zahlreiche Warnstreiks durch. Das brachte die Metallindustriellen erneut an den Verhandlungstisch. Sechs Prozent Lohnerhöhung ab 1. Januar 1966, fünf Prozent ab 1. Januar 1967, einschließlich des Lohnausgleichs für die Arbeitszeitverkürzung, die endgültig am 1. Januar 1967 durchgeführt wird, ist das Ergebnis. Es ist ein Kompromiß, zweifellos. Nicht die ganzen Forderungen konnten durchgesetzt werden. Aber die Absichten, die die Unternehmerverbände und die Regierung durchsetzen wollten, wurden durchkreuzt. Der Weg ist weiter offen für soziale Verbesserungen, für höhere Löhne. Die ÖTV, die Postgewerkschaft und die Gewerkschaft der Eisenbahner haben bereits die richtige Schlussfolgerung gezogen und neun Prozent Lohnerhöhung und eine stufenweise Verkürzung der Arbeitszeit von 44 auf 40 Stunden gefordert.

Lehren aus dem Lohnkampf der Metallarbeiter

Die wichtigste Lehre aus dem Lohnkampf der Metallarbeiter aber ist, daß den Arbeitern nichts geschenkt wird. Die Sozialpartnerschaft ist nur Geschwätz. Jeder Pfennig Lohn, jede soziale Verbesserung muß durch Entschlossenheit und Kampf durchgesetzt werden. Jetzt kommt es darauf an, den Metallarbeitern zu helfen, die Lohnerhöhung effektiv zu machen. Das erfordert das solidarische Handeln aller Arbeiter.

Schon ist es in einigen Betrieben zu Teilstreiks gekommen, weil die Monopolherren betriebliche Verschlechterungen durchsetzen wollten. Die Metallarbeiter haben recht, die schon der ganzen Arbeiterschaft entschlossen gegen jede Preissteigerung gekämpft darauf hingewiesen haben, daß von werden muß, Denn Preissteigerungen

würden die Lohnerhöhung wieder rückgängig machen.

Die Monopolherren wollen die Lohnforderungen in Gegensatz bringen zu den sogenannten Verbraucherinteressen. Das ist aber doch ein ausgemachter Schwindel, denn 90 Prozent der Verbraucher sind Arbeiter, Angestellte und solche Bevölkerungsschichten, deren Einkommen in hohem Maße vom Lohn der Arbeiter abhängt. Hinzu kommt, daß selbst das Sachverständigen-Gremium der Bundesregierung in seinem Gutachten über die wirtschaftliche Entwicklung nachgewiesen hat, daß die Forderungen der Gewerkschaften maßvoll waren und die Lohnerhöhungen nicht preistreibend wirkten. **Es gibt keine Lohn-Preis-Spirale, sondern es gibt im Gegenteil nur eine Profit-Rüstungs-Preis-Spirale.**

Höchste Alarmstufe gegen Notstandsgesetze!

Der Tatsache bewußt, daß sie mit diesem verschärften Angriff auf die Lebenshaltung der Mehrheit unseres Volkes einen wachsenden Widerstand hervorrufen, wird von den Vertretern der Monopole und ihrer Regierung in jüngster Zeit ein neuer konzentrierter Angriff auf das Grundgesetz durchgeführt. Mit brutaler Offenheit erklären die Monopole und die CDU/CSU-Spitze, daß es höchste Zeit sei, weitere Notstandsgesetze und vor allem die Notstandsverfassung durchzupeitschen.

Jüngste Ereignisse beweisen eindeutig, welche Ziele damit verfolgt werden sollen. Da werden mit kriegsmäßig ausgerüsteten Truppen und motorisierten Verbänden Betriebe umstellt. Von Truppeneinheiten imitierte Streikdemonstrationen und -kundgebungen übungsartig mit militärischer Gewalt auseinandergeschlagen; „bestreikte“ Betriebe werden mit Stacheldrahtverhau umzogen.

Gegen solch eine Zielsetzung der Notstandsgesetze helfen keine papierenen Sicherheitsklauseln, die eine Aufrechterhaltung der gewerkschaftlichen Rechte nur vortäuschen sollen; denn – und das beweisen die wirklichen Gesetzestexte und diese Manöver: gerade die gewerkschaftliche Aktivität, die Gewerkschaftsbewegung sollen lahmgelegt werden. Deshalb gibt es nur einen Weg: an den richtigen gewerkschaftlichen Beschlüssen gegen die Notstandsgesetze festhalten und die Beschlüsse durchführen! **Die gewerkschaftliche Alternative zu den Notstandsgesetzen heißt: Verteidigung und Verwirklichung des Grundgesetzes und Durchsetzung einer qualifizierten Mitbestimmung in den Betrieben sowie auch überbetrieblich in Wirtschaft und Staat.**

Die Landesbezirkskonferenzen des DGB haben in Vorbereitung des 7. DGB-Kongresses hierzu schon eindeutige Aussagen gemacht. Auf der 7. Landesbezirkskonferenz des DGB in Bayern wurde vom Kollegen Xaver Senft festgestellt, daß eine direkte Verbindung zwischen der wachsenden Macht der Monopole, den Notstandsgesetzen und Erhards „formierter Gesellschaft“ besteht. Kollege Senft stellte fest: „Man spricht von Selbstbestim-

mung dort, wo sie ihren politischen Zielen nicht entgegensteht. Aber in der Wirtschaft ist man nicht bereit, die Mitbestimmung, die ja nur ein Teil der Selbstbestimmung ist, einzuführen.“

Der Weg der von Erhard propagierten „formierten Gesellschaft“ ist der Weg der Notstandsgesetze, der Errichtung der offenen Diktatur in der Bundesrepublik. Dieses wurde auf der 7. Landesbezirkskonferenz des DGB in Bayern vom Kollegen Senft wie folgt zum Ausdruck gebracht: „Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien höhnen die demokratischen Grundlagen mit Hilfe der Notstandsgesetze aus ...“ Und Kollege Linsert sagte: „Sie sprechen von Freiheit und ihrem Schutz und bemühen sich gleichzeitig, die Freiheitsrechte besonders der Arbeitnehmer durch Sondergesetze einzuschränken.“

Die Arbeiter und alle werktätigen Schichten dürfen sich nicht darüber hinwegtäuschen lassen, daß seitens der Regierung und einiger Führer der SPD zur Zeit große Anstrengungen unternommen werden, um den Standpunkt der Gewerkschaften und anderer demokratischer Kräfte in der Notstandsfrage aufzuweichen. So fanden schon zahlreiche direkte Verhandlungen zwischen dem Innenminister Lücke und dem Vorsitzenden der IG Bau-Steine-Erden, Leber, sowie dem Vorsitzenden der ÖTV, Kluncker, statt, in denen letztere zumindest einen unklaren und unentschiedenen Standpunkt einnahmen.

Es gibt Informationen darüber, daß auch in großen Gewerkschaften, wie zum Beispiel der ÖTV, der Vorstand die Mitglieder bewegen will, zum DGB-Kongreß keine Initiativen gegen die Notstandsgesetze zu ergreifen. Das alles erfordert, daß wir mit den sozialdemokratischen Genossen und Gewerkschaftskollegen große Anstrengungen unternehmen, um auf dem 7. DGB-Kongreß erneut eine strikte Ablehnung der Notstandsgesetzgebung zu erreichen und dadurch neue Voraussetzungen zu schaffen für einen aktiven Kampf gegen die Notstandspläne der Regierung.

Die große Aktivität Lückes, der nun in Geheimverhandlungen mit der FDP

und der SPD die Voraussetzungen für die Annahme der Notstandsverfassung schaffen will und seine Absicht, diesen Entwurf schon im Mai/Juni dem Bundestag vorzulegen, muß alle Demokraten alarmieren. Darum sollte auch bei den Kundgebungen und Demonstrationen zum 1. Mai die Ablehnung jeder Notstandsgesetze und der Notstandsverfassung und die Forderung nach mehr Mitbestimmung der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften in den Mittelpunkt gestellt werden.

Frieden und Abrüstung, die unterschiedene Ablehnung jeglicher Notstandsgesetze, die Forderung nach erweiterter Mitbestimmung standen überall im Mittelpunkt der Landesbezirkskonferenzen des DGB und sind damit ein unmißverständlicher Auftrag an den 7. DGB-Kongreß im Mai dieses Jahres.

Verständigung von Kommunisten und Sozialdemokraten stoppt aggressive Erhard-Politik

Wir widmeten der Frage der Beziehungen von Kommunisten und Sozialdemokraten auf unserer 6.ZK-Tagung einen wesentlichen Teil unserer Überlegungen. Wir gingen davon aus, daß Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen mit den friedlichen und demokratischen Kräften anderer Gesellschaftsschichten die Kraft sind, die allein in der Lage ist, die noch aggressiver gewordene Politik der Erhard-Regierung zu stoppen, die Gefahren, die uns bedrohen, abzuwehren und den Weg zu einem gesicherten Frieden in Deutschland und damit zur Wiedervereinigung zu öffnen. Von dieser Aufgabe her betonten wir die Notwendigkeit des sachlichen Gesprächs zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, der Verständigung zwischen ihnen über das Gemeinsame, das uns verbindet und des gemeinsamen Handelns in Betrieb, Gewerkschaft wie in allen übrigen gesellschaftlichen Organisationen, zur Abwehr der Anschläge auf das, was wir bisher errungen haben, zur Verteidigung der Demokratie, für wirtschaftliche und soziale Sicherheit und für gesellschaftlichen Fortschritt. **Wir gehen davon aus, daß auf einem solchen Wege sich der Einfluß der Arbeiterklasse und insbesondere auch ihrer Gewerkschaften im wirtschaftlichen**

Die auf unserer 6. ZK-Tagung festgelegte Orientierung, zu verteidigen, was sich die Arbeiter und alle Werktätigen an sozialen und demokratischen Errungenschaften erkämpft haben, hat sich in der Folgezeit als richtig bestätigt. Wir weisen mit besonderem Nachdruck darauf hin, daß wir in einer Zeit schärfster Angriffe der Monopole und ihrer Regierung auf die Lebenshaltung der Werktätigen und auf ihre demokratischen Rechte leben. Daraus sollte jeder die Schlußfolgerung ziehen, den Kampf gegen die Monopole und ihre Regierung zu verstärken, um den Einfluß der Arbeiter und aller Werktätigen auf Betrieb, Wirtschaft und Staat als Ausgangspunkt für die Durchsetzung einer neuen Politik in der Bundesrepublik zu erweitern.

wie im gesamtstaatlichen Leben erhöht. Um die Spaltung Deutschlands zu überwinden, ist vor allem die Verständigung der Arbeiterorganisationen der beiden deutschen Staaten notwendig.

Mit dem Offenen Brief des ZK der SED an die Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratie in der Bundesrepublik hat das offene Gespräch zwischen den stärksten Parteien beider deutscher Staaten über die Gegenwart und Zukunft Deutschlands einen machtvollen Anstoß bekommen. Das lebhafte Echo auf die Initiative beweist, daß in dem Brief die Fragen angesprochen sind, die heute viele Menschen bewegen.

Der Offene Brief der SED erschien zu einem Zeitpunkt, da in der Bundesrepublik das Scheitern der politischen Konzeption der CDU/CSU immer offensichtlicher und in Parteien und politischen Organisationen die Forderung nach einer Bestandsaufnahme und nach neuen politischen Initiativen in der Deutschlandpolitik erhoben wird. Der Brief gibt Antwort auf die Frage, wie es in Deutschland weitergehen soll, wie die durch die Bonner Machthaber in die Sackgasse geführte Deutschlandpolitik auf den Weg der Entspannung, der Friedenssicherung und der Überwindung der deutschen Spaltung geführt werden kann.

Wir müssen von der Tatsache ausgehen, daß wir Kommunisten Bürger der Bundesrepublik sind, in der Bundesrepublik leben und wirken. Wir sind bestrebt, daß von der Bundesrepublik eine Politik des Friedens, der Demokratie, der Verständigung und der sozialen Sicherheit ausgeht. Wir wissen, daß auch der übergroßen Mehrheit der Mitglieder und Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei die Entwicklung einer Politik des Friedens

Worin Sozialdemokraten und Kommunisten übereinstimmen

In welchen Fragen könnte es zu Übereinstimmungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten kommen?

Sozialdemokraten und Kommunisten bewegt der Gedanke, daß der oberste Grundsatz deutscher Politik sein muß, den Frieden für unser Volk zu erhalten. So stimmen wir überein mit der im Godesberger Programm enthaltenen Forderung, daß die Bundesrepublik auf den Besitz oder die Verfügung über Atomwaffen verzichtet, obwohl wir mit vielen anderen Punkten des Godesberger Programms nicht übereinstimmen.

Sozialdemokraten und Kommunisten sehen auch, daß die Politik der CDU/CSU tief in die Sackgasse geraten und ihre Fortführung gefährlich für unser Volk und mit dem Streben nach Wiedervereinigung unvereinbar ist. Die Schlußfolgerung sollte darum sein, daß jetzt Sozialdemokraten und Kommunisten sich verständigen über die Beendigung dieser Politik und über einige Punkte, die an Stelle dieser Politik gesetzt werden könnten.

Sozialdemokraten und Kommunisten wünschen, daß der Abbau unserer Demokratie gestoppt und das Grundgesetz erhalten wird, um den Diktaturgelüsten der Scharfmacher in der CDU/CSU vorzubauen. Sie sind mit den Gewerkschaften der Meinung, daß, um die Forderung unseres Grundgesetzes nach einem sozialen und demokratischen Rechtsstaat zu verwirklichen, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften in den Betrieben und in der Wirtschaft wie in der Politik erweitert wird.

Sozialdemokraten und Kommunisten vertreten die Meinung, daß der Angriff der Monopole und ihrer Regie-

am Herzen liegt. Es hat sich erwiesen, daß die Lage in der Bundesrepublik nicht von den Sozialdemokraten allein und nicht von den Kommunisten allein verändert werden kann. Um die Lage zu verändern, sollten Kommunisten und Sozialdemokraten die Punkte suchen, in denen wir uns verständigen können und wo es Übereinstimmung gibt, um entweder gemeinsam oder auch getrennt in gleicher Richtung wirken zu können.

rung auf den Lebensstandard durch Lohnerhöhung und die Sicherung der sozialen Leistungen aufgehoben werden muß. Sie stimmen darin überein, daß die Vermögens- und Einkommensverteilung in der Bundesrepublik ungerecht ist, daß, wie die Gewerkschaften es fordern, die Preis- und Steuerpolitik zugunsten der Verbraucher, der großen Mehrheit der Bevölkerung, zu verändern ist.

Sozialdemokraten und Kommunisten wollen, daß die Gewerkschaften als unabhängige Vertreter der Interessen der Arbeiterschaft erhalten und gestärkt werden.

Diese gemeinsamen Anliegen sind so groß, daß sie trotz vorhandener Meinungsverschiedenheiten in vielen Fragen Grundlagen für die Herstellung eines neuen Verhältnisses zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten und ihrer Verständigung sein können.

Auch in der SPD wird die Erkenntnis ausgesprochen: Mit der Politik der Stärke, der militärischen Drohung und der gesteigerten Aufrüstung wurde Deutschland gespalten und wird die Wiedervereinigung blockiert. In der SPD gibt es in zunehmendem Maße neue Überlegungen zur Lösung der deutschen Frage. Deshalb ist der Offene Brief des ZK der SED bei vielen Sozialdemokraten auf großes Verständnis gestoßen, so daß selbst maßgebende Führer der SPD erklärten, es sei erforderlich, Frage um Frage zu beantworten.

Sozialdemokratische Persönlichkeiten und Parteiorganisationen beginnen, aus dem Scheitern der CDU/CSU-Politik Schlußfolgerungen zu ziehen und zu den wichtigen nationalen Anliegen eigene Vorschläge zu entwickeln.

So forderte auf dem SPD-Landes-Parteitag Schleswig-Holstein der Landesvorsitzende Joachim Steffen einen Neubeginn der nationalen Politik der SPD. Der Parteitag verlangte, daß die westdeutsche Wehrpolitik und Rüstung nicht als Instrument aggressiven Drucks gegen die sozialistischen Länder dienen dürfe. Die Bundesrepublik solle deshalb positiv zu dem angestrebten Vertrag über die Nichtweitergabe von Atomwaffen Stellung nehmen; auf den physischen Besitz oder Mitbesitz von Atomwaffen verzichten und eine Entspannung durch militärische Verdünnung in Mitteleuropa anstreben.

Diese Forderungen der SPD-Landesorganisation Schleswig-Holstein sind ein Beitrag in der Aussprache über die Lösung unserer nationalen Lebensfrage. Diese auf eine Friedenssicherung gerichteten Vorschläge wurden mit der Empfehlung verbunden, Verhandlungen mit Vertretern der DDR aufzunehmen.

Gegenwärtig bereitet der Partei-

Gemeinsamkeitspolitik zahlt sich für die SPD nicht aus

Die Bundestagswahlen haben bewiesen, daß die Gemeinsamkeitspolitik sich für die SPD nicht auszahlt. Gewonnen hat davon nur die CDU/CSU, die SPD aber hat ihr Ziel nicht erreicht. Mit der Politik der Gemeinsamkeit konnte sich die CDU/CSU sogar über schwere innere Auseinandersetzungen und Klippen hinwegbringen, da die SPD in den letzten Jahren keine Alternative zur CDU/CSU entwickelte. Die Politik der Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU fortsetzen, das würde der CDU/CSU ermöglichen, eine neue Vorkriegsperiode einzuleiten, mit den Notstandsgesetzen alle Voraussetzungen für die Errichtung ihrer offenen Diktatur zu schaffen, die sich auch gegen die Sozialdemokratie selber richten würde.

Nun wird von Herbert Wehner und einigen anderen sozialdemokratischen Führern gefordert, daß die im Bundestag vertretenen Parteien sich zusammensetzen sollen, um über eine Deutschland-Konzeption zu beraten. Was aber soll dabei herauskommen, wenn zum Beispiel Helmut Schmidt erklärt, daß auf den Gebieten der Sicherheit und der Wiedervereinigung

vorstand der SPD im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Bundesparteitag einen „Bericht zur Lage der Nation“ vor. Ein solcher Bericht kann von großem Nutzen sein, wenn er die Bestandsaufnahme enthält, die auch wiederholt von Führern der SPD gefordert wurde. Zu welchem Ergebnis aber würde eine echte Bestandsaufnahme führen? Eine solche Bestandsaufnahme würde deutlich machen, daß die SPD sich an einem Scheidewege befindet; entweder sie setzt die Politik der Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU fort und gerät damit immer tiefer in die Sackgasse, was zu noch größeren Gefahren für Frieden und Demokratie führt, oder sie entscheidet sich für eine selbständige nationale Politik, eine Politik der Verständigung, der Entspannung und des Wandels durch Annäherung. Wandel durch Annäherung aber macht vor allem eine offene Aussprache und Verhandlungen zwischen den beiden größten Parteien Deutschlands, der SED und der SPD, erforderlich.

zwischen allen Parteien des Bundestages Gemeinsamkeit gewahrt werden sollte? Gemeinsamkeit auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik mit der CDU/CSU heißt nichts anderes, als deren Streben nach Atomwaffen, nach Grenzrevision und der Todfeindschaft mit den sozialistischen Ländern zu unterstützen. Gemeinsamkeit in der Wiedervereinigungspolitik bedeutet nichts anderes, als sich an die gefährliche Politik der CDU/CSU, die die Spaltung Deutschlands immer weiter vertieft hat, zu ketten.

Statt wie es auch im Godesberger Programm gefordert wird, die Abrüstung in den Mittelpunkt ihrer Politik zu stellen, fordert Helmut Schmidt die Mitwirkung der Bundesregierung an nuklearen Entscheidungsprozessen und ein Mitspracherecht an der strategischen Gesamtplanung. Und wenn Helmut Schmidt sich auch noch mit dem schmutzigen Krieg der USA in Vietnam solidarisiert, dann kommt das eindeutig den Interessen der Erhard-Regierung entgegen, die durch ihre Unterstützung der USA-Aggression in Vietnam Verfügungsgewalt über Atomwaffen von den Amerikanern

einhandeln will. Mit einer solchen Politik aber kommen wir weder dem Frieden noch der Wiedervereinigung näher, sondern schlittern immer mehr an den Rand einer neuen kriegesischen Katastrophe.

Die Lebensfragen unseres Volkes können niemals gegen die DDR, sondern nur auf dem Wege der Verständigung der beiden deutschen Staaten gelöst werden. Mit der Behauptung von Wehner, daß die Anerkennung der DDR die Verewigung der Spaltung Deutschlands bedeutet, werden die Dinge auf den Kopf gestellt. Denn erst durch die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, mit der Aufgabe des Bonner Alleinvertretungsanspruches, mit der Bereitschaft zu Verständigung und zu Verhandlungen beginnt der Prozeß der Wiedervereinigung. Nicht mit der Anpassung an die CDU-Konzeption, sondern nur durch ihre Überwindung kann der Frieden gesichert und der Weg zur Wiedervereinigung frei gemacht werden. Hierzu ist die Verständigung der Arbeiterorganisationen beider deutscher Staaten ein notwendiges Erfordernis.

Wir meinen, daß gerade die Arbeiterklasse der Bundesrepublik, ihre Parteien und Organisationen berufen sind, die Initiative für eine Politik des Friedens, der Abrüstung, der Verständigung zu ergreifen. Die Arbeiter der Bundesrepublik, ihre Parteien und ihre Organisationen sind die legitimen Partner des deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates. Die große Verantwortung unserer Partei liegt darin, alle ihre Kraft dafür einzusetzen, daß die Arbeiterorganisationen beider deutscher Staaten zusammenkommen.

Der Brief der SED an die SPD setzt einen neuen Anfang. Lassen sich SED,

Das begonnene Gespräch mit sozialdemokratischen Genossen weiterführen

Der Parteivorstand der SPD hat zum erstenmal zu einem Brief des ZK der SED erklärt, man werde diesen Brief Punkt für Punkt beantworten und von sich aus auch eigene Fragen stellen. Das kann der Führung des Gesprächs zwischen SED und SPD dienen. Im Interesse dieses Gespräches sollte man bereit sein, keinerlei Vorbedingungen zu stellen oder Vorleistungen zu verlangen. Man sollte ausgehen von

SPD und KPD sowie die Gewerkschaften in beiden deutschen Staaten in gleicher Weise von ihrer Verantwortung leiten, dann wird eine Wende in der Entwicklung in Deutschland eintreten.

Das ZK der SED macht in seinem Offenen Brief, um eine Bresche in die Barriere zu schlagen, die den Weg zur Überwindung der deutschen Spaltung blockiert, den Vorschlag, ein Gremium für die offene Aussprache der Deutschen aus Ost und West zu schaffen. Zu diesem Gremium sollen die verschiedenen Parteien und Organisationen beider deutscher Staaten gehören und offen ihre vielfach noch gegensätzlichen Standpunkte und Auffassungen darlegen und gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten suchen. Wir halten diesen Vorschlag für einen geeigneten Weg, um Schritte zur Überwindung der Spaltung Deutschlands zu tun und haben darum in einer Erklärung bereits unsere Zustimmung und Bereitschaft zur Mitarbeit gegeben.

Wir können uns vorstellen, daß in einer solchen Beratung, die einmal auf dem Boden der Bundesrepublik, ein andermal auf dem Boden der DDR stattfinden könnte, alle dort erörterten Gesichtspunkte der gesamten deutschen Öffentlichkeit unterbreitet werden, damit das Volk selbst Anteil nimmt und die Parteien unterstützt mit Hinweisen und Ratschlägen, um die besten Wege zur friedlichen Lösung aller Fragen zu finden. Wir schlagen vor, daß unmittelbar, wie das ja auch von der Bundestagsfraktion der SPD teilweise gefordert wird, alle Bestimmungen des politischen Strafrechts in der Bundesrepublik gestrichen werden, die heute dem Gespräch zwischen den Deutschen aus Ost und West und dem freien Gedankenaustausch im Wege stehen.

der Absicht, ein Minimum von Übereinstimmung zu erreichen, wie das auch in dem Sonntagsgespräch von Walter Ulbricht, Friedrich Ebert und Erich Mückenberger vorgeschlagen wurde. Wir halten das für eine richtige Methode der Gesprächsführung.

Äußerungen von Herbert Wehner deuten jedoch darauf hin, daß er an alte Vorurteile antikommunistischer Propaganda anknüpfen will. Wir mei-

nen, daß das Gespräch von jeder Seite so geführt werden soll, daß ausgegangen wird von der großen Gefahr, in der unser Volk lebt. So können Ansatzpunkte für die Verständigung gefunden und ein Minimum von Übereinstimmung erreicht werden über Schritte der Annäherung zwischen den beiden größten deutschen Parteien.

Ausgehend von der heutigen Tagung steht vor uns die Aufgabe, unsere Partei in ihrer Gesamtheit zu befähigen, das begonnene Gespräch mit sozialdemokratischen Genossen verstärkt weiterzuführen. **Dazu ist notwendig, daß alle Leitungen und Grundeinheiten der Partei den Offenen Brief des ZK der SED gründlich studieren, um ihn zu einem neuen Ausgangspunkt für eine sachliche und kameradschaftliche Aussprache mit den Sozialdemokraten zu machen.**

Es ergibt sich die Frage: ist die Partei in ihrer Gesamtheit darauf vorbereitet, um die wachsenden Möglichkeiten für das Gespräch mit den SPD-Genossen wahrzumachen? In der Beantwortung dieser Frage müssen wir vor dem Zentralkomitee kritisch feststellen: Wenn auch ein Teil der Parteileitungen und Genossen Anstrengungen unternehmen, mit den SPD-Genossen über die politischen Hauptfragen ins Gespräch zu kommen, so kann von einer systematischen und zielstrebigem Verfolgung dieser Linie im gegenwärtigen Moment noch nicht gesprochen werden. Es ist bis heute nicht gelungen, unsere Grundeinheiten in breiterem Maße auf diese Aussprachen zu orientieren. Wir müssen auch die Frage stellen, wie uns die Durchführung unserer Aktionseinheits-Politik gelingen soll, wenn sich Leitungen aller Ebenen der Partei und führende Kader noch nicht zum Schrittmacher solcher Gespräche mit Sozialdemokraten gemacht haben. Ohne Zweifel liegt es nicht am schlechten Willen der meisten Parteileitungen und Genossen, daß sie diesen politischen Gesprächen noch ausweichen, sondern es liegt daran, daß der Ernst der Lage noch nicht voll erkannt wird und die Möglichkeiten der Verständigung mit den Sozialdemokraten unterschätzt werden. Viele Leitungen und verantwortliche Genossen erkennen zwar die Veränderungen in den Gewerkschaften, aber noch nicht

die Veränderungen, die sich in der SPD in Richtung auf die verstärkt erhobene Forderung nach einer politischen Alternative, nach einer eigenständigen sozialdemokratischen Politik vollzogen haben.

Das größte Hemmnis, welches durch eine prinzipielle Diskussion überwunden werden muß, sind die Unklarheiten, die es bei einer nicht geringen Anzahl von Genossen bezüglich unseres Verhältnisses zur SPD gibt. **Es geht doch nicht darum, daß dieses Verhältnis bestimmt wird von dieser oder jener taktischen Frage, die etwa durch die Führung eines Wahlkampfes aufgeworfen wird, sondern es geht darum, eine solche Aussprache zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten herbeizuführen, die darauf abzielt, erste Schritte zu einer politischen Wende in der Bundesrepublik zu erreichen.**

Bei der Vorbereitung der Wahlen in Hamburg und in Nordrhein-Westfalen haben wir vielfach die Tatsache zu verzeichnen, daß entgegen der Festlegung auf unserer 6. ZK-Tagung nicht das Gespräch mit den Sozialdemokraten und den Menschen über die politischen Grundfragen in den Vordergrund gerückt, sondern die Frage der Stimmabgabe an die Spitze gestellt wird. Hier muß erst recht die Diskussion mit den Kandidaten, den Mitgliedern und Anhängern der SPD über die politischen Grundfragen geführt und ein gemeinsames Eintreten für politische Minimalforderungen angestrebt werden. Erst dadurch bekommt der Beschluß der 6. ZK-Tagung, in diesen Ländern zur Wahl der SPD aufzurufen, das notwendige politische Gewicht.

Es geht darum, eine Verständigung zumindest in einigen Fragen bei der Lösung einiger brennender Probleme zu erreichen. Wir können nicht erwarten, daß wir das Gespräch führen, um alle offenstehenden Fragen mit einem Mal zu klären, sondern wenn wir uns schon in den dringendsten Punkten verständigen können, ist für die Arbeiterbewegung bereits viel gewonnen.

Gerade im Hinblick auf die zu entwickelnden Aktionen gegen die Atomrüstung und die Notstandsgesetze, bei der Unterstützung des gewerkschaftlichen Kampfes sowie zu den bevor-

stehenden Landtagswahlen sollten wir unsere Anstrengungen verstärken, um über das Gespräch mit sozialdemokratischen Genossen zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zu gelangen. Wenn sich unsere gesamte Partei hier-

Kommunisten und Christen

Zu den Kräften, mit denen eine neue Politik durchgesetzt werden kann, gehören die christlichen Werktätigen. Die antinationale und sozialreaktionäre Politik der CDU/CSU-Führung trifft die christlichen Werktätigen in gleicher Weise wie die sozialdemokratischen und kommunistischen Werktätigen. Darum wächst bei ihnen ebenso die Befürchtung darüber, das zu verlieren, was sie sich nach 1945 erworben haben. In der Öffentlichkeit spricht man sehr viel von den taktischen Differenzen, die es in der CDU/CSU-Führung gibt, aber viel tiefergehend und grundlegender sind die Differenzen, die zwischen der Politik der monopolistischen Spitze der CDU/CSU und den Interessen der christlichen Volksmassen bestehen.

Bei vielen Christen und Anhängern der CDU/CSU ist ein echter Gewissenskonflikt entstanden, geboren aus der Sorge, ob nicht die Politik der CDU/CSU-Führung im Widerspruch zum Christentum und den nationalen Interessen unseres Volkes steht. Dieser Widerspruch erscheint ihnen umso auffälliger, da in der Enzyklika „*pacem in terris*“ von Johannes XXIII., wie auch in Erklärungen von Paul VI., wie in seiner Rede vor der UN-Vollversammlung, seiner Stellungnahme gegen den Krieg der USA in Vietnam und in einigen Konzilerklärungen der Atomkrieg verdammt, der Krieg als Mittel der Politik abgelehnt wird. Nach all diesen Äußerungen ist allein die friedliche Lösung der internationalen Streitfragen mit den Grundsätzen des Katholizismus vereinbar. Die

Gemeinsame Sorge um die Erhaltung des Friedens

Wir teilen mit den Christen die Sorge um die Erhaltung des Friedens und die Geschicke unseres Volkes. Wir stimmen mit ihnen darin überein, daß zur Lösung aller Fragen unserer Nation nur der Weg des Friedens, der Verständigung und der Abrüstung geeignet ist. Da wir in diesen lebensentscheidenden Fragen gleiche

auf fest orientiert, erreicht sie selbst eine höhere politisch-ideologische Reife und wird sie ihrer Aufgabe im Hinblick auf die Gegenwart und die große Perspektive der westdeutschen Arbeiterbewegung gerecht.

Führung der CDU/CSU und ihre Erhard-Regierung dagegen betreiben eine Politik, die im Gegensatz zu diesen verantwortungsbewußten, vernünftigen Überlegungen steht.

Während zum Beispiel auf dem Konzil der holländische Kardinal Alfrink die Verurteilung jeglicher Massenvernichtungsmittel forderte und der Erzbischof von Paris, Kardinal Feltin, erklärte, „die öffentliche Meinung erwartet vor allem eine entschiedene Verurteilung eines jeden Krieges, besonders des modernen Krieges. Das Schema fordert mit Recht die Ächtung der Massenvernichtungswaffen“, ist das erste Ziel der Bundesregierung, die Verfügungsgewalt über diese Waffen zu erlangen.

Wie tief dieser Gewissenskonflikt bei großen Teilen gläubiger Katholiken ist, macht der Austritt des Mitbegründers der CDU, Dr. Simpfendorfer, deutlich, der erklärte, daß die Politik der Bundesregierung auf einen wahnsinnigen Krieg zusteure, der in wenigen Stunden Deutschland auf der Weltkarte auslöschen würde. Dieser Dr. Simpfendorfer erklärte, daß er eine solche Politik nicht länger mitverantworten kann und erhob die Forderung nach dem Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit unseren östlichen Nachbarn als ersten glaubhaften Akt der Versöhnung. In der Denkschrift der Evangelischen Kirche kommt zum Ausdruck, daß auch evangelische Christen voller Besorgnis sind über den unwahrhaften, unrealistischen und abenteuerlichen Charakter der von der Bundesregierung betriebenen Politik.

Interessen und gleiche Auffassungen haben, dürfen Unterschiede der Weltanschauung kein Hindernis zur Verständigung sein. Von diesem Gesichtspunkt aus suchen wir das Gespräch mit den Christen und mit den Vertretern der Kirchen. Gegenüber allen antikommunistischen Verleumdungen versichern wir ihnen, daß wir keiner-

lei Absicht haben, die Freiheit der Konfession und der Glaubensausübung einzuschränken, wie wir von ihnen die gleiche Toleranz in bezug auf die Respektierung anderer Weltanschauungen erwarten.

Einen tiefgreifenderen Gegensatz gibt es zwischen der Wirtschaftspolitik der CDU/CSU-Führung, die vom Profitstreben der großen Monopole bestimmt wird, von ihrer Absicht, die Lasten der Kriegsvorbereitung auf die werktätigen Massen abzuwälzen, und den sozialen Interessen der christlichen Werktätigen. Darum wirft selbst das Verbandsorgan der katholischen Arbeitnehmer „*Werkvolk*“ die Frage auf, ob man von der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung überhaupt noch als von einer funktionierenden sozialen Marktwirtschaft sprechen könne. Die Zeitung der katholischen Arbeiterbewegung „*Die Ketteler Wacht*“ ergänzt diese Fragestellung mit dem Hinweis auf die gestiegenen Lebenshaltungskosten, das rapide Ansteigen der Ernährungskosten, der Mieten usw.

Es ist doch nur zu natürlich, daß die bei den christlichen Werktätigen tief verwurzelten Auffassungen über soziale Gerechtigkeit in Widerspruch geraten mit der tatsächlichen Entwicklung der Vermögens- und Einkommensverteilung in der Bundesrepublik und mit der Wirtschaftspolitik einer sich christlich nennenden Regierung, die bewirkt, daß eine kleine Zahl von Monopolherren immer reicher und mächtiger wird, während die Verteilung des Sozialprodukts sich ständig zu deren Gunsten verändert.

Diese Erfahrungen über das Anschwellen der Macht der großen Monopole bewirken auch, daß die christ-

lichen Arbeiter und selbst die Sozialausschüsse der CDU die gewerkschaftliche Forderung nach erweiterter Mitbestimmung unterstützen. Während Erhard im Auftrage des Wirtschaftsausschusses der CDU/CSU, in dem die Herren der großen Monopole, wie Abs, Pohle vom Flick-Konzern, Birrenbach vom Thyssen-Konzern unmittelbar Sitz und Stimme haben, die erweiterte Mitbestimmung kategorisch ablehnt, wenden sich die Sozialausschüsse der CDU/CSU gegen diese Haltung von Erhard und begründen die Richtigkeit der gewerkschaftlichen Forderungen. Die katholischen Arbeiter berufen sich hierbei auf die Beschlüsse des 2. Vatikanischen Konzils. Im Referat „*Kirche in der Welt*“ wurde dort die aktive Beteiligung aller an der Unternehmensführung gefordert und die Beteiligung der Arbeiter in wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten im überbetrieblichen Raum befürwortet.

Aus solchen Motiven heraus wandte sich der katholische Publizist Professor Kogon an die 50 Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU, die dem Arbeiterflügel nahestehen, mit der Forderung, die Gesetzesinitiative der Gewerkschaften für die Mitbestimmung zu unterstützen.

Das alles beweist, daß sowohl in den Fragen des Kampfes um Frieden, Abrüstung und Entspannung als auch um die demokratischen Rechte und die sozialen Interessen die christlichen Werktätigen zusammen mit den Sozialdemokraten, Kommunisten und Parteilosen in eine gemeinsame Front einbezogen werden können. Darauf wollen wir unsere Anstrengungen richten. In diesem Ringen für die Durchsetzung einer neuen Politik wird sich auch das Kräfteverhältnis in der Bundesrepublik ändern.

II.

Demokratie erfordert Aufhebung des KPD-Verbots

Die Verschärfung der Situation in der Bundesrepublik kommt auch darin zum Ausdruck, daß auf der Innenministerkonferenz in Saarbrücken ein verstärktes Vorgehen gegen die Arbeit unserer Partei sowie der Friedens- und demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik beschlossen

wurde. Das geschieht gerade zu einem solchen Zeitpunkt, wo in der Öffentlichkeit die Aufhebung des Verbots unserer Partei verstärkt gefordert wird.

All unsere Genossen, ob sie von Haus zu Haus gehen, Umfragen in den Betrieben halten, Aussprachen führen

mit Gewerkschaftern und Sozialdemokraten, mit Juristen oder Geistlichen — überall bekommen sie fast einmütig die Antwort: Es ist an der Zeit, das Verbot der KPD aufzuheben. Die ganze internationale und innerdeutsche Entwicklung bringt die Menschen dazu, das Gespräch mit den Kommunisten zu suchen. Das zwingt selbst diejenigen, die das KPD-Verbot eingeleitet haben und es weiter aufrechterhalten wollen, zum Eingeständnis, daß mit dem Verbot der KPD die geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus nicht verhindert werden kann. Kennzeichnend hierfür ist die Erklärung von Minister Mende, daß man der geistigen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus nicht ausweichen könne, wobei er jedoch zugleich für die weitere Aufrechterhaltung des Verbots unserer Partei plädiert.

Die KPD ist für die geistige Auseinandersetzung. Wir fürchten diese geistige Auseinandersetzung nicht, wir suchen sie, weil wir nichts zu verheimlichen haben, weil wir unsere Ansichten und Absichten offen vor dem Volk darlegen und dem Volk zur Beurteilung übergeben können. Die geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus führen und gleichzeitig das KPD-Verbot und die politische Gesinnungsjustiz aufrechterhalten wollen, ist ein Widerspruch in sich selber, ist ein Ausdruck der Angst, in der Aus-

einandersetzung mit unserer Politik und unserer Ideologie nicht bestehen zu können. Wir wollen in voller Legalität unsere Auffassungen zu den großen nationalen Fragen, zu allen Problemen des politischen und gesellschaftlichen Lebens sagen und in aller Offenheit vertreten.

Mit Recht sagen weite Teile der Bevölkerung und vor allem die Jugend, was die Kommunisten wollen, das wollen wir von den Kommunisten selbst hören und nicht von antikommunistischen Propagandazentralen.

Zehn Jahre KPD-Verbot hat gezeigt, daß mit diesem Verbot nicht, wie die Regierung sagte, die Demokratie geschützt wurde, sondern daß im Gegenteil mit dem KPD-Verbot und der politischen Gesinnungsjustiz der Regierung unbequeme politische Auffassungen verfolgt wurden und mit einer Unzahl von Ermittlungsverfahren die Gegner der Rüstungspolitik eingeschüchtert werden sollten, so daß wir in der Praxis, wie selbst bürgerliche Juristen sagen, durch das KPD-Verbot dem Polizeistaat immer näher gekommen sind. Gerade aus dieser Tatsache ergibt sich die Forderung, daß für die Sicherung des Grundgesetzes und im Interesse einer demokratischen Entwicklung in der Bundesrepublik die Aufhebung des KPD-Verbots notwendig ist.

Legale KPD fördert Wiedervereinigung

Es ist eine groteske Situation entstanden. Beinahe täglich treten Minister auf, melden sich Parteiführer zu Wort, treten irgendwelche Gremien zusammen und erklären, es sei an der Zeit, daß sich die Parteien zusammensetzen, um vertraulich eine Bestandsaufnahme der bisherigen Regierungspolitik vorzunehmen. Sie wollen prüfen, ob es nicht neue Deutschland-Initiativen geben könne, wollen Ausschau halten nach neuen Plänen zur deutschen Frage. Das widerspiegelt, wie in der Bevölkerung immer mehr die Auffassung wächst, daß die Regierung mit ihrer Deutschlandpolitik in eine Sackgasse geraten ist. In einer solchen Lage braucht man kein Hintertreppengeflüster, keine vertraulichen Gespräche, sondern, was not tut, wäre eine offene Volkssprache der Parteien und der Regierung über die bisherige Politik.

Dazu wäre notwendig, daß die KPD das demokratische Recht erhält, ihre Vorschläge über Wege zur Wiedervereinigung in voller Legalität zur Diskussion zu stellen. Das Bundesverfassungsgericht hat selbst eingeräumt, daß das Verbot der KPD ein Hindernis für die Wiedervereinigung sein kann. Zu neuen Wegen für die Wiedervereinigung gehört darum auch, dieses Hindernis, das Verbot der KPD, aus dem Weg zu räumen.

Es zeugt für die Schwäche der Position der kalten Krieger in der Bundesrepublik, daß sie keine sachlichen Argumente für die Aufrechterhaltung des KPD-Verbots bringen können. Ihr einziges Argument ist die Verfälschung der Politik der KPD, die Behauptung, daß aufgrund dessen, was sie der KPD unterschieben, diese Partei verfas-

sungswidrig sei und darum das Verbot nicht aufgehoben werden könne. So erklärte der Bundesinnenminister Lücke, die Aufhebung des Verbots der KPD sei nicht möglich, da der Artikel 21/2 des Grundgesetzes vorschreibe, daß verfassungswidrige Parteien verboten seien. Wer die Aufhebung des Verbots der KPD wolle, müsse die Abschaffung dieser Grundgesetzbestimmung fordern.

Die Leute, die mit solchen Begründungen die Aufhebung des KPD-Verbots ablehnen, haben bisher schon dreizehn Mal das Grundgesetz geändert, um die Remilitarisierung zu ermöglichen und wollen jetzt mit der Notstandsverfassung, der ganzen Notstandsgesetzgebung, mit Finanzreform und Wahlrechtsreform die Grundrechte der Bürger, die föderalistische Struktur der Bundesrepublik, die Rechte der Parlamente beseitigen, so daß von dem Grundgesetz nichts anderes übrigbleibt als eine leere Schale. Die KPD dagegen steht voll auf dem Boden des Grundgesetzes und verteidigt es in seiner Gesamtheit gegen diese Angriffe der Verfassungsfeinde in Bonn. Der Schutz des Grundgesetzes, die Verwirklichung seiner Grundsätze als demokratischer und sozialer Rechtsstaat und der Volkssouveränität erfordern darum geradezu die Aufhebung des KPD-Verbots. Dazu braucht

man das Grundgesetz nicht zu ändern. Mit der Aufhebung des KPD-Verbots würde man dem Geist und dem Wortlaut des Grundgesetzes entsprechen. Wenn Lücke erklärt, durch die Aufhebung des KPD-Verbots könne eine Gefahr entstehen, weil man dann auch rechtsradikale Parteien zulassen müsse, so kann man nur darauf antworten, daß er offensichtlich auf einem Auge blind ist, denn in der Bundesrepublik haben rechtsradikale und neofaschistische Organisationen, haben alle, die den Antikommunismus und selbst den Rassismus wieder propagieren, vollste Betätigungsfreiheit und den Schutz der Lücke unterstellten Polizei- und Propaganda-Organen.

Gerade in der heutigen Zeit, da durch die Politik der Bundesregierung Westdeutschland nach Vietnam zum gefährlichsten Kriegssherd in der Welt geworden ist, braucht die Bevölkerung der Bundesrepublik die KPD, die im Feuer des Kampfes gegen den ersten Weltkrieg entstanden ist, in ihrer ganzen Geschichte konsequent gegen imperialistischen Krieg und Faschismus, für Frieden, Demokratie und den gesellschaftlichen Fortschritt gekämpft hat. Die Bundesrepublik braucht eine legale KPD, deren oberster Grundsatz es ist zu verhindern, daß vom Boden der Bundesrepublik ein neuer Krieg ausgeht.

Eine Partei des Friedens!

Es gibt keine andere Partei in der Bundesrepublik, die in den vergangenen Jahrzehnten ohne zu schwanken den Kampf kompromißlos für die Sache des Friedens und unseres Volkes geführt hat, wie die KPD, und die dabei so viel Opfer gebracht hat. Unser Kampf für Frieden und Völkerverständigung ist immer ein Kampf für die wahrhaft nationalen Interessen unseres Volkes gegen die imperialistischen Kriegspolitik, die unser Volk zweimal in die Katastrophe des Krieges trieben und sich dadurch als die Verderber unserer Nation erwiesen. Gerade wegen dieses konsequenten Kampfes gegen die Wiederaufnahme der imperialistischen Machtpolitik auf dem Boden der Bundesrepublik, die Militarisierung und die atomare Ausrüstung wurde die KPD von denen

in die Illegalität getrieben, die heute die Nachkriegszeit durch eine neue Zeit der Kriegsvorbereitung ablösen wollen. Wer friedliche Zwecke verfolgt, wer die Wiedervereinigung Deutschlands auf dem einzig möglichen Wege der Verständigung und Abrüstung erstrebt, der braucht eine legale KPD nicht zu fürchten, sondern mußte an der sofortigen Aufhebung des KPD-Verbots interessiert sein.

Die KPD ist die Partei der Arbeiterklasse, der Klasse, die heute Dreiviertel der Bevölkerung der Bundesrepublik ausmacht und die die entscheidende Kraft ist, um die Weichen in der Bundesrepublik auf Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt zu stellen. Die Politik unserer Partei geht aus von der Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns der Arbeiterklasse und aller de-

mokratischen Kräfte des Volkes, von der Verständigung zwischen ihren Parteien und Organisationen. Gerade heute braucht die Arbeiterklasse das Wirken einer legalen Partei, die fest auf dem Boden des Marxismus-Leninismus steht. Eine solche Partei ist die KPD! Nur vom Boden der Lehre von Marx, Engels und Lenin aus können die neuen Fragen beantwortet werden, die durch die ungeheure Konzentration des Kapitals und der Produktion in wenigen Händen, die Beherrschung des Staatsapparates durch die Industrie- und Bankmonopole, die rapide Entwicklung des technischen Fortschritts aufgeworfen sind. Die historische Entwicklung, besonders auch in der letzten Zeit, hat die grundlegende Feststellung des Marxismus-Leninismus bestätigt, daß alle Fragen des Kampfes der Arbeiterklasse nur von

einem prinzipienfesten Klassenstandpunkt aus zu lösen sind.

Heute bestätigt sich wieder einmal, daß alle Theorien vom Verschwinden der Klassengegensätze, von Sozialpartnerschaft und Klassenharmonie der rauen Wirklichkeit der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht standhalten können. Die Theorien vom Verschwinden des Klassenkampfes erweisen sich gerade heute wieder unter dem massiven Angriff der Monopole und ihrer Bundesregierung auf die Lebenslage der Arbeiterklasse und aller Werktätigen als falsch und nur für die Monopole nützlich. In diesem Zusammenhang erinnern wir an den Kampf der Metallarbeiter und der Arbeiter und Angestellten anderer Industriezweige und nicht zuletzt an den Kampf der Bergarbeiter gegen Zechenstilllegungen.

Unsere nationale und demokratische Position

Es hat sich international und national bestätigt, daß eine Partei, die fest auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus steht, berufen und in der Lage ist, die nationalen und sozialen Belange der Arbeiterklasse und der Werktätigen erfolgreich zu vertreten. Die Ideen von Marx, Engels und Lenin haben sich als richtig und erfolgreich erwiesen. Sie auf die neuen Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens anzuwenden und auf ihrer Grundlage die Politik unserer Partei entsprechend der veränderten internationalen Lage und den neuen Bedingungen in Deutschland auszuarbeiten und zu verwirklichen, ist die Aufgabe unserer Partei. Darum weisen wir alle Versuche, unsere Partei vom Boden des wissenschaftlichen Sozialismus abzudrängen und uns eine revisionistische oder dogmatische Politik aufzuzwingen, mit aller Entschiedenheit zurück.

Es wäre eine gefährliche Illusion, zu glauben, durch Konzessionen an die imperialistische Ideologie, durch Preisgabe von Grundsätzen des wissenschaftlichen Sozialismus sich das Wohlwollen des gegenwärtig in der Bundesrepublik herrschenden staatsmonopolistischen Kapitalismus und seiner Regierung erkaufen zu können. Jede ein-

zelne solcher Konzessionen würde nicht nur durch unsere Partei, sondern durch die ganze Arbeiterklasse teuer bezahlt werden müssen.

Die KPD ist eine sozialistische Partei. Sie ist und bleibt es auch, obgleich gegenwärtig in der Bundesrepublik nicht der Kampf um den Sozialismus auf der Tagesordnung steht, sondern die Verteidigung der demokratischen und sozialen Errungenschaften, die Erhaltung des Friedens, die Sicherung und Erweiterung der Demokratie durch die Verteidigung des Grundgesetzes und den Ausbau der Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten. Ihr Charakter als sozialistische Partei bestimmt auch das Verhältnis zum sozialistischen deutschen Staat, zur Deutschen Demokratischen Republik, zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Ländern. Wir sind und bleiben durch eine feste Kampfgemeinschaft mit der SED verbunden. Die Deutsche Demokratische Republik ist für uns das große Beispiel; denn in ihr werden die Ideale der Arbeiterbewegung und aller Humanisten verwirklicht. Zugleich sagen wir, daß aufgrund der unterschiedlichen Entwicklung in den letzten zwanzig Jahren, der veränderten inter-

nationalen Lage und den anders gear-
teten Bedingungen in Deutschland die
Bundesrepublik den Weg der Deut-
schen Demokratischen Republik nicht
kopieren kann und damit Einrichtungen
der DDR nicht schematisch auf
Westdeutschland übertragen werden
können.

Unsere Partei ist ihren Zielen und
ihrem Aufbau nach eine demokratische
Partei. Wir betrachten es als das Recht
und die Pflicht eines jeden Parteimit-
gliedes, die Politik der Partei, wie sie
sich niederschlägt in den Beschlüssen
des Parteitages, des Zentralkomitees
usw., zu studieren, selbst an der Erar-
beitung der Politik teilzunehmen und
sie entsprechend der demokratischen
Beratung in den Grundeinheiten und
Parteileitungen in ihrem Betrieb, in
ihrem Wohngebiet anzuwenden. In
unserer Partei herrscht damit die we-
testmögliche Demokratie sowohl in be-
zug auf die Ausarbeitung der Politik
der Partei, in der Beschlussfassung, in
der Durchführung der Beschlüsse und
der Wahl der verschiedenen Partei-
organe. Obwohl unsere Partei unter
den komplizierten Bedingungen der
Illegalität arbeitet, gibt es keine andere
Partei in der Bundesrepublik, deren
innerparteiliches demokratisches Le-
ben so entwickelt ist.

Natürlich hat der Gegner uns durch
das Verbot und die dadurch bedingte
notwendige Konspiration bestimmte
Beschränkungen auferlegt, von denen
in unserem Parteistatut aber ausdrück-
lich festgelegt ist, daß sie nur für die
Zeit der Illegalität gültig sind. Aber
keine dieser Beschränkungen betrifft
die Mitarbeit jedes einzelnen Mitglieds
an der Ausarbeitung und Durchfüh-
rung der Politik der Partei. Gerade das
regste politische Leben ist das beste
Mittel zur Hebung des politisch-ideolo-
gischen Niveaus der Parteiarbeit und
gleichzeitig der Herstellung der Ein-
mütigkeit ihres Handelns und damit
der Verstärkung der Schlagkraft der
Partei.

Wie sollte das auch anders sein, da
nach zehn Jahren Verbot viele junge
Menschen zu uns kommen, aus den
verschiedensten Beweggründen und
Bewegungen in der Bundesrepublik,
die die Ideen des Marxismus-Leninis-
mus kaum kennen, die noch manche

falschen Vorstellungen mitbringen.
Diese jungen Menschen aber bringen
den Elan, die Einsatz- und Opferbe-
reitschaft der Jugend mit, die besten
Voraussetzungen, mutige Kämpfer für
unsere Sache zu sein. Durch die Ver-
mittlung des Ideenguts des Marxismus-
Leninismus und der eigenen Erfahrun-
gen in der Diskussion der Politik unse-
rer Partei sowie im täglichen politi-
schen Kampf werden sie sich zu solchen
Kämpfern qualifizieren, die marx-
istisch-leninistische Prinzipienfestigkeit
mit größter Beweglichkeit im täglichen
Kampf für die Sache des Volkes ver-
binden. Das sind die demokratischen
Bedingungen der Illegalität in den Ak-
tionen der friedlichen und demokrati-
schen Kräfte in der ersten Reihe zu
stehen und ständig ihre Rolle als
Kampfpartei zu heben.

Das setzt die Einheit des Handelns,
die Einheitlichkeit der Durchführung
der Beschlüsse voraus. Diese gründen
sich auf die Einheitlichkeit der politi-
schen Anschauungen und der Verwirk-
lichung des Grundsatzes des demokra-
tischen Zentralismus als Organisations-
prinzip unserer Partei. Darum wehren
wir uns gegen jeden Versuch, woher er
auch komme, diese Prinzipien auszu-
höhlen und die Bildung von inner-
parteilichen Fraktionen zu propagie-
ren. Bei all diesen Versuchen gibt es
eine verdächtige Übereinstimmung
zwischen den Vertretern rechtsoppor-
tunistischer, von der antikommunisti-
schen Propaganda des Gegners beein-
flußter, und linkssektiererischer Ele-
mente.

Es ist doch auffällig, daß die von
den Monopolen und ihrer Regie-
rung gesteuerte Presse diesen rechts-
opportunistischen Elementen als
Sprachrohr dient und gleichzeitig die
Verbreiter linkssektiererischer Auffas-
sungen die größte Unterstützung von
seiten der Bonner Polizeiorgane genie-
ßen. Wir jedenfalls werden uns da-
durch von unserem Weg und der vom
Parteitag beschlossenen Linie nicht ab-
bringen lassen und durch die Verwirk-
lichung der Prinzipien des demokrati-
schen Zentralismus die Einheit und
Geschlossenheit und damit die Schlag-
kraft unserer Partei stärken.

Vorkämpfer für die Interessen der Nation

In jüngster Zeit setzen die Imperialisten, besonders die westdeutschen, ihre Hoffnungen auf das Schüren von Gegensätzen zwischen den sozialistischen Ländern, versuchen sie, Spaltpilze zwischen kommunistischen Parteien zu züchten, indem sie einen „nationalen Kommunismus“ propagieren. Es ist verständlich, daß sie am meisten die Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Länder und der kommunistischen Parteien fürchten, um so verständlicher, da die Gegensätze in ihrem eigenen imperialistischen Lager sich immer mehr zuspitzen. Bei rechtem Licht besehen ist also ihre Propaganda für einen „nationalen Kommunismus“ der plumpe Versuch, die Vertretung der Interessen der Nation und die Verpflichtung des proletarischen Internationalismus als miteinander unvereinbar gegenüberzustellen. Die Kommunisten sind immer treue Söhne ihres Volkes, die Vorkämpfer für die Interessen ihrer Nation. Ihnen war nie das Gefühl des nationalen Stolzes fremd.

Die deutschen Kommunisten sind stolz auf den großen Beitrag des deutschen Volkes zur Menschheitskultur, die Leistungen seiner Wissenschaftler, Schriftsteller, Musiker, Philosophen und auf die Tatsache, daß die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, Söhne des deutschen Volkes sind. Wir sind stolz darauf, daß die deutsche Arbeiterklasse so mutige Kämpfer gegen Krieg und Imperialismus, wie August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Karl Liebknecht, Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht hervorgebracht hat.

Wir sind stolz auf die Leistungen unserer Arbeiterklasse, der Wissenschaftler, Techniker und aller Werktätigen, durch deren Können und Fleiß die ungeheuren Zerstörungen infolge des von den deutschen Imperialisten angezettelten zweiten Weltkrieges überwunden wurden, so daß wir heute wieder in der industriellen Produktion mit an der Spitze in der Welt stehen.

Weil wir unsere Nation lieben und stolz sind auf ihre Kulturtaten, hassen wir leidenschaftlich die deutschen Imperialisten, die aus Profitgier und

Machtanspruch stets die Nation ver-raten haben und sie in die Katastrophe zweier Weltkriege führten. Darum kämpfen wir mit all unserer Kraft heute gegen die westdeutschen Monopolherren und ihre Erhard-Regierung, die erneut alles, was die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen schaffen, aufs Spiel setzen, die alte imperialistische Machtpolitik wieder aufgenommen haben und mit dem Griff nach Atomwaffen und der Vorbereitung eines atomaren Krieges die Existenz unserer Nation tödlich bedrohen.

Wir sind stolz, daß in einem Teil Deutschlands, in der Deutschen Demokratischen Republik, die deutsche Arbeiterklasse den Beweis liefert, daß sie aus eigener Kraft ihren Staat und eine hochleistungsfähige Industrie aufgebaut hat, wodurch der Beweis erbracht wird, daß die Geschicke der Nation in den Händen der Arbeiterklasse und der Werktätigen gut aufgehoben sind und daß ohne Monopolherren die glückliche Zukunft des Volkes gesichert ist.

Wenn Barzel heuchlerisch vom nationalen Ehrgeiz sprach und damit den Griff nach den Atomwaffen, den Anspruch auf die Vorherrschaft in Europa und die Wiederaufnahme der alten imperialistischen Machtpolitik rechtfertigen will, so antworten wir: Der Mißbrauch dieses Gefühls zu nationalistischen Leidenschaften und Völkerhaß, wie Barzel es will, ist ein Unglück für die Nation.

Nationaler Ehrgeiz kann nicht darin bestehen, mit Antikommunismus die Bevölkerung der Bundesrepublik gegen die sozialistischen Staaten zu hetzen. Nationaler Ehrgeiz kann nicht darin bestehen, mit einer neuen „Legion Condor“ die Kastanien für die USA-Imperialisten in Vietnam aus dem Feuer zu holen. Nationaler Ehrgeiz kann nicht darin bestehen, im Geiste des Neokolonialismus andere Völker zu unterdrücken, die Kolonialherren in Südafrika, in Rhodesien, in den portugiesischen Kolonien zu unterstützen und sich damit die Menschheit zum Feinde zu machen.

Nicht der alte Grundsatz der deutschen imperialistischen Überheblichkeit: „Viel Feind, viel Ehr“, sondern

allein der Grundsatz: je größer unser Ansehen bei allen Völkern der Welt ist, je mehr wir geachtet sind durch eine Politik des Friedens und der Völkerfreundschaft — das muß das Streben eines wahrhaft nationalen Ehrgeizes sein.

Wer darf sich als Sprecher unseres Volkes ausgeben?

Wie können diejenigen überhaupt noch wagen, sich als Sprecher unseres Volkes auszugeben, die in zunehmendem Ausmaß den schmutzigen Krieg der USA in Vietnam unterstützen? Das dient doch nicht deutschen Interessen, sondern macht die Bundesrepublik zu einem verlorenen Haufen bei dem Versuch, die amerikanischen Weltherrschaftspläne durchzusetzen. Wahrhaft national handeln alle diejenigen Arbeiter, Studenten, Bürger, die auf Kundgebungen und Demonstrationen oder in irgendeiner Weise die Einstellung des schmutzigen Krieges der USA in Vietnam verlangen, von der Bundesregierung fordern, daß sie jede Unterstützung dieses Krieges einstellt und ihre Solidarität durch politische Aktionen und Hilfe gegenüber dem um seine Selbstbestimmung kämpfenden vietnamesischen Volk bekunden. Ein deutscher Staat, der durch Friedenstaten, durch die Achtung der Unabhängigkeit und Selbstbestimmung aller Völker Ansehen in der Welt genießt, wird auch in seinem eigenen Volk das Gefühl des Stolzes wecken und damit das Nationalbewußtsein in seiner Jugend und in seiner Bevölkerung stärken. Das ist der Grund, warum sich in der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik ein neues Staatsbewußtsein entwickelt.

Der Kampf für die nationalen Interessen des eigenen Volkes und die Solidarität mit all den Völkern, die um ihre Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung ringen und nationale Politik und eine Politik der Völkerfreundschaft sind unlösbar miteinander verbunden. Es gibt keine nationale Politik ohne feste Orientierung auf das friedliche Zusammenleben mit allen Völkern, ohne Anerkennung deren Souveränität. Darum hat die KPD eine feste Position des Kampfes für die nationalen Interessen unseres

Wir sind für nationalen Ehrgeiz, der darin besteht, große Taten des Friedens zu vollbringen, als Nation ein wertvolles Mitglied der Völkerfamilie im Geiste des Humanismus und des gesellschaftlichen Fortschritts zu sein.

Volkes und zugleich der Treue zum proletarischen Internationalismus.

Vor unserer Arbeiterklasse und der gesamten Bevölkerung steht doch folgende Frage: Wie war es möglich, daß von deutschem Boden zwei verheerende Kriege ausgingen, die anderen Völkern und unserem eigenen Volk selbst größtes Unglück brachten. Die große Mehrheit unseres Volkes hat niemals den Krieg gewollt. Vorbereitet und ausgelöst wurden die Kriege immer von der herrschenden Klasse, von den Herren der Monopole, der Rüstungsindustrie, für die Rüstung und Krieg riesige Profite bedeuteten, und von den Militaristen, die mit dem Krieg mehr Macht nach innen und Ausbreitung ihres Herrschaftsbereiches nach außen anstrebten. Diese Klasse ist die gleiche geblieben, die heute wieder bei uns herrscht und ohne Rücksicht auf das Schicksal der Nation nach Atomwaffen greift und sich mit den aggressivsten Imperialisten der USA verbündet, um ihre ökonomische und militärische Vormachtstellung in Westeuropa auszubauen und ihre Revanchepolitik zu realisieren.

Der Kampf gegen das herrschende Monopolkapital, die Zurückdrängung seines Einflusses in Staat und Wirtschaft ist ein unbedingtes Erfordernis, um den Frieden für unser Volk zu bewahren. Dieser Friedenskampf ist Klassenkampf der Arbeiterklasse und aller antimonopolistischen Kreise gegen die Klasse der großen Monopole und Rüstungsinteressenten. Daraus ergibt sich auch die Breite unseres Bündnisses im Friedenskampf; denn der unversöhnliche Widerspruch verläuft zwischen der Arbeiterklasse, den Bauern, der Intelligenz und selbst des Bürgertums einerseits und der kleinen Schicht der Monopolherren und Militaristen, die an den Schalthebeln des Staates und der Wirtschaft sitzen andererseits.

Wir haben auf unserer 6. ZK-Tagung bei der Analyse der Tätigkeit unserer Partei gesagt, daß das legale Darlegen unserer Politik der beste Weg im Kampf für die Wiederherstellung der Legalität unserer Partei ist. Diese Einschätzung hat sich bestätigt. Das ist auch der Weg, wie die Isolierung, in der uns die herrschenden Kreise in der Bundesrepublik halten wollen, durchbrochen werden kann und wir uns selbst einen immer größeren Raum für unser legales politisches Wirken schaffen können. Der Kampf um die Legalität ist nicht in erster Linie eine juristische oder staatsrechtliche Frage. Die Legalität wird endgültig dadurch erreicht, wenn die Politik der Partei unter die Massen kommt und die Massen sich von deren Richtigkeit überzeugen. Der Kommunist wird am besten wirksam sein, der fest auf dem

Boden der vom Zentralkomitee unserer Partei entwickelten Politik steht und dadurch beweist, wie eng er mit dem Leben in der Bundesrepublik verbunden ist. Der Kommunist wird dann am besten wirksam sein, der mit den Fragen der Arbeiter seines Betriebes, den Aufgaben der Gewerkschaften, den Gedanken seiner Nachbarn, den Problemen der Jugend verbunden ist. Sie alle sind bereit, uns anzuhören, wenn sie spüren, daß wir keiner Frage ausweichen, daß wir tolerante Diskussionspartner sind, die tief und fest mit den Lebensinteressen aller Werktätigen verbunden sind.

Wenn wir den 10. Jahrestag des Verbots unserer Partei so vorbereiten, wird er zum Höhepunkt im Kampf um die Legalität werden und wird die Autorität unserer Partei weiter wachsen.

III.

Aufgaben der politisch-ideologischen Auseinandersetzung mit Chauvinismus und Revanchismus

Im Ringen um die Durchsetzung einer Politik des Friedens und der Verständigung haben die Kommunisten die große Aufgabe, die politisch-ideologische Auseinandersetzung mit dem Inhalt und den Methoden der psychologischen Kriegsvorbereitung der Bonner Machthaber zu führen. Mit vielseitigen, zum Teil der Goebbels-Propaganda entnommenen, zum Teil aber auch neuartigen Argumenten und Methoden haben sich die Atomkriegspolitiker das Ziel gestellt, immer größere Teile unserer Bevölkerung einschließlich der Arbeiter für die Kriegsziele des deutschen Imperialismus reif zu machen, indem sie das Gift des Nationalismus, des Revanchismus und auch der Rassenhetze verbreiten.

Dabei spekulieren sie darauf, daß die Kriegserlebnisse der älteren Generation immer mehr verblässen und daß inzwischen eine neue Generation herangewachsen ist, die den Krieg entweder nicht mehr bewußt oder

überhaupt nicht erlebt hat. Sie rechnen damit, daß die junge Generation nicht weiß, welche furchtbare nationale Katastrophe dieselben gesellschaftlichen Kräfte, die heute wieder in der Bundesrepublik herrschen — Monopolkapital und Militärkaste — über unser Volk gebracht haben.

Wir dürfen die Augen nicht davor verschließen, daß die Kriegstreiber zielbewußt ihre ideologische Offensive zur Steigerung von Chauvinismus, Antikommunismus und Revanchismus durchführen und sich dabei eines riesigen Propagandaapparates bedienen. Die Entlarvung der Politik der herrschenden Kreise als gefährlich für die Nation ist richtig und erforderlich. Der Erfolg für die Durchsetzung einer neuen Politik hängt aber in hohem Maße davon ab, wie es uns gelingt, die hauptsächlich in den Massen wirksamen Argumente des Antikommunismus, des Chauvinismus und Revanchismus zu zerschlagen.

Die Lüge von der „Bedrohung aus dem Osten“

Der Kern des antikommunistischen und chauvinistischen Feldzuges, der von Bonn gelenkt wird, ist die Haßpropaganda gegen die Sowjetunion und gegen die Deutsche Demokratische Republik. Wie unter Hitler wird der Bevölkerung der Bundesrepublik heute suggeriert, von der Sowjetunion drohe Gefahr, sowjetische Mittelstreckenraketen seien angeblich gegen die Bundesrepublik gerichtet. Die „kommunistische Bedrohung“, die bereits zur Vorbereitung des verbrecherischen Hitlerkrieges herhalten mußte, wird gebraucht, um einen psychologischen Kriegsgrund gegen die DDR und die sozialistischen Länder zu schaffen.

In Wahrheit wissen die Regierung und ihre Sprecher sehr gut, daß eine solche Gefahr nicht existiert und niemals existiert hat. Tatsache ist, daß die Sowjetunion unzählige Vorschläge zur weltweiten Abrüstung, sowohl der allgemeinen Abrüstung wie einzelner konkreter Abrüstungsschritte, gemacht hat, die bisher alle am Widerstand der USA und der Bonner Regierung gescheitert sind. Selbst westliche Politiker stellen fest, daß Adenauer und die CDU/CSU-Regierungen, nachdem sie Deutschland gespalten haben, an die erste Stelle immer die Aufrüstung und das Verlangen nach Atomwaffen setzten.

Sie haben die Aufrüstung der Bundesrepublik der Einheit Deutschlands

vorgezogen und offen zum Ausdruck gebracht, daß sie ihre politischen Ziele, die Eroberung der DDR, die Revision der Grenzen im Osten, die Neuordnung Osteuropas eben durch die militärische Aufrüstung der Bundesrepublik, durch Atomwaffen und mit Hilfe der USA verwirklichen wollen. Minister der Bundesregierung prahlten unverhüllt, daß bald wieder Leningrad und Moskau im Bereich der Waffen der Bundesrepublik lägen. Wer kann sich dann wundern, wenn die Völker zum Schutz gegen eine solche revanchistische Politik entsprechende Gegenmaßnahmen treffen?

Im Zuge des opferreichen Krieges, den die Sowjetunion zur Befreiung der europäischen Völker vom Joch des Faschismus und zur Niederschlagung des Hitler-Faschismus führen mußte, sind sowjetische Soldaten in zahlreichen Ländern gewesen, in Österreich, in Norwegen, in Finnland, in Dänemark, und sie haben diese Länder wieder verlassen und leben mit all diesen Staaten in guter Nachbarschaft. Niemals hätten sowjetische Truppen deutschen Boden betreten, wenn sie nicht die faschistischen Angreifer, die ihr Land überfallen hatten, bis Berlin und an die Elbe hätten verfolgen müssen, um sie zu zerschlagen. Und niemals wird ein sowjetischer Soldat den Boden der Bundesrepublik betreten, wenn vom Boden der Bundesrepublik aus kein neuer Krieg provoziert wird.

Das ist die Wahrheit über die Sowjetunion

Die fast fünfzigjährige Geschichte der Sowjetunion beweist, daß von diesem Land nie ein Krieg ausgegangen ist. Die Sowjetunion ist die konsequente Verteidigerin des Friedens und der friedlichen Koexistenz zwischen den Völkern und nutzt ihre wachsende Stärke und Autorität in der Weltpolitik zur friedlichen Lösung aller internationalen Streitfragen, zur Sicherung der nationalen Unabhängigkeit, des Selbstbestimmungsrechts und der Gleichberechtigung der Völker.

Am 22. Juni dieses Jahres jährt sich zum 25. Mal der Tag, an dem die Truppen Hitler-Deutschlands in die Sowjetunion einfielen. Dieser Tag muß für uns alle ein Tag der nationalen Besin-

nung sein. Das Schüren von Haßgefühlen gegen die Sowjetunion und gegen andere Völker in der Welt hat unserem Volk immer nur Unglück gebracht, während die Herstellung guter und freundschaftlicher Beziehungen zu den Völkern, insbesondere aber zur Sowjetunion, stets zum Nutzen des deutschen Volkes waren.

Mit der von Adenauer geprägten Vorstellung, daß die Sowjetunion unser „Todfeind“ sei und daß die Bundesrepublik „Bollwerk gegen den Osten“ sein müsse, ist eine Politik der nationalen Sicherheit unseres Volkes nicht zu vereinbaren. Wer die Bundesrepublik zum Bollwerk gegen den Osten machen will, wer sein ganzes Handeln

von den Gefühlen der Todfeindschaft und des Hasses gegen die Sowjetunion leiten läßt, der macht die Bundesrepublik zum Brückenkopf des USA-Imperialismus in Europa und gibt damit die nationale Unabhängigkeit, die Selbstbestimmung und die Gleichberechtigung auf.

Darum haben Adenauer und seine Minister die Pariser Verträge unterschrieben, in denen die Besetzung der Bundesrepublik bis über das Jahr 2000 hinaus vorgesehen ist. Darum wenden sie sich gegen alle Vorschläge des Abzugs der ausländischen Truppen aus Deutschland und selbst ihrer Verminderung. Wie aber soll denn die nationale Frage unseres Volkes gelöst werden, wie soll das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes verwirklicht werden, wenn Bonn mit der Lüge von der „Bedrohung aus dem Osten“ fremde

Truppen und ausländische Militärstützpunkte für alle Zukunft in der Bundesrepublik belassen will?

Wie sehr die Bundesregierung eine USA-hörige, antinationale Politik betreibt, zeigt sich auch darin, daß sie sich mehr und mehr in den schmutzigen Krieg der USA in Vietnam verstricken läßt und den deutschen Namen damit erneut mit Schande bedeckt. Aber im deutschen Interesse liegt es, endlich mit der Macht, die durch ihre Vermittlerrolle zwischen Indien und Pakistan sich als Friedensstifter die Anerkennung der ganzen zivilisierten Welt errang, gute und vernünftige Beziehungen herzustellen. Das würde es uns auch gestatten, die bedeutenden wirtschaftlichen Möglichkeiten voll zu nutzen, die sich uns durch erweiterte Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion bieten würden.

Gleichberechtigung durch Atomwaffen?

Die Bonner Machthaber suchen ihren Anspruch auf Mitverfügung oder Mitsprache über Atomwaffen vor allem mit der Forderung nach „militärischer Gleichberechtigung“ zu begründen. Gleichberechtigung — das macht sich immer schön, es klingt gerecht und friedlich. Die Rüstungsinteressenten und die Regierung spekulieren darauf, daß die Erinnerungen der älteren Generation bereits verblaßt sind und die Jugend nichts davon weiß, wie Hitler und seine Generale unter dieser betrügerischen Losung die Wiederaufrüstung begannen und den zweiten Weltkrieg vorbereiteten. Die deutschen Militaristen haben ihr Streben nach Vormachtstellung und Eroberung stets mit der Lüge von der „Gleichberechtigung“ getarnt. Mit dieser Lüge haben sie vor dem ersten und zweiten Weltkrieg das Recht auf Kolonien, auf die Erweiterung ihrer Einflußgebiete und ihrer Machtposition, auf mehr Lebensraum, auf die Beherrschung der Weizenfelder und Ölquellen im Osten begründet. Aber das bittere Ende für unser Volk kam nach: Millionen Tote, zerstörte Städte, der geschändete deutsche Name, ein kleineres Deutschland.

Heute erklären die vom militärischen Großmachtstreben besessenen Machthaber in Bonn: Wir sind wieder wer; wir wollen darum mehr politi-

schen Einfluß in der Welt und darum wollen wir auch Atomwaffen; denn nur der gilt etwas, der Atomwaffen besitzt.

Brauchen wir Deutschen wirklich die Mitverfügung oder die Mitsprache über Atomwaffen, um gleichberechtigt zu sein? Es macht doch stutzig, daß die gleichen Leute von Gleichberechtigung beim Besitz von Atomwaffen sprechen, die die Gleichberechtigung und die Selbstbestimmung in der Lösung der deutschen Frage veräußert haben, die in den Pariser Verträgen die Frage der Wiedervereinigung in die Hände der USA, Englands und Frankreichs legten, die erklären, die Wiedervereinigung sei nicht eine Sache der Deutschen selbst, sondern dafür seien die Siegermächte zuständig. Es sind die gleichen, die nach 1945 auf Befehl der imperialistischen Besatzungsmächte Deutschland spalteten. Wenn man aber an Gleichberechtigung denkt, dann ist doch der erste und bestimmende Grundsatz dabei, daß man darum ringt, daß die Wiedervereinigung, die die ureigenste Sache der Deutschen selbst ist, von den Deutschen ohne Einmischung von außen geregelt wird.

Jeder Bürger der Bundesrepublik muß sich doch fragen: warum denn ausgerechnet Gleichberechtigung beim Besitz von Atomwaffen?

Warum denn nicht der gleichberechtigte Verzicht auf Atomwaffen, wie es die DDR vorschlägt, wie es der polnische Rapacki-Plan vorsieht, wie es die ganze Welt gegenwärtig im Zusammenhang mit einem Abkommen über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen diskutiert?

Der sowjetische Ministerpräsident Kossygin hat in einem Brief an die Genfer Abrüstungskonferenz vorgeschlagen, daß alle nicht-atomaren Staaten, wenn sie sich verpflichten, auf Atomwaffen zu verzichten und

Sicherheit durch Abrüstung

Das würde uns echte Sicherheit bringen, ja, es wäre die einzige Sicherheit der Bundesrepublik vor Atombomben. Aber gerade dagegen laufen die imperialistischen Kräfte und ihre Bonner Regierung Sturm. Gerade einem solchen Vertrag widersetzen sie sich mit Zähnen und Klauen. Warum? Es gibt nur eine Schlußfolgerung: die herrschenden Kreise setzen einzig und allein auf die Karte des Revanchismus, des Wettrüstens, der militärischen Machtpolitik. Sie wollen die wahnwitzige und selbstmörderische „Politik der Stärke“, die den Graben zwischen den beiden deutschen Staaten immer mehr vertieft und die Kriegsgefahr erhöht, nicht aufgeben.

In jüngster Zeit hat die Bundesregierung zu einem neuen, unwahren Argument gegriffen, um ihren Anspruch auf Atomwaffen ungefährlich erscheinen zu lassen. Es wird erklärt, die Bundesrepublik müsse im Rahmen der NATO mitwirken können an der Zielplanung beim Einsatz von Atomwaffen. Wir sagen der Bevölkerung in aller Offenheit: Das ist ein gefährliches Ablenkungsmanöver. Führende Politiker und Militärs der Bundesregierung haben in der Vergangenheit mehr als einmal erklärt, daß in ihren militärischen Kalkulationen die atomare Bombardierung Leipzigs, Dresdens und Rostocks eingeschlossen sei. Die Presse hat im Zusammenhang mit den Manövern der Bundeswehr und der NATO wiederholt berichtet, daß zur „Manöverpraxis“ auch der Abwurf von Atomwaffen über deutschen Städten in der DDR gehörte.

auf ihrem Territorium keine Atomwaffen zu lagern, von den Atommächten Garantien erhalten, die jede Anwendung von Atomwaffen gegen sie ausschließt. Ein Ringen um eine solche Gleichberechtigung entspräche den nationalen Interessen unseres Volkes und stünde in vollem Einklang mit den in dieser Hinsicht auch gleichberechtigten Wünschen und Forderungen aller Völker der Welt. Unsere Gleichberechtigung können wir nur erringen durch unser eigenes Bemühen um eine Politik europäischer Sicherheit und Abrüstung.

Darum ist auch die Erklärung des Wehrexperthen der SPD, Helmut Schmidt, schädlich, der ein sogenanntes negatives Mitspracherecht forderte, womit er das Recht meint, sagen zu können, wir wollen, daß die Atomwaffen nicht auf diese, sondern auf eine andere Stadt geschossen werden. Das verändert doch in keiner Weise die Sache. Ob die Zielplanung so oder so aussieht, sich auf diese oder jene Stadt in irgendeinem Land richtet, in jedem Falle bedeutet das, daß wir mit dem sicheren Gegenschlag rechnen müssen, da die Atomwaffen auf unserem Boden lagern und von unserem Boden aus gestartet werden. Das heißt, diese Art von Zielplanung könnte zu keinem anderen Ergebnis führen, als zur atomaren Vernichtung der Bundesrepublik.

Wir fragen Helmut Schmidt, was denn eigentlich negatives Mitspracherecht heißt, da ihm ja genauso wie uns bekannt ist, daß Hassel, Trettner und die Bundeswehrführung ihre ganze Planung auf der atomaren Vorwärtstrategie aufgebaut haben und fordern, daß auch bei dem geringsten militärischen Zusammenstoß sofort Atomwaffen zum Einsatz kommen und die herrschende CDU/CSU-Führung die Bereitschaft zum atomaren Präventivkrieg propagiert.

Wenn schon von Zielplanung die Rede ist, sind wir der Meinung, daß es nur ein Ziel geben kann: zu verhindern, daß vom Boden der Bundesrepublik ein atomarer Revanche-Krieg ausgeht und alles zu tun, daß die Bundesrepublik zu einem Faktor der Verständigung und des Friedens in Europa wird.

Deutschland muß atomwaffenfrei sein!

Es gibt nur eine Möglichkeit, ganz Deutschland und alle deutschen Städte vor Atombomben zu schützen: ganz Deutschland muß atomwaffenfrei sein, die beiden deutschen Staaten müssen in eine atomwaffenfreie Zone und in ein europäisches Sicherheitssystem eingegliedert werden, das den Atomkrieg auf unserem Boden auf immer ausschließt. Atomwaffen für die Bundesrepublik, in welcher Form immer, würden zudem, darüber muß sich jeder westdeutsche Bürger im Klaren sein, unüberwindliche Hindernisse gegen die deutsche Wiedervereinigung aufrichten.

Wir Kommunisten haben seit Gründung unserer Partei stets für die nationale Gleichberechtigung und Selbstbestimmung unseres Volkes gekämpft, wir sind für die Gleichberechtigung der Deutschen in den beiden deutschen Staaten mit allen anderen Völkern. Aber warum sollte unser deutsches Volk, dessen imperialistische Herrscher zwei schreckliche Weltkriege über die Menschheit gebracht haben, nicht nach der Gleichberechtigung in der Abrüstung, im Verzicht auf Atomwaffen, im friedlichen Zusammenleben der Völker streben? Wollen die herrschenden Kreise etwa sagen, daß Belgier und Holländer, Schweden, Norweger und Dänen, Polen und Tschechen „zweitrangige“ Nationen sind, weil sie bereit sind, auf Atomwaffen zu verzichten?

Wenn es der Regierung in Bonn wirklich um die deutsche Gleichberechtigung zu tun wäre, so gäbe es nach außen und nach innen ein weites

Feld, auf dem sie sich dafür einsetzen könnte. Wirkliche Gleichberechtigung erfordert, daß die Bundesrepublik selbständig und gleichberechtigt mit der DDR in der deutschen Frage verhandelt. Wirkliche Gleichberechtigung würde erreicht, wenn die beiden deutschen Staaten sich dafür einsetzen, daß sie — bis Deutschland vereint ist — in die Organisation der Vereinten Nationen aufgenommen werden und in dieser Gemeinschaft der Völker ihren Beitrag für weltweite Entspannung und Abrüstung leisten würden. Das wäre ein wirklicher Fortschritt zur gleichberechtigten Teilnahme am internationalen Geschehen. Aber die Bonner Regierung denkt gar nicht daran, einen solchen positiven Vorschlag für die friedliche Gleichberechtigung des deutschen Volkes anzunehmen, weil er ihrem anmaßenden und unhaltbaren Alleinvertretungsanspruch entgegensteht.

Unsere Bevölkerung, vor allem die arbeitenden Menschen in Stadt und Land, sollten auch darüber nachdenken, daß die Kreise, die so laut nach militärischer „Gleichberechtigung“ rufen, in der Bundesrepublik selbst der großen Mehrheit des Volkes die Gleichberechtigung verweigern. Aber gerade diese Gleichberechtigung braucht das arbeitende Volk, die Mitbestimmung in Betrieb und Wirtschaft, gleiche Chancen für die Arbeiter- und Bauernkinder an den höheren Schulen und Universitäten, die Gleichberechtigung der Frauen in der Entlohnung und bei der Qualifizierung der Jugendlichen, im Arbeitsschutz und in der Berufsausbildung.

Das Erreichte sichern und mehr!

In der psychologischen Kriegsführung der regierenden Kreise, bei dem Versuch, die Jugend chauvinistisch zu vergiften, suchen die Machthaber auch den berechtigten Stolz der Bevölkerung auf das, was nach dem Kriege wieder geschaffen wurde, zu mißbrauchen. In der Tat ist dank der harten und fleißigen Arbeit der werktätigen Bevölkerung nach den furchtbaren Zerstörungen des Krieges wirtschaftlich und sozial viel geleistet worden. Die Herren der großen Monopole tun so, als sei das ihr Verdienst. In

Wahrheit haben sie mit Hilfe der CDU/CSU-Führung und ihrer Regierung sich nur den größten Teil der von den arbeitenden Menschen geschaffenen Güter unrechtmäßig angeeignet und haben ihren Reichtum und ihre Macht ungeheuer mehrten können.

Jeder soziale Fortschritt mußte ihnen von den arbeitenden Menschen in harten Auseinandersetzungen abgerungen werden. Jetzt wird aber durch die von den Monopolen und ihrer Bonner Regierung betriebene

Politik der Atomrüstung und Kriegsvorbereitung alles, was nach 1945 geschaffen wurde, erneut aufs Spiel gesetzt. Das ist es, was wir Kommunisten und die anderen friedliebenden Kräfte der Bevölkerung immer wieder vor Augen führen müssen.

Wer will, daß das Erreichte gesichert und gemehrt, und nicht durch eine zum Kriege treibende Politik zerstört wird, der muß sich für eine neue Politik einsetzen und durch die Mitbestimmung der schaffenden Menschen die Macht der Monopole einschränken.

Ein Spiel mit gezinkten Karten

In jüngster Zeit traten einige Bonner Politiker auf, die in der Welt und in Deutschland den Eindruck erwecken wollen, als ob es Ansätze für eine Wandlung der Bonner Politik gäbe. Da ist zum Beispiel der Herr Gradl, der glaubt, man könne die Öffentlichkeit täuschen, wenn man so vorgehe wie es in dem alten deutschen Märchen heißt, der Wolf brauche nur Kreide zu fressen, damit seine Stimme angenehmer klinge und sich seine Krallen mit Mehl pudern, damit sie harmlos erscheinen. Herr Gradl übersieht dabei nur eines, daß die Völker und die Menschen, um die es dabei geht, nicht vertrauensseelige Geißlein sind wie im Märchen, sondern ihre zweimaligen Erfahrungen mit dem imperialistischen deutschen Wolf nicht vergessen haben.

Wenn Herr Gradl erklärt, die Bundesregierung sei bereit, mit sich über den Verzicht auf Atomwaffen reden zu lassen, wenn sie vorher die DDR einkassieren könne, so ist das doch nichts anderes als der Versuch einer atomaren Erpressung. Wenn Gradl an die Adresse der Volksrepublik Polen und anderer Staaten sagt, die Bundesregierung sei bereit, über die Regelung der Ostgrenzen zu verhandeln, wenn zuvor die DDR von der Bundesrepublik geschluckt sei, so hat das überhaupt nichts mit Verständigung und Verhandlungsbereitschaft zu tun, sondern ist nichts anderes als eine Neuauflage der Hitlerschen Politik. Auch Hitler hat seine gesamten Kriegsziele nicht sofort verkündet, sondern Schritt für Schritt durchgeführt.

In jüngster Zeit sind einige Sprecher der Bonner Regierung dazu übergegangen, den alten Kurs der Atomrüstung und der Gebietsansprüche ein wenig aufzuputzen, um ihn dem Ausland gegenüber nicht gar so abstoßend erscheinen zu lassen. Sie haben gespürt, daß das ständige Pochen auf Mitverfügung über Atomwaffen und der Ruf nach den Grenzen von 1937 nicht nur bei den Völkern, sondern sogar bei den Regierungen ihrer NATO-Verbündeten auf wachsendes Mißtrauen stößt und in ganz Europa Unbehagen hervorruft.

Das Ganze ist doch illusionär, ein zu durchsichtiges Spiel mit gezinkten Karten!

Es muß doch endlich klar sein, daß es keine Möglichkeit gibt, die DDR mit Gewalt, mit der Methode der Erpressung oder mit List und Tücke zu liquidieren. Alle diese Pläne sind doch für die Bevölkerung der Bundesrepublik und vom nationalen Interesse aus gesehen nicht nur unrealistisch, sondern lebensgefährlich. Jeder Versuch, mit imperialistischer Machtpolitik und militärischer Erpressung das Herrschaftsgebiet der Monopole und Militaristen auf die DDR und andere Gebiete auszudehnen, würde unser Volk in einen alles zerstörenden atomaren Krieg stürzen.

Zudem sind diese Äußerungen von Gradl, die zuvor auch von Schröder und Krone gemacht wurden, doch selbstentlarvend; denn bisher wurde immer gesagt, wir brauchen Atomwaffen zu unserer Verteidigung, für unsere Sicherheit, zur Abwehr der angeblichen Bedrohung aus dem Osten, und jetzt sagt man offen, wir brauchen sie als Handelsobjekt, um damit die Bonner Gebietsansprüche durchzusetzen. Ist das nicht der treffendste Beweis dafür, daß wir zu Recht die Bonner Politik als revanchistisch charakterisieren?

In unser aller Interesse muß man doch endlich in der Politik der Bundesrepublik davon ausgehen, daß die DDR ein souveräner Staat ist, verbündet mit der Weltmacht Sowjetunion und gleichberechtigter Partner im Warschauer Vertrag. Immer mehr

Staaten der Welt nehmen wirtschaftliche und diplomatische Beziehungen zur DDR auf. Der Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung wird von immer mehr Völkern und Staaten in der Welt als unreal und gefährlich betrachtet. Man kann die DDR also weder „aufkaufen“ noch zum „Verschwinden“ bringen noch durch militärische Erpressung erobern. Man kann die DDR auch nicht umgehen. Ebenso unsinnig ist die Spekulation, durch ideologische Aufweichung, wie Herr Mende glaubt, das Erreichen zu können, was vor dem 13. August 1961 auf dem Wege der wirtschaftlichen Sabotage nicht gelungen ist. Die DDR weiß sich gegen alle solche Machenschaften zu schützen, sie ist stark und wird, wie ja sogar Herr Mende eingestehen mußte, von Tag zu Tag stärker. Es liegt im eigenen Interesse der Bevölkerung der Bundesrepublik, diese Tatsachen zu sehen, sie anzuerkennen und die Politik darauf einzurichten. Darum treten wir Kommunisten dafür ein, daß in der Bundesrepublik eine neue Politik durch-

gesetzt wird, die diesen Realitäten Rechnung trägt.

Wer es wirklich ernst meint mit Kontakten, wer darunter wirklich deutsche Friedenssicherung und deutsche Verständigung versteht, der muß sich für Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten, für die Herstellung normaler Beziehungen zwischen ihnen, für reale Abrüstungsschritte auf deutschem Boden einsetzen. Der Sechs-Punkte-Vorschlag des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, zu Beginn des neuen Jahres wäre eine geeignete Verhandlungsgrundlage, die auch den Interessen der Bürger der Bundesrepublik entspricht. Ebenso ist der in dem Offenen Brief des ZK der SED an die SPD unterbreitete Vorschlag, daß die Parteien und Organisationen der DDR und der Bundesrepublik sich an einen Tisch setzen, um neue Wege der Verständigung und Wiedervereinigung zu beraten, geeignet, um aus der Sackgasse herauszuführen, in die die Bundesrepublik durch die Politik der CDU/CSU geraten ist.

Die große Leistung der SED

Wenn die DDR gegenwärtig einen so bedeutsamen Platz in der deutschen und europäischen Politik einnimmt, so wurde der Grundstein dafür vor zwanzig Jahren gelegt, als sich SPD und KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vereinigten. Das war ein wirklicher Wendepunkt in der deutschen Geschichte. Denn von nun an wurde in einem Teil Deutschlands die Arbeiterklasse mit ihren Verbündeten in die Lage versetzt, einen friedlichen deutschen Staat aufzubauen und die Macht der Monopole für immer zu brechen. Die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands war die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung. Sie war die Schlußfolgerung aus den jahrzehntelangen Kämpfen der deutschen Arbeiterbewegung, die Lehre aus den Erfahrungen von zwei Weltkriegen und dem Faschismus.

Unter der Führung der SED vollzog die Arbeiterklasse im Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft und anderen Volksschichten die größte Revolution in der deutschen Geschichte, schufen sich die Werktätigen ihren Staat, die

Deutsche Demokratische Republik, die eine feste Bastion des Friedens und der Sicherheit in Europa, ein mächtiger Verbündeter aller friedliebenden Menschen in der Bundesrepublik ist.

Alle Genossen, die die damalige Zeit miterlebt haben, wissen, daß auch im Westen Deutschlands Sozialdemokraten und Kommunisten die Einheit wollten und in vielfältiger Weise zusammenarbeiteten. Nur durch die Tätigkeit der reaktionären Kräfte, der Haltung der rechten sozialdemokratischen Führer und schließlich durch das direkte Verbot der imperialistischen Besatzungsmächte wurde verhindert, daß auch bei uns der Weg der Einheit beschritten wurde.

Die Entwicklung der SED war mit einer großen politisch-ideologischen Leistung verbunden, die darin bestand, daß die guten Traditionen, das wertvolle Erbe der deutschen Arbeiterbewegung gewahrt, zugleich der vor allem in der SPD verwurzelte Opportunismus und sektiererische Auffassungen vieler Kommunisten überwunden wurden. Die SED leistete eine große, für die ganze deutsche Arbeiterklasse nicht

zu entbehrende theoretische Arbeit. Sie löste die Probleme der Durchführung der antifaschistisch-demokratischen Revolution und des friedlichen Übergangs zur sozialistischen Revolution in einem hochindustrialisierten Lande. Das geschah zudem unter den komplizierten Bedingungen der Spaltung Deutschlands durch die imperialistischen Besatzungsmächte und die westdeutsche Monopolbourgeoisie, die nichts unversucht ließen, die Macht der Arbeiterklasse in der DDR zu unterwühlen und die Entwicklung rückgängig zu machen.

Mit dem von der SED entwickelten Neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft werden die Aufgaben des vollendeten Aufbaus des Sozialismus und der Anwendung der wissenschaftlich-technischen Revolution unter den Bedingungen des Wettbewerbs zwischen Sozialismus und staatsmonopolistischem Kapitalismus in Deutschland erfolgreich gelöst.

Einige Probleme der 11. ZK-Tagung der SED

So wie die SED ihre brüderliche Verbundenheit mit der westdeutschen Arbeiterklasse und unserer Partei bekundet, ist die KPD aufs engste mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und allen Werktätigen der DDR verbunden und lernt aus ihren reichen Erfahrungen und Leistungen.

Auf der 11. Tagung des Zentralkomitees der SED wurden die weiteren Perspektiven im Aufbau des Sozialismus in der DDR beraten, der Plan bis 1970 entwickelt und damit der gesamten Bevölkerung der DDR eine feste sieghafte Perspektive gegeben. Es ist nur natürlich, daß, wenn es darum geht, alle Kräfte für die Erhaltung des Friedens, für die Lösung der nationalen Frage, für den Sieg des Sozialismus aufzubieten, auch der Beitrag, den Kunst und Literatur dazu leisten können, diskutiert wird. Darüber gab es auf dem 11. Plenum eine prinzipielle Diskussion, wobei auch falsche Auffassungen und Fehler, die auf diesem Gebiet gemacht wurden, sachlich kritisiert wurden. Es ging beispielsweise darum, daß von einzelnen Schriftstellern die führende Rolle der Arbeiterklasse abgelehnt und angegriffen und Zweifel an allem verbreitet wurden.

Obwohl die Entwicklung in der Bundesrepublik nicht denselben Verlauf nehmen kann, wie in der Deutschen Demokratischen Republik, ist das, was die SED geleistet hat, von großer prinzipieller Bedeutung auch für die Arbeiterklasse der Bundesrepublik. Sie bereicherte die Schatzkammer des Marxismus-Leninismus. Es ist darum für unsere Partei wie für die Arbeiterklasse der Bundesrepublik unerlässlich, sich diese Lehren und Erfahrungen zunutze zu machen.

Die Erfahrungen der SED zeigen, wie aus der gemeinsamen Aktion bei der Überwindung von Imperialismus und Militarismus, im gemeinsamen Kampf um eine antifaschistisch-demokratische Ordnung und das Selbstbestimmungsrecht des Volkes sich Bewußtsein und Organisiertheit der Arbeiterklasse entwickelten und die enge Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten auch das feste Bündnis mit den übrigen demokratischen Volksschichten ermöglichte.

Soll die SED zum Beispiel dazu schweigen, wenn ein Biermann erklärt: „In den Bunkern meiner Skepsis sitze ich sicher ...“ und aus dieser Position hochmütig verkündet: „Das Kollektiv liegt schief ... das Kollektiv hat sich von mir isoliert“?

Die Partei kann doch nicht zulassen, daß Theorien verbreitet werden, die die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins hemmen, die nicht vorwärtshelfen, sondern zurückreißen.

Es ist schließlich kein Zufall, daß gerade solche Künstler, die in der DDR mit antisozialistischen Theorien auftreten, in der Bundesrepublik von der Meinungsmaschinerie der herrschenden Kreise hochgespielt werden. Diese Methode, bestimmte Künstler und Schriftsteller der DDR als die einzig wirklichen Künstler hervorzuheben und die Kritik an ihnen als „Kampf der SED gegen die Freiheit der Kunst überhaupt“ hinzustellen, das ist nichts anderes, als ein Teil des Kampfes gegen den Sozialismus. Das ist eine Strategie, die Strauß auf die Formel brachte, es gelte „die beste Form der Annäherung zu bestimmen, durch welche die internationale Organisation des kommunistischen Weltreiches auf-

geweicht und ... von innen her aufgebrochen werden kann ...“ („Die Welt“ vom 9. Oktober 1965)

Dabei sehen wir, daß sich ausgerechnet jene so besorgt um die Freiheit von DDR-Künstlern zeigen, die progressive Künstler und Schriftsteller in der Bundesrepublik beschimpfen und diffamieren. Ihnen gegenüber erklärte die Bundesregierung, sie seien Pinscher und sollten gefälligst die Finger von der Politik lassen. Im Gegensatz dazu aber hat die SED alle Künstler aufgefordert, aktiv, bewußt und mit großer Kraft an der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft schöpferisch mitzuwirken.

Welches ist der gesellschaftliche Auftrag des Künstlers? Er muß Partei ergreifen für die Sache des Volkes — so wie das zu allen Zeiten alle großen Künstler getan haben.

Für die Künstler in der DDR wie im ganzen sozialistischen Lager heißt das, Partei zu ergreifen für den Sozialismus und mit allen ihren Kräften und Fähigkeiten für den Sozialismus zu sein, so wie es der Schriftsteller Erik Neutsch sagte: „Ich will mich im Kampfe für den Aufbau des Sozialismus genau so bewähren müssen, wie alle revolutionären Sozialisten vor mir. Dazu bekenne ich mich, dafür trete ich ein und darüber schreibe ich.“

So verurteilen wir das Verhalten der beiden sowjetischen Schriftsteller

Der Vormarsch der Kräfte des Friedens und des Sozialismus

Manche Genossen fragen, ob die Einschätzung, daß die Kräfte des Friedens und des Sozialismus in der Welt wachsen und zunehmend die Entwicklung der internationalen Politik bestimmen, heute noch richtig ist. Diese Frage taucht auf angesichts der Verbrechen des USA-Imperialismus in Vietnam und seines Anspruchs, überall in der Welt als Gendarm gegenüber den Freiheitsbewegungen der Völker aufzutreten. Wir verstehen eine solche Fragestellung von Genossen, die ja einer gewissen Sorge entspringt. Aber eine reale, wohldurchdachte Einschätzung der internationalen Ereignisse zeigt doch, daß die Entwicklung in der Welt auch heute von dem wachsenden Einfluß der Sowjetunion, der Länder des Sozialismus, der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern und

A. Sinjowsky und J. Daniel, die illegal im westlichen Ausland die Regierung der UdSSR, die KPdSU und das sowjetische Volk beleidigten. Sie haben nicht nur der UdSSR Schaden zugefügt, sondern allen Bruderparteien und allen Menschen, die die erhabenen Ideen des Humanismus und der Völkerverständigung vertreten.

Für den Künstler in der Bundesrepublik heißt es einzutreten für die Erhaltung des Friedens und sich dem Griff der herrschenden Kreise nach Atomwaffen und Unterstützung für den schmutzigen Krieg in Vietnam entgegenzustellen; einzutreten für den Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung und gegen die Notstandsgesetze, für Humanismus und gegen faschistische Tendenzen, für die sozialen Interessen des werktätigen Volkes, gegen die Rüstungspolitik und den Raubzug der Monopole.

Wir Kommunisten fühlen uns mit allen Künstlern tief verbunden, die sich an die Seite des Volkes stellen

Die großen Erfolge, auf die die Arbeiterklasse der DDR, ihre Partei, die SED, und alle Werktätigen anlässlich der 20. Wiederkehr des historischen Vereinigungsparteitages zurückblicken können, erfüllen alle fortschrittlichen Menschen in der Bundesrepublik mit Freude, Zuversicht und Kraftbewußtsein.

der nationalen Unabhängigkeitsbewegung bestimmt wird.

Die Zuwachsraten der industriellen Produktion der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder übertrifft weiterhin die Entwicklung der Produktion in den kapitalistischen Hauptländern. So ist die Industrieproduktion der Sowjetunion im Ergebnis des 1965 abgelaufenen Siebenjahresplanes um 84 Prozent gestiegen. Entsprechend der Direktiven des neuen Fünfjahresplanes für die Zeit von 1966—1970, der vom XXIII. Parteitag der KPdSU beraten und beschlossen werden wird, steigert sich das Volumen der Industrieproduktion in der Sowjetunion um fast die Hälfte. Im Ergebnis des höheren wirtschaftlichen Wachstumstempes erhöht sich ständig der Anteil der sozialistischen Länder an der Weltpro-

duktion. Im Jahre 1964 entfielen auf sie 38 Prozent der Weltproduktion gegenüber 20 Prozent im Jahre 1950. Die weiche Landung einer Mondsonde hat bewiesen, daß die Sowjetunion auf bedeutsamen Gebieten der Wissenschaft und Technik ihren Vorsprung in der Welt erhält und erweitert.

Das sind wichtige Momente, die die Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten der sozialistischen Länder unterstreichen. Und dabei verbessern sich die Zusammenarbeit und die Arbeitsteilung der sozialistischen Länder, die im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe zusammengeschlossen sind. Das Manöver „Oktobersturm“ hat bewiesen, welchen hohen Grad das Zusammenwirken aller Waffengattungen der Staaten des Warschauer Vertrages zur Zerschlagung eventueller militärischer Provokationen der westdeutschen Imperialisten erreicht hat.

Das Taschkenter Abkommen, die erfolgreichen Bemühungen der Sowjetunion, den bewaffneten Konflikt zwischen Indien und Pakistan zu beenden und gegen alle imperialistischen Ränke die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden zwischen diesen beiden bedeutenden Völkern zu legen und die Sprengbomben des kolonialistischen Erbes zu entschärfen, hat das Steigen der Autorität der Sowjetunion als Friedensmacht in der ganzen Welt deutlich sichtbar gemacht.

Die amerikanische Aggression gegen das vietnamesische Volk ruft bei allen Völkern und im amerikanischen Volk selbst in wachsendem Maße Abscheu, Empörung und Widerstand hervor. Noch nie hat sich der USA-Imperialismus in seiner Brutalität so vor den Völkern demaskiert und isoliert. Trotz seines ganzen militärischen Einsatzes und aller Brutalität erreicht der USA-Imperialismus seine Ziele nicht; denn das vietnamesische Volk erweist sich in seinem heroischen nationalen Be-

freiungskampf, unterstützt durch die Solidarität der Sowjetunion, der sozialistischen Länder und der friedliebenden Welt, als unbesiegbar.

In den kapitalistischen Ländern führt die Arbeiterklasse, führen alle friedliebenden und demokratischen Kräfte einen verstärkten Kampf gegen den Imperialismus, für die Sicherung des Friedens, die Erhaltung der Demokratie und für soziale Sicherheit. Auch die jungen Nationalstaaten ringen um die Festigung der politischen Unabhängigkeit und der ökonomischen Selbständigkeit.

Natürlich entwickelt sich der Vormarsch des Sozialismus und der anti-imperialistischen Kräfte nicht gleichmäßig, sondern es gibt auch Rückschläge. Vor allem ist die Entwicklung in den jungen Nationalstaaten sehr widerspruchsvoll, da hier der Kampf geführt wird zwischen den Kräften, die den nichtkapitalistischen Weg einschlagen wollen und denen, die den kapitalistischen Weg gehen und die ökonomische Abhängigkeit zu den großen imperialistischen Staaten aufrechterhalten wollen. Vor allem die USA-Imperialisten und die herrschenden Kreise in der Bundesrepublik machen alle Anstrengungen, um in der Form sogenannter Entwicklungshilfe sowie durch Erpressung und Korruption die reaktionären Kräfte in diesen Ländern zu stärken und den Kolonialismus in neuer Form aufrechtzuerhalten.

Trotz all dieser Versuche der Imperialisten zeigt die Entwicklung jedoch, daß auf eine längere Periode gesehen der Fortschritt in keinem Land aufzuhalten ist und das Kräfteverhältnis sich auch weiterhin zugunsten der Demokratie und des Sozialismus verändert.

Das gilt auch darum, weil in den entwickelten kapitalistischen Ländern selbst sich die Widersprüche weiter verschärfen und die Differenzen im Kampf um die Märkte und Einflußgebiete zwischen den imperialistischen Staaten weiterhin zunehmen.

Unsere internationale Pflicht:

das gemeinsame Handeln in den Vordergrund stellen!

Ich habe in meinen Ausführungen dargelegt, daß infolge der USA-Aggression gegen das vietnamesische Volk und der aggressiver werdenden Politik der westdeutschen Imperia-

listen eine Verschärfung der Lage eingetreten ist. Das macht dringend erforderlich, die Aktionseinheit der internationalen kommunistischen Bewegung herzustellen und vor allem

sich über gemeinsame Aktionen gegen den schmutzigen Krieg in Vietnam, gegen den USA-Imperialismus zu verständigen. Das ist die erste und heiligste Pflicht des proletarischen Internationalismus in der gegenwärtigen internationalen Lage. Das erfordert auch, nicht das Trennende, nicht die Meinungsverschiedenheiten ideologischer oder politischer Art, sondern das Verbindende, die Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns in den Vordergrund zu rücken. Das war die beherrschende Idee der Konsultativberatung im März 1965 in Moskau, sowie der Festlegungen auf der Konferenz der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder Europas in Brüssel und der Konferenz der drei Kontinente in Havanna.

Aber was tun die Führer der Kommunistischen Partei Chinas in dieser Situation? Sie verschärfen ihre Angriffe gegen die Kommunistische Partei der Sowjetunion und gegen die anderen kommunistischen Parteien. Sie übertragen die ideologischen Meinungsverschiedenheiten auf das politische Gebiet und selbst auf die zwischenstaatlichen Beziehungen. Sie erklären im Gegensatz zu dem, was notwendig wäre, daß es zwischen ihnen und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion sowie der Führung der großen Mehrheit der kommunistischen Parteien nichts Gemeinsames mehr gäbe. Sie lehnen die Verständigung über gemeinsame Aktionen zur Verstärkung der Solidarität für das kämpfende vietnamesische Volk und gegen den USA-Imperialismus ab. Sie verstärken ihre spalterische Tätigkeit, die sich gegen die kommunistische Weltbewegung richtet.

Den Appell, das Trennende zurückzustellen und von dem Gemeinsamen und der Notwendigkeit der Aktionseinheit auszugehen, beantworteten die chinesischen Führer in einem Artikel der „Pekinger Volkszeitung“ und der „Roten Fahne“ mit der These, daß gegenwärtig „das existiert, was trennt, und nicht das, was eint. Daß das existiert, was einander entgegengesetzt ist, und nicht das, was gemeinsam wäre“.

Wem allein kann das dienen? Eine solche Praxis dient auf keinen Fall

dem antilperialistischen Kampf der Völker gegen den USA-Imperialismus. So schrieb zum Beispiel die „New York Times“ in ihrer Ausgabe vom 4./5. Dezember 1965: „Die jetzige Konfliktlage gewährt den Vereinigten Staaten die beste Möglichkeit, Kapital aus den Unstimmigkeiten zu schlagen.“ Und ein Blick in die westdeutsche Monopolpresse genügt, um zu sehen, wie auch die westdeutschen Imperialisten aus diesem Verhalten der chinesischen Parteiführer Nutzen ziehen. Gegenüber dieser gegen die Einheit der kommunistischen Bewegung und ihr gemeinsames Handeln im antilperialistischen Kampf gerichteten Tätigkeit der Führer der Kommunistischen Partei Chinas bringen die kommunistischen Parteien der Welt kein Verständnis auf. Die ruhige, besonnene, weitsichtige Haltung der KPdSU, die von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus bestimmt ist, wird in allen kommunistischen Parteien mehr und mehr als richtig angesehen.

Wir haben des öfteren zum Ausdruck gebracht, daß wir keine Verschärfung der Polemik wünschen. Aber wir müssen hier vor dem Zentralkomitee, um unsere Partei zu informieren, offen über das Verhalten der chinesischen Führer sprechen. Wir müssen ganz entschieden den Kampf gegen alle Versuche führen, Spaltung in unsere Partei hineinzutragen. Wir haben ausreichende Beweise dafür, daß diese Spaltungsversuche von den Organen des Gegners mit Freude registriert und unterstützt werden.

Warum unterstützt der Gegner die Bildung von Spaltergruppchen? Weil ihre Wirkung sich ausschließlich gegen die KPD, gegen die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, gegen den Kampf der fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik für Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt richtet. Mit dieser Tätigkeit dienen solche Spaltergruppen ausschließlich den Feinden des Volkes, den westdeutschen Monopolherren und Militaristen. Es ist klar, daß unsere Partei, überall wo sie auftauchen, diesen Spaltergruppen energisch entgegentritt, sie vor der Arbeiterklasse und dem Volk entlarvt.

Die Partei stärken und festigen!

Zum Schluß nahm Genosse Max Reimann kritisch zu einigen Problemen der Parteiarbeit Stellung und faßte die Aufgaben der Partei für die nächste Zeit in folgenden Punkten zusammen:

1 Das begonnene Gespräch mit den Sozialdemokraten muß in breitem Umfang weitergeführt werden. Die Grundlagen dazu sind die hier auf dem 7. Plenum behandelten politischen und ideologischen Fragen und der Offene Brief den Zentralkomitees der SED an die Delegierten des Dortmunder Parteitages der SPD, an alle Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratie in der Bundesrepublik. Es kommt darauf an, das Gespräch mit allen Sozialdemokraten auf allen Ebenen zu führen, damit die Hauptkraft der Bevölkerung, die Arbeiterklasse, durch ihr einheitliches Auftreten eine neue friedliche und demokratische Politik durchsetzen kann.

2 Wegen der Verschärfung der Lage durch den schmutzigen Krieg der USA in Vietnam und die aggressiver werdende Politik der westdeutschen Imperialisten müssen die Anstrengungen zur Verteidigung des Friedens verstärkt werden, indem wir die Bewegung für die Beendigung des Krieges in Vietnam und gegen die Bonner Unterstützung dieses Krieges vor allem in der Arbeiterklasse und in den Gewerkschaften verbreitern. Wir müssen unsere Anstrengungen verstärken gegen den Versuch der herrschenden Kreise in Bonn, Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu bekommen.

3 Der Kampf für die Verteidigung des Grundgesetzes, gegen die Notstandsgesetze und insbesondere die Notstandsverfassung, tritt in eine entscheidende Phase.

In den Gesprächen mit den Sozialdemokraten, in den Betrieben und Gewerkschaften, bei der Intelligenz und in allen Bevölkerungsschichten müssen wir Aufklärung über die Gefährlichkeit dieser Gesetze schaffen mit dem Ziel, daß die Notstandsverfassung verhindert und dagegen durch mehr Mit-

bestimmung für die Werktätigen die Demokratie erweitert und gefestigt wird.

Wir sollten alles in unseren Kräften Stehende dafür tun, daß der Kampf für die Beendigung des schmutzigen Krieges der USA in Vietnam, für die Verhinderung der atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik und die Verteidigung der Demokratie zum Inhalt des Ostermarsches und der Kundgebungen am 1. Mai werden. In dieser Richtung müssen wir auch dazu beitragen, daß der 7. DGB-Kongreß Beschlüsse faßt, durch die die Ablehnung der Notstandsgesetze bekräftigt wird.

4 Nachdem die IG Metall mit ihrem Tarifabschluß eine Bresche in die Front der Unetnehmer und der Regierung, die jede Lohnerhöhung verhindern wollten, geschlagen hat, kommt es darauf an, auch in den anderen Industriezweigen durch die gleiche Kampfbereitschaft berechnete Lohnerhöhungen durchzusetzen. Wir dürfen keinen Zweifel darüber lassen, daß der sozialreaktionäre Kurs dieser Regierung der Monopole weitergeht.

Mit den von der Regierung betriebenen Preiserhöhungen, dem Plan, die Konsumsteuern zu erhöhen und die sozialen Ausgaben zu vermindern, wird auch in Zukunft der Versuch gemacht, die Lasten der Rüstung auf die Werktätigen abzuwälzen und den Monopolen Höchstprofite zu sichern. Darum ist es notwendig, die Gewerkschaften als die Organisation der Arbeiterklasse zu stärken, ihre Kampfkraft zu erhöhen, damit sie in allen sozialen und politischen Fragen ihren Einfluß vergrößern.

5 Damit die Partei ihre großen Aufgaben erfüllen kann, ist es notwendig, sie auf der Grundlage der auf dieser Tagung gestellten Probleme politisch und ideologisch zu festigen und durch die Gewinnung neuer Mitglieder ihre Reihen zu stärken. So wird unsere Partei auch weiter befähigt, stärker in den Massen zu wirken, ihre legale Arbeit breiter zu entwickeln und den Kampf für die Aufhebung des KPD-Verbots erfolgreich zu führen.

Genosse Erich:

Der Kernpunkt unseres Gesprächs mit SPD-Genossen

Heute morgen bekam ich einen interessanten Bericht. In einer Großstadt in Südwestdeutschland fand eine Aussprache zwischen einem Genossen und einem bekannten sozialdemokratischen Genossen statt. Die Aussprache währte vier Stunden. Der Genosse sagte: Ich komme nicht als Vertreter der VVN und nicht der Ostermarschbewegung, sondern ich komme als Mitglied der KPD, als Kommunist. Darauf sagte ihm der sozialdemokratische Genosse: Ich werde einem Menschen, der seiner Überzeugung treu bleibt und der auch als Kommunist nach wie vor auftritt, Hochachtung entgegenbringen. — Aber das ist nicht einmal das bemerkenswerteste. Er fügte weiter hinzu: Renegaten, Skeptizisten, Zweifler kann ich soviel sprechen, wie ich will. Die gibt es in Masse in der Bundesrepublik. Aber mit Menschen, die feste Auffassungen und feste Standpunkte haben, lohnt es sich, jetzt zu sprechen.

Ich glaube, Genossen, das müssen wir verstehen. Darin liegt der Kern des Referats, der Kern der Fragestellung über die Partei, die Rolle der Partei, das Wesen und die jetzigen politisch-ideologischen Aufgaben, die erforderlich sind, um die Partei zu festigen.

Es ist doch nicht zufällig, daß Max so ausführlich über die Rolle der Partei und die politischen Grundlagen in Verbindung mit dem Offenen Brief der SED und in Ergänzung der von der 6. ZK-Tagung entwickelten Politik gesprochen hat. Je umfassender unsere weltanschauliche Bildung, das politisch-ideologische Niveau ist, umso besser können wir alle — das Zentralkomitee, wie jedes Mitglied unserer Partei — unsere Politik in ihrer ganzen Breite durchführen.

Wehner hat gesagt, es gehe ihm um die Auseinandersetzung mit den Kommunisten. Offensichtlich ist bei ihm die Vorstellung vorhanden, den Offenen Brief der SED zu nehmen, Streitpunkte zu suchen und wo möglich den Streit

zu verschärfen und zuzuspitzen. Aber was ist unser Standpunkt? Es geht uns nicht um den Streit zwischen KPD und SPD. Es geht uns nicht darum, wer wen am besten entlarvt, damit wir uns am Ende nur noch weiter voneinander entfernen — das wäre ein Unglück —, sondern es geht uns darum, das Gespräch mit den sozialdemokratischen Genossen so zu führen, daß dabei herauskommt, wie wir gemeinsam immer besser und erfolgreicher — jetzt gebe ich die Richtung — die Auseinandersetzung mit der CDU/CSU, mit der gefährlichen Richtung ihrer Politik führen und wie wir dieser Politik Schritt für Schritt eine andere, von den Interessen der Arbeiter und des Volkes getragene nationale Politik gegenüberstellen. Es geht nicht um den Streit, sondern um die Verständigung. Und das ist die Richtung, die für die ganze Partei bestimmend ist. Dazu brauchen wir viel Prinzipienfestigkeit, damit wir nicht dogmatisch sind, aber auch nicht in Opportunismus abgleiten.

Diese Prinzipienfestigkeit, die Klugheit und die Geduld, die wir dabei aufbringen müssen, das ist jetzt das wichtigste, um einen laufenden Erfahrungsaustausch in allen unseren Parteiorganisationen durchzuführen. Das muß jetzt in den Mitgliederversammlungen, in den Leitungen ins Zentrum unserer Arbeit rücken. Wir brauchen hierbei die gegenseitige Hilfe aller Genossen, um das Gespräch mit den Sozialdemokraten so effektiv und erfolgreich wie möglich zu führen. Ich betone das besonders, weil hierauf auch unsere ganze Agitation langfristig eingestellt werden muß.

Max hat hier dargelegt, daß wir in bedeutsamen Fragen mit den Sozialdemokraten übereinstimmen. Ich möchte aber doch betonen, daß die Sache nicht so steht, daß wir diese Verständigung allein deshalb suchen, weil die gegenwärtige Lage so ernst ist. Das reicht für viele Sozialdemokraten nicht aus. Das verstehen sie noch nicht ganz. Unsere Politik wird dadurch be-

* Die folgenden Beiträge sind aus verständlichen Gründen stark gekürzt. — Die Redaktion.

stimmt, daß es darum geht, wenn wir uns heute über Minimalforderungen verständigen und zusammenarbeiten, daß wir uns dann morgen in noch mehr und vielleicht bedeutsameren Fragen verständigen und zusammenarbeiten. **Das Ziel unseres Gesprächs, das wir führen, ist, immer fester und kontinuierlich heute, morgen und für alle Zeit zusammenzuarbeiten.**

Wir sind der Auffassung, daß Verständigung und Zusammenarbeit von heute die beste Voraussetzung dafür ist, um morgen und immer ein kameradschaftliches Verhältnis fester Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten zu finden. Das ist kein frommer Wunsch, keine Utopie, sondern das ist möglich.

Bereits heute ist offensichtlich, daß Kommunisten und Sozialdemokraten viel voneinander lernen können, sich in vielen Fragen ergänzen, so daß sie im täglichen Kampf für die gemeinsamen Interessen und auch bei der Gestaltung der gemeinsamen Zukunft zusammenstehen können.

Keine Partei — weder die KPD noch die SPD — kann sich doch das Ziel setzen, eine von beiden aus dem politischen Leben und aus der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung auszuschalten. Das käme doch keinem zugute. Die KPD hat bewiesen, daß sie selbst schwerste Zeiten der Verfolgung und der Illegalität überwindet. Die SPD ist eine Partei, der erhebliche Teile der Arbeiter, der Werktätigen anhängen. Man kann noch mehr sagen: Die KPD verfügt über hervorragende Kader mit marxistischer Bildung, die in vielen Klassenschlachten gestählt sind, die schöpferisch und für das Neue

und das Vorwärtstrebende aufgeschlossen sind, die opferbereit sind und gute Erfahrungen vor allem in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit haben. Schließlich — und das ist nicht ganz unbedeutend — hat die KPD auch ausgezeichnete Beziehungen zur SED. Die SPD ist zwar keine weltanschaulich geschlossene Partei. Aber niemand wird leugnen können, daß ein erheblicher Teil der Sozialdemokraten große Erfahrungen und Verdienste auf der Ebene der Kommunalpolitik, in Ländeparlamenten und in der Verwaltungstätigkeit hat, ganz zu schweigen von den zahlreichen sozialdemokratischen Gewerkschafts- und Betriebsfunktionären, auch leitende Funktionäre, mit denen wir heute schon bei der Vertretung der Klasseninteressen gemeinsam wirken, wobei sich ein gutes Verhältnis entwickelt hat. Es gibt eine ganze Anzahl leitender sozialdemokratischer Gewerkschaftsfunktionäre, die es teilweise gar nicht ungeschickt — manchmal sogar besser als wir — verstehen, den Menschen den Klassencharakter des Bonner Staates sichtbar zu machen. Es gibt nicht wenige unter ihnen — ich erinnere nur an die Tagung der IG Metall —, die die neuen Probleme, wie sie die technische Revolution mit sich bringt, sehr geschickt und gut aufwerfen. Niemand kann bestreiten, daß es viele sozialdemokratische Genossen gibt, die als Lehrer und Erzieher an Universitäten und Schulen große Erfahrungen besitzen, die gemeinsam mit uns dienstbar gemacht werden können im Kampf für eine humanistische Kultur, gegen Revanchismus und Chauvinismus. Wir können also voneinander lernen, können nehmen und geben, können uns ergänzen.

Genosse Heinz:

Gutes Verhältnis zur sozialdemokratischen Intelligenz herstellen!

Wir haben in der ganzen Bewegung der Intelligenz, überall wo Intelligenz einbezogen ist, es fast ausschließlich mit bürgerlicher Intelligenz zu tun. Ich kenne ein Dutzend Sozialdemokraten, Professoren und ähnliche Leute, die im Zusammenhang mit dem SDS und anderen Ereignissen aus der SPD ausgetreten sind oder hinausgeworfen wurden, aber Hunderte

kenne ich dem Namen nach oder persönlich, die keine Sozialdemokraten, sondern pazifistische und liberale Bürger sind. Man könnte also beinahe sagen, daß unsere Zusammenarbeit fast ausschließlich reduziert ist auf das Zusammengehen mit bürgerlichen Wissenschaftlern, bürgerlichen Schriftstellern, Musikern, Schulmeistern usw. Wir haben somit eine mangelhafte

Konzentration auf Kreise der Intelligenz, die in der SPD organisiert sind.

Mir ist vor einigen Tagen eine Statistik über die soziale Zusammensetzung der Sozialdemokratischen Partei in die Hände gefallen. Daraus ergibt sich, daß mindestens 65 000 Angehörige geistiger Berufe Mitglied der SPD sind. Da habe ich mir gesagt: Das haben wir nicht richtig gesehen, und darauf haben wir uns nicht in unserer Arbeit mit der Intelligenz konzentriert. Mir scheint, das muß man nachholen.

Der sozialdemokratische Hochschulbund hat 1500 Mitglieder in der Bundesrepublik. Es sind Studenten und Professoren. Und das, nachdem man den SDS aufgelöst hat. Obwohl das sozusagen vom Standpunkt der SPD-

Führung der zuverlässigste Teil ist, standen auf der Tagesordnung der Jahrestagung dieses Verbandes einige Anträge, die Kontakte mit Vertretern von Jugendorganisationen in der DDR fordern. Die Forderung schließt ein, daß diejenigen, die Mitglied dieses Hochschulbundes sind und solche Kontakte pflegen, nicht aus der SPD ausgeschlossen werden. Weitere Probleme betreffen die Notstandsgesetze, die Rüstungs- und Abrüstungsfragen und die Wiedenzulassung der KPD.

Wir werden also sehr gründlich überlegen müssen, wie wir unser Versäumnis nachholen und die Aufgabe möglichst schnell lösen, die vor uns steht: Kameradschaftliche Zusammenarbeit mit der sozialdemokratisch orientierten Intelligenz.

Genosse Walter:

Der Jugend bei der ideologischen Arbeit helfen

Auf dem Parteitag 1963 wurde die Aufgabe gestellt, der Arbeiterjugend das Klassenbewußtsein zu vermitteln und die Jugendorganisationen zum gemeinsamen Handeln für ihre Interessen und Forderungen zu unterstützen. Ich muß sagen, daß sich seit dieser Zeit eine Reihe wichtiger Ereignisse ergeben haben. Ich erinnere daran, daß sich vor wenigen Monaten auf der 6. Bundesjugendkonferenz des DGB eine echte Alternativ-Position durchgesetzt hat und dort u. a. eingeschätzt wurde, daß sich in der Bundesrepublik eine faschistische Gefahr entwickelt.

Eine ähnliche Entwicklung kann man auch feststellen im Engagement vieler junger Menschen im Kampf gegen die USA-Aggression in Vietnam. Das zeigte sich auch im Zusammengehen einiger Jugendverbände, beispielsweise in Frankfurt und in Hamburg, gegen die Notstandsgesetze. Ich habe absichtlich diese neuen Erscheinungen an die Spitze gestellt, um nicht ein falsches Bild über die westdeutsche Jugend zu zeigen. Denn wir stehen vor großen ideologischen Problemen bei der jungen Generation und auch in der Partei. Der Gegner hat seit Mitte vergangenen Jahres seine Bemühungen verstärkt, die Jugend in den Griff zu bekommen.

Mitte des vergangenen Jahres hat die Bundesregierung zum ersten Male einen Bericht über die Lage der Jugend herausgegeben und darin festgelegt, wie die Jugendpolitik in der Bundesrepublik in der nächsten Zeit zu gestalten ist. In diesem Bericht wird mit aller Deutlichkeit gesagt, daß die Hauptaufgabe die Einbeziehung der Jugend in die abenteuerlichen Aktionen ist und daß bei der Bildung eines gesamtgesellschaftlichen Bewußtseins — wie sie das jetzt bei der „formierten Gesellschaft“ nennen — vor allem an die Einbeziehung der Jugend gedacht ist.

Im Auftrage des Bundeskanzlers Erhard hat Blank in einer Zuschrift an den Bundesrat die Aufgaben der Jugendpolitik der Bundesregierung formuliert. Darin heißt es:

„Es wird eine der wichtigsten Aufgaben künftiger Jugendpolitik sein, die Initiativen, Ideen und Kräfte stärker als bisher zusammenzuführen und zu koordinieren. Die politische Bildungsarbeit muß sich künftighin auch darum bemühen, die Jugend wieder zu einem unbefangenen, natürlichen Verhältnis zu Vaterland und Nation zu bringen.“

Deutlich wird gesagt, daß es jetzt darauf ankomme, die Jugendpolitik mehr als bisher auf die Ziele der deut-

schen Außenpolitik festzulegen. Wie soll diese Jugendpolitik nach den Vorstellungen von Jugendfunktionären, die maßgebend in der Bundesrepublik sind, aussehen?

„Die Allgemeine Sonntagszeitung“, das Blatt der katholischen Jugend, sagt es unverblümt:

„Die Ledernacken oder die Fallschirmspringer, die Tag für Tag in den Dschungeln Südvietnams gegen einen grausamen Feind kämpfen, sind die wahren Helden unserer Zeit; denn sie stehen ein für ein Stück unserer gemeinsamen Zivilisation.“

Die Studentenzeitung „Marburger Blätter“ schreibt:

„Was hat Vietnam mit Deutschland zu tun? Hier wie dort wird unsere Freiheit verteidigt, bloß mit einigen Unterschieden. Wir sind zu gut zu den Kommunisten. Dort haben sie das Land in den Bürgerkrieg gestürzt. Hier bei uns heißt es wachbleiben, Infiltration verhindern. Das fängt bei vaterlandslosen Gesellen wie Kuby an und hört bei Handlangern wie Lefrèvre auf.“

In diesem Jargon, auch dem Inhalt nach, findet man die Fortsetzung in der Erklärung des RCTS (des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten). Da heißt es u. a.:

„Das Schweigen der Waffen und das Leben der Einzelnen ist nicht der höchste Wert.“

Das heißt, auch das Sterben im Kampf gegen den Kommunismus ist eine „ehrenwerte“ und vor allem für die

Genosse Jupp A.:

Front gegen neonazistische und chauvinistische Verhetzung

Wir haben die Aufgabe, möglichst breite Kräfte gegen revanchistische Verhetzung zu sammeln. Dafür ist es u. a. wichtig, das Zusammenspiel zwischen den herrschenden Kreisen der Bundesrepublik, ihrer Regierung und Propagandisten offener faschistischer Gedanken deutlich zu machen. Ich greife einmal ein Beispiel heraus.

Ende vergangenen Jahres erschien ein Buch des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier. Es trägt den Titel

Jugend der Bundesrepublik „gute“ Sache.

Ich könnte noch eine Reihe weiterer Äußerungen anführen. Es ging mir darum, den Beweis dafür anzutreten, daß die Bundesregierung im gegenwärtigen Stadium alles tut, die Jugend für eine abenteuerliche Politik zu gewinnen, für eine Politik im Sinne der Behagung der Kriegsprovokationen.

In der Vergangenheit hat sich in der Jugend die Opposition am stärksten gezeigt. Um diese Opposition zu brechen, unternimmt der Gegner gegenwärtig alles, um seine Ziele zu erreichen. Dem gilt es, unsere eigene ideologische Arbeit entgegenzusetzen.

Ich meine, daß es sehr gut ist, wenn, wie beispielsweise im Kreis . . . die aktivsten jungen Genossen zu Wochenendseminaren zusammengeholt werden, und zwar unter der Leitung von verantwortlichen Funktionären unserer Partei und wenn mit ihnen ideologisch gearbeitet und eine gute Schulungsarbeit geleistet wird.

Ich halte es auch für richtig, wenn sich ältere Genossen in einer Stadt zu einer Schulungsgruppe für Marxismus-Leninismus mit jungen Genossen zusammengefunden haben und — wenn auch noch nicht kontinuierlich — öfter zusammenkommen und marxistische Probleme beraten. Ich halte es auch für gut, wenn Genossen Patenschaften über junge Genossen übernehmen und ihnen — soweit das an Wochenenden oder nach Feierabend geht — das marxistische Rüstzeug vermitteln.

„Neuer Nationalismus“. Im Vorwort sagt Gerstenmaier folgendes:

„Das Bedürfnis nach einer neuen inneren Orientierung, nach einem geklärten Nationalbewußtsein der Deutschen wird breiter und tiefer.“

Woraus entspringt dieses Bedürfnis bei Gerstenmaier? Etwa der Einsicht, daß wir eine wirklich nationale Politik des Friedens und der Verständigung brauchen? Keinesfalls; denn Gerstenmaier vertritt in diesem Buch den

Bonner Alleinvertretungsanspruch und die revanchistische Forderung nach Wiederherstellung der Grenzen von 1937. Entspricht dieser Gedanke bei Gerstenmaier vielleicht dem Wunsch nach wirklicher Bewältigung der Vergangenheit? Gerstenmaier spricht immerhin von einem geklärten und an einer anderen Stelle von einem geläuterten nationalen Bewußtsein. Aber es geht Gerstenmaier nicht um den Bruch mit der Vergangenheit, sondern Gerstenmaier ist besorgt, daß diese Geschehnisse noch als Schatten auf dem Tun der herrschenden Kreise der Bundesrepublik lasten, und er verlangt das intensive Bemühen, davon loszukommen. Das ist der Sinn der Ausführungen Gerstenmaiers.

Und wie werden diese Gedanken Gerstenmaiers an die Bevölkerung, zum Beispiel an die Jugend, herangetragen? Da gibt es, für den ostkundlichen Unterricht in den Schulen behördlich empfohlen, das Buch „Prager Tragödie“ von Paul Lamatsch. Lamatsch schreibt zur Kriegsschuld Hitlers:

„Die geschäftstüchtigen Auchhistoriker haben die Unzulänglichkeiten und Fehler aller Verantwortlichen in höchster Potenzierung zusammengepackt und dem einen, der sich nicht mehr wehren kann — Hitler — aufgeladen. Und da sich nun diese Hitler-Legende vor den Grabsteinen wissenschaftlicher Geschichtsforschungen in nichts auflöst, steht Adolf Hitler... plötzlich als Mann ohne Schuld und Fehler da; denn das, was ihm wirklich anzulasten ist, setzte tiefes Verständnis für die Grundfragen zwischenvölklicher Beziehung und innerer völklicher Lebensgesetzlichkeit voraus.“

Mit anderen Worten: Die Aggression gegen die Tschechoslowakei und der Hitler-Krieg war die richtige Lösung zwischenvölklicher Beziehungen!

Auf einem Diskussionsforum in Heidelberg nahm Minister von Hassel für die Bundeswehr in Anspruch:

„Die Bundeswehr erfüllt ihre vom Gesetzgeber vorgeschriebene Pflicht zur staatsbürgerlichen Unterrichtung der Soldaten gewiß vorbildlicher als

manche höhere Lehranstalten in unserem Lande.“

Und dafür, was Hassel für vorbildlich hält, eine Kostprobe aus einem Material, das von der Abteilung Innere Führung für die Soldaten der Bundeswehr herausgegeben wird und das auch an die Schulen geht. Es trägt den Titel „Soldaten der Bundeswehr — Soldaten der freien Welt“:

„Von den Gruppen, die sich der zersetzenden Ideologie aus dem Osten entgegenstimmten und die dem Verlangen der Zeit nach sozialer Neuordnung auf nationaler Ebene entsprechen wollten, wurde die der nationalsozialistischen die stärkste.“

Ich finde, das ist entlarvend. Die Nazis haben also die Lösung für die inneren Probleme der damaligen Zeit gesucht und natürlich auch gefunden und die CDU/CSU weiß sie mit ihrer „formierten Gesellschaft“ für die heutige Zeit.

Wir müssen erreichen, daß sich die Gewerkschaften mit dieser Problematik beschäftigen und gestützt auf das Grundsatzprogramm, auf entsprechende Beschlüsse die Arbeiterschaft, die Öffentlichkeit alarmieren, in das Geschehen eingreifen und für eine Erziehung der Jugend eintreten, die von den Gedanken des Friedens, der Demokratie, der Völkerverständigung geprägt ist. Unbedingt ist es auch notwendig, die Schulpflegschaften und Elternbeiräte davon zu überzeugen, daß es erforderlich ist, sich mit dem Schulmaterial ihrer Kinder, mit der Unterrichtsgestaltung zu beschäftigen und energisch gegen alles aufzutreten, was den Gedanken des Friedens und der Demokratie entgegengesetzt ist. Und wichtig ist, mit all den vielen Geistesschaffenden und Künstlern zusammenzuarbeiten, die zutiefst beunruhigt sind über die Entwicklung in der Bundesrepublik, die nach Möglichkeiten der positiven Veränderung suchen.

Genosse Max Reimann sprach im Referat über die Aufgaben der Geistesschaffenden, der Künstler, in der Bundesrepublik. Ich möchte daran anknüpfen und noch einen Gedanken hinzufügen. Wir Kommunisten wissen natürlich, daß zahlreiche Geistes-

schaffende in der Bundesrepublik unter dem Eindruck der antikomunistischen Hetze und in Anbetracht der Tatsache, daß sie sich über den Sozialismus nicht richtig informieren können, gegenüber uns Kommunisten, gegenüber dem Sozialismus, gegenüber der DDR Vorbehalte haben. Darf das für uns ein Grund sein, das Gespräch, den Kontakt zu meiden? Ich möchte ganz klar sagen! Nein! Denn von wem sollen sie denn die Wahrheit über den Sozialismus, über unsere Ideale, über die Deutsche Demokratische Republik erfahren? Die Zusammenarbeit mit diesen Geistesschaffenden darf nicht an ihren Vorbehalten scheitern. Der Maßstab für die Zusammenarbeit muß

das ehrliche Bestreben von Geistes-schaffenden sein, zu den brennenden Problemen, wie sie heute in der Bundesrepublik stehen, einen Beitrag zu leisten. Wir können sicher sein, daß dann in den Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik, unter dem Eindruck der Tatsachen und mit Hilfe unserer klärenden Diskussionen viele Geistesschaffende verstehen werden, daß der Weg zur Verwirklichung aller menschlichen Ideale, auch ihrer Wünsche und Vorstellungen, der Sozialismus ist. Sie werden verstehen, daß ihr bester Bundesgenosse in Deutschland der erste Arbeiter-und-Bauern-Staat, die Deutsche Demokratische Republik, ist.

Genosse Leo:

Was heißt es: Halten, was wir haben?

Wir haben auf der 6. ZK-Tagung hinsichtlich der Aufklärungsarbeit die Orientierung gegeben: Halten, was wir haben! In Diskussionen in Grundeinheiten ist diese Aufgabe nach dem Studium des Referates unklar gewesen. Es wurde gefragt: Ist das nicht defensiv? Gehen wir nicht zurück? Es gab ein ungenügendes Verständnis für den wirklichen Inhalt dieser Orientierung. Vielleicht haben wir es nicht breit und detailliert genug behandelt.

Barzel fordert auch: Halten, was wir haben! Aber was er meint, ist doch, die gegenwärtigen Verhältnisse zu halten, in denen es dem staatsmonopolistischen Kapitalismus möglich ist, den riesengroßen Raubzug gegen die Arbeiter einzuleiten und täglich und stündlich zu verstärken. Das will Barzel. Wir wollen jedoch etwas ganz anderes. Das, was wir wollen, ist Klassenkampf, den wir führen können und müssen

Was bedeutet eigentlich: Halten, was wir haben? Das fängt an bei dem unverschämten Angriff auf die Real-löhne. Nicht nur betriebstarifliche Lohnabschlüsse werden angegriffen, die Akkordsätze werden gesenkt; der Unternehmerverband der eisen-schaffenden Industrie wollte jetzt — die IG Metall ist ihm zuvorgekommen — von oben die Tarife kündigen und

einen breiten Lohnabbau vornehmen. Er wollte jetzt die „zweite Machtprobe“ und zwar mit der eisen-schaffenden Industrie beginnen.

Eine weitere Bemerkung zu der Behauptung, daß die Losung „Halten, was wir haben“ defensiv sei. Wenn man mal zusammenträgt, was das Monopolkapital den Arbeitern von dem, was sie sich seit 1945 erkämpft haben, schon weggenommen hat und täglich wegnimmt, so ergeben sich Zahlen, von denen die meisten keine Vorstellungen haben. Allein der Rhein-Stahl-Betrieb „Henrichs-Hütte“ in Hattingen, streicht in diesem Jahre 1,5 Millionen Mark Sozialleistungen — von den Milchzuwendungen bis zu den betrieblichen Erholungsheimen. Das ist ein großer Angriff, der damit auf uns zukommt. Die Losung: „Halten, was wir haben“, ist also offensiv!

„Halten, was wir haben“, bedeutet heute schon viel mehr. Die Monopole bereiten im Ruhrrevier ungeheure Anschläge auf die Grundstoffindustrie vor. Der staatsmonopolistische Kapitalismus beginnt jetzt in der dritten Welle mit der Stilllegung hochproduktiver Schächte, solche, um die uns das Ausland beneidet. Da geht es doch nicht mehr um „Strukturkrise“ oder „Rentabilität der Anlagen“, sondern nur um das Profitdenken der Zehnerherren. Sie legen den Deckel auf den

ganzen Bergbau und machen die Wirtschaft absolut abhängig von der Energiebasis des Auslands. Das hat auch seine Auswirkung auf die Währungsstabilität und einiges andere mehr. Aber sie gehen noch weiter. Sie planen die Verlagerung der eisen-schaffenden Industrie von Nordrhein-Westfalen an die Küste. Das macht der staatsmonopolistische Kapitalismus wegen seines Dranges nach Höchstprofiten. Er schert sich nicht darum, was mit unseren Arbeitern und Werktätigen geschieht.

Das sind Probleme, die wir in unserer Arbeit beachten müssen. Wir müssen uns in der Auseinandersetzung mit dem staatsmonopolistischen Kapi-

talismus damit beschäftigen und die Gewerkschaften für eine aktive Wirtschaftspolitik mobilisieren. „Halten, was wir haben“, reicht also schon hin bis zur Erhaltung unserer nationalen Industriebasis. So antisozial und antinational ist die Politik des westdeutschen Monopolkapitals.

Die 6. ZK-Tagung gab uns also eine sehr offensive Orientierung, und wir sollten die Mitgliederversammlungen nutzen, um den Gesichtskreis der Genossen gerade in diesen Fragen zu erweitern. Das ist meiner Meinung nach auch erforderlich, um mit den Sozialdemokraten über das Gespräch zu gemeinsamen Aktionen zu kommen.

Genosse Horst:

Mehr Aufmerksamkeit den Organisationen auf dem Lande

Auf der 6. Tagung stellte Genosse Reimann die Aufgabe, daß sich die Partei darauf konzentrieren muß, das Zusammenwirken zwischen Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschaftern, Bauern und der Intelligenz zu erreichen. Das heißt, wir stellten die Aufgabe, eine breite antimonopolistische Front zu schaffen. Wir sollten uns darum mit den Argumenten beschäftigen, die keinen geringen Einfluß in der Arbeiterklasse und auch bei den Bauern haben. Das beginnt bei den Preisen. Einmal sind es die Gewerkschaften, die in ihren Forderungen „maßlos“ sind. Dann ist es wiederum der Bauernverband, der „maßlos“ mit seinen Forderungen auftritt. Dann sind es die hohen Lohnforderungen der Arbeiter, die zu den hohen Preisen für landwirtschaftliche Betriebsmittel führen. Und wiederum ist der Bauer schuld an den hohen Preisen für Lebensmittel.

Wir sehen in dieser Argumentation ganz klar, worauf der Gegner abzielt. Er will die Bündnispartner gegeneinander auspielen. Das sind für uns hier leicht erkennbare Argumente. Aber sind sie bei den Gewerkschaftern, bei den Sozialdemokraten, in der eigenen Partei und bei den Bauern klar? Ich glaube nicht, denn sonst hätte es die Forderung im Landtag von Nordrhein-Westfalen, den Milchpfennig zu streichen, nicht gegeben.

Kürzlich schrieb der „Industrie-Kurier“: „Der Bauernverband bittet zur Kasse.“ Die „Bildzeitung“ schreibt: „Die Gewerkschaften gefährden unsere Währung.“ Auf allen Ebenen wird versucht, das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern zu verhindern. Diese Argumentation wirkt. Sie wirkt bei den Bauern genauso wie bei den Arbeitern. Der Bauer sagt: Wir können nicht „rot“ wählen. — Der Arbeiter sagt: Wenn die Bauern nicht wirtschaften können, müssen sie pleite machen.

Ich meine, Genossen, um dieses Ziel, eine breite antimonopolistische Front, das Bündnis herzustellen, müssen wir beginnen, diese Argumente in der Partei und mit den Bündnispartnern zu klären.

Das Ergebnis der letzten Bundestagswahl zeigt, daß noch viele Bauern — sogar in der überwiegenden Mehrheit — CDU wählen, selbst solche Bauern, die in den letzten drei oder vier Jahren in Kundgebungen und Treckerdemonstrationen gegen die Bonner Agrarpolitik protestierten. Es kann uns doch nicht gleichgültig sein, daß diese Bauern CDU wählen. Hier gibt es einen Punkt der Gemeinsamkeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Gemeinsam gilt es zu überlegen, warum die Bauern CDU wählen und wie es zu ändern ist!

Die Partei lebt durch die Grundorganisationen. Die Partei ist nur so stark, wie wir Grundorganisationen haben. Wir wissen selbst, wie schwer die Klärung unserer politischen Grundfragen in den Grundorganisationen ist. Aber wie mag es dort aussehen, wo wir keine Grundorganisationen haben? Wie wird dort die Politik der Partei erklärt, und wie kommt sie zur Wirkung? Wir dürfen nicht dulden, daß vier oder fünf ZK-Tagungen über die Bühne gehen, ohne daß zu dieser Aufgabenstellung, Schaffung von Grundorganisationen auf dem Lande, etwas gesagt wird.

Wir haben bei uns mit dem Parteitag 1963 versucht, eine Wende herbeizuführen. Aber in vielen Bezirken ist

seit den letzten Tagungen nicht ein Wort zur Bauernfrage und zur Schaffung von Grundorganisationen auf dem Lande gesagt worden.

Der Einzelne kann wohl ein Beispiel schaffen, aber wie wollen wir die Menschen halten, die wir bei verschiedenen Aktionen zusammengefaßt haben? Wie wollen wir die Erkenntnisse dieser Menschen, die mit uns ein Stück des Weges gegangen sind festigen, wenn nicht durch die Hilfe der Grundorganisationen? Das ist noch immer nicht klar.

Genosse Horst sprach dann über die Erfahrungen in der Arbeit einer ländlichen Grundorganisation und zeigte, wie man Erfolge erreichen kann.

Genosse Fritz:

Zu Fragen der staatsmonopolistischen Wirtschafts- und Finanzpolitik

Es ist bekannt, daß bei den Bonner Ministerien etwa 100 Ausschüsse und Gutachtergremien unterhalten werden. Sie aber sind in der Regel sehr einseitig mit Vertretern der Unternehmerorganisationen, der Ministerialbürokratie, auch der Wissenschaft, aber fast immer ohne die Gewerkschaften, ohne die Verbraucher, also ohne die Interessenorganisationen aus den Mittelschichten zusammengestellt. Die Berufung von Wissenschaftlern in Beratergremien ist offensichtlich bei der heutigen komplizierten Wirtschaftslage und bei den wachsenden Aufgaben des Staates in der Wirtschaft zu einer normalen Angelegenheit geworden.

Natürlich arbeiten diese Ausschüsse oder Gutachtergremien nicht im Sinne des „wissenschaftlichen Sachverständnisses“; sie sind Bestandteile des Staatsmonopolismus und als solche auch den Interessen der Monopole in erster Linie dienstbar. Wenn wir dies feststellen, so dürfen wir jedoch die Bedeutung ihrer Gutachten zum Beispiel über die Wirtschaftslage, den jährlichen Sozialbericht, den Grünen Bericht, den Bericht über die Lage der Mittelschichten — das sind alles periodische Berichte — und auch solche

Sonderberichte wie den über die Finanzreform nicht unterschätzen.

Wenn sich diese Ausschüsse und Gremien als Hilfsmittel der üblichen staatsmonopolistischen Konjunkturpolitik betätigen, so sind Meinungsverschiedenheiten zwischen der Bundesregierung und den Gremien nicht ausgeschlossen. Natürlich auch nicht Meinungsverschiedenheiten zwischen solchen Gutachtergremien und den Gewerkschaften oder der Öffentlichkeit. Das muß man von Zeit zu Zeit untersuchen und dann konkret einschätzen.

So ist es auch beim neuen Gutachten für eine Finanzreform. Abgesehen von einzelnen positiven Maßnahmen, zum Beispiel einer gerechteren Aufteilung der Finanzmittel und eines größeren Anteils der Gemeinden am allgemeinen Steueraufkommen, schlägt dieses Gutachten faktisch den Weg weiterer Steuererhöhungen vor.

Andererseits haben die Gutachter aber festgestellt, daß die bisherige Finanz- und Steuerpolitik, die Annahme von Gesetzen im Bonner Bundestag und ihre Finanzierung durch die Länder und Gemeinden, ausgesprochenen Verfassungsbruch ist. Das ist ein weiterer Bestandteil der

verfassungsbrecherischen Politik, die von den CDU-Regierungen in den letzten 16 Jahren in wachsendem Umfang betrieben wurde. Jede weitere Zentralisierung würde die grundgesetzlich garantierte Selbstverwaltung der Gemeinden und auch die Rechte der Länder weiter einschränken. Die Länder und Gemeinden würden weiterhin zu Sündenböcken einer verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik gestempelt. Wir wären also nicht gut beraten, wenn wir pauschal den Anregungen der bürgerlichen Experten und ihrer Gutachten über die Finanzreform folgten. Wir fordern eine demokratische Finanzreform, die Länder und Gemeinden die Mittel für Gemeinschaftsaufgaben vor allem auf Kosten der Rüstungsausgaben gibt.

In Ländern, in denen die kapitalistische Planifikation schon weiter vorangekommen ist, wie in Großbritannien, Frankreich, Schweden, Norwegen und Holland, befassen sich die Parteien und die Gewerkschaften intensiver mit diesen Fragen. Sie kritisieren nicht nur die entsprechenden Pläne und Maßnahmen ihrer Regierung, sondern entwickeln als marxistisch-leninistische Parteien ihre eigene soziale und demokratische Alternative.

Unsere Partei muß sich darum ebenfalls mehr um die Wirtschaftspolitik kümmern. Sie muß zu einer der zentralen Fragen unserer ganzen Politik werden. Aber nicht nur im Zentralkomitee muß man sich stärker mit Fragen der Wirtschaftspolitik befassen. Dies sollte vor allem in allen Leitungen geschehen, und zwar auch selbstständig. Die guten Beispiele, die es bei der Ausarbeitung von Programmen in einigen Bezirken gab und gibt, müssen Nachahmung finden. Vor allem muß man auf ihrer Grundlage die Menschen für eine demokratische und soziale Alternative in der Wirtschaft unter Einbeziehung der Gewerkschaft mobilisieren.

Um noch einmal auf den Ausgangspunkt zurückzukommen: Wie können wir zu solchen Gutachten und Gutachtergremien stehen? Wir sollten bei aller notwendigen Kritik an staatsmonopolistischen Machtmechanismen

nicht übersehen, daß selbst bürgerliche Ökonomen durch die Wucht der Ereignisse zu realistischen Erkenntnissen kommen können. Wir sollten auch nicht übersehen, daß sie uns in ihren Planifikationsmodellen oft auch wertvolle Gedanken für antimonopolistische Reformen bieten.

Es sind vor allem die sogenannten linken Anhänger von Keynes, die wir in der Bundesrepublik in der Spitze der Gewerkschaften und ihren volkswirtschaftlichen Abteilungen vorfinden, die zu Reformvorstellungen kommen, die auf eine sozial abgestimmte Planifikation hinauslaufen. Ihre Gedanken finden wir in den Wirtschaftspolitischen Leitsätzen des neuen DGB-Grundsatzprogramms. Zweifellos kann und muß man mit ihnen zusammenarbeiten.

Als eine grundlegende Forderung im Mitbestimmungskampf gilt es weiter, die Demokratisierung der Ausschüsse und Gremien durch die Hinzunahme von Vertretern der Arbeiter, der Gewerkschaften, der Bauern und auch der städtischen Mittelschichten zu verlangen. Sie dürfen nicht mehr — wie das heute zumeist der Fall ist — ausschließlich eine Domäne der staatlichen Bürokratie und der Unternehmerorganisationen sein.

Die neuen Erscheinungen in den sozialen Konflikten und in den zugespitzter auftretenden Klassenfragen, auch in der Wirtschaftspolitik und bei der Auseinandersetzung in Finanz- und Etatfragen, erfordern von uns eine größere Aufmerksamkeit und eine neue Einstellung, damit wir im Sinne unserer Programmatischen Erklärung die Bastionen des Monopolkapitals und ihrer Regierung besser attackieren können mit dem Ziel der Zurückdrängung des Einflusses der Monopole in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Ich denke vor allem daran, daß wir uns über diese Fragen auch auseinandersetzen müssen im kameradschaftlichen Gespräch mit den vielen sozialdemokratischen Abgeordneten in den Städte- und Gemeindeparlamenten.

Zur sozialen Bewegung im Ruhrgebiet

Genosse Max hat den Tarifabschluß in der Metallverarbeitung eingeschätzt. Es ging und geht tatsächlich um mehr als nur um Prozente. Das ist auch in allen Diskussionen im Ruhrgebiet deutlich geworden. Wir sollten uns darum mit einigen Erfahrungen beschäftigen.

In der Eisen- und Stahlindustrie ist am 1. März der Tarif zum 31. März gekündigt worden. Aus zwei Städten — aus Bochum und Duisburg — gab es die Forderung nach Kündigung. Aber wir haben doch noch mehr Betriebsgruppen in der Eisen- und Stahlindustrie als diese zwei! Ich spreche gar nicht davon, daß noch viele andere Möglichkeiten der gewerkschaftlichen Aktivität entwickelt werden müßten. Es war doch so, daß die Unternehmer in der Verarbeitungsindustrie erst dann nachzugeben bereit waren und zu neuen Verhandlungen zu kommen, als ungefähr 30 Warnstreiks in Nordrhein-Westfalen durchgeführt waren.

Am 24. Februar tagte die große Tarifkommission und beriet darüber, wie nun die Sache mit dem Lohnkampf werden soll, wie das weitergehen soll. Da aber nur zwei Forderungen vorlagen, beschloß die große Tarifkommission nach einer lebhaften und kämpferischen Diskussion, in den Städten Funktionärkonferenzen durchzuführen, um die Stimmung und die Forderungen von unten kennenzulernen und darauf aufbauend die Forderungen anzumelden. Das war ein richtiger Weg.

Auf einer Tagung der Kohlenbehörde in Luxemburg wurde über die Produktivität in der Montanindustrie diskutiert, wie es im Zuge der Rationalisierung weitergehen soll. Es wurde klipp und klar gesagt: Man muß in der Bundesrepublik 30 bis 40 Prozent aller Aggregate der Stahlindustrie stilllegen. — Dahin geht die Reise! Das mag manchem ungewöhnlich klingen. Tatsache ist jedoch, daß in einem Bochumer Stahlwerk die Belegschaft von 5800 auf 3100 Mann gesenkt wird. Man legt beim Bochumer Verein die Hochöfen still und fährt Roheisen von Rheinhausen nach Bochum. Das ist rentabler, als in Bo-

chum die Hochöfen zu unterhalten. Es vollzieht sich somit in der nächsten Zeit eine Umstrukturierung in der Metallindustrie, vielleicht ähnlich der im Bergbau. Ihr kennt die Küstenprojekte usw. Darüber spricht man unter den Metallarbeitern, über Kurzarbeit und Entlassungen . . .

Nun zur Entwicklung im Bergbau. Wir erleben jetzt die neue Welle der Stilllegungen und hatten eine der größten Aktionen der Bergarbeiter in Gelsenkirchen-Erle. Es ging um die Schließung der Bismarck-Schachtanlage. Alle Zeitungen waren sich einig, daß nur ein Funke hineingeworfen werden mußte, damit sich die ganze Sache entzündet.

Die Bergarbeiter bleiben im wesentlichen noch im Bergbau. 70 Prozent der Belegschaft von „Bismarck“ hat sich wieder für andere Bergbauanlagen gemeldet. Sie werden von Betrieb zu Betrieb hinausrationalisiert. Interessant ist, daß keiner in der Bergbauindustrie überhaupt eine untere Grenze der Stilllegung kennt. Hier wurde der Präsident des Industrie- und Handelstages zitiert. Der sagte kürzlich folgendes: „Die Unternehmer unterscheiden sich von anderen Gruppen der Gesellschaft dadurch, daß das Gewinnstreben Motiv ihres Handelns ist und sein muß.“ Und so handeln sie im Bergbau. „Bismarck“ hat 2,8 Millionen Tonnen Jahresförderung. Die Aktionäre bekommen mit allen Sonderprämien 142,8 Millionen Mark für die Stilllegung. Legen sie das alte Kraftwerk und die Kokerei still, dann bekommen sie weitere 100 Millionen Mark dazu. „Dahlbusch“ fördert eine Million Kohle. Die belgischen Aktionäre haben den Dahlbuscher Betriebsräten gesagt: Hättet Ihr in Deutschland keinen Rationalisierungsverband gegründet, hätten wir „Dahlbusch“ nicht stillgelegt. —

Der Bergbau wird nicht stillgelegt, weil wir keine Kohle brauchen, sondern er wird der politischen Konzeption der Bundesregierung geopfert. Sie verkauft den Bergbau zugunsten der amerikanischen Erdöl- und Kohlenkonkurrenz!

Jetzt muß man alles tun, um die gewerkschaftlichen Forderungen zu verwirklichen. Walter Ahrens von der IG Bergbau sagt: Wir brauchen einen langfristigen Energieplan. — Wir müssen antworten: Solange es ihn nicht gibt, darf man nicht stilllegen. Es gibt für die Bundesrepublik bis jetzt keine gesicherte Energieversorgung. Also darf man nicht stilllegen. Es ist vollkommen richtig, was das Zentralkomitee in der Erklärung zum Bergbau am 17. Februar gesagt hat. Verbot der Stilllegung! Das ist eine richtige Sache.

Interessant ist auch die Haltung der Stadt, des ganzen Ruhrgebiets zu den Sorgen der Bergarbeiter in Gelsenkirchen. Die Geschäftswelt, Geistes-schaffende, Ärzte und Geistliche beider Konfessionen beteiligten sich an den Protesten. Im Kanzelwort der evangelischen Kirche hieß es, daß der Begriff der Arbeitslosigkeit wieder zur harten Realität werde, wenn die Entwicklung so weitergehe.

Wir müßten die Forderung der IG Bergbau nach Überführung der Energiewirtschaft in Gemeineigentum ernsthafter aufgreifen und mit unse-

rer Kraft ihre Durchsetzung an bestimmten Schwerpunkten organisieren. Wenn wir in Gelsenkirchen die Geschäftswelt, die Geistlichen und alles, was dabei war, mit einbeziehen würden, könnte das eine breite Kampagne werden, die über Gelsenkirchen hinaus wachsen wird.

Die Schließung moderner, produktiver Schachtanlagen sollte durch ein Gesetz verboten werden. Keine Zechengesellschaft darf eigenmächtig die Stilllegung einer Schachtanlage verfügen. Über eine Schließung darf nur ein Gremium befinden, dem neben Vertretern der Zechengesellschaften gleichberechtigt Vertreter der Parlamente, der Gewerkschaft IG Bergbau, der Betriebsräte und der Städte und Gemeinden angehören. Das würde dem in der Verfassung von Nordrhein-Westfalen verankerten Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer entsprechen (Artikel 26).

Ich meine, daß es gut wäre, solche Forderungen bei der Diskussion unter den Bergarbeitern zu vertreten und damit eine Marschroute für die nächste Zeit zu geben.

Ein historischer Auftrag der Arbeiterklasse 1945 und heute

Von Dr. GERHARD ROSSMANN

Mit der Zerschlagung des Hitlerfaschismus durch die Armeen der Antihitlerkoalition erwuchs dem deutschen Volke die Chance und zugleich die Verpflichtung, einen wahrhaft friedliebenden und demokratischen Staat aufzubauen. Es genügte damals nicht, die Folgen der Kriegspolitik zu beheben. Wollte das deutsche Volk künftig in Frieden leben, mußten die Ursachen für diese Politik ein für allemal beseitigt, mußten Faschismus und Militarismus, Monopole, Banken und der Großgrundbesitz ausgeschaltet werden. Sie hatten unser Volk unterdrückt und ausgebeutet und zur Unterwerfung anderer Völker mißbraucht. Nur eine grundlegende Veränderung der sozialen und politischen Verhältnisse konnte eine friedliche und demokratische Entwicklung sichern.

In ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 gab die KPD die Antwort auf die

Frage, mit welchen Zielen, auf welchen Wegen und mit welchen Kräften die Geburt des neuen friedliebenden demokratischen deutschen Staates erreicht werden konnte. Sie forderte die vollständige Beseitigung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei, die Säuberung der Verwaltungen in Staat und Wirtschaft von aktiven Faschisten und Reaktionären, die Bestrafung der Nazi- und Kriegsverbrecher, die Enteignung der Rüstungsmonopole, Banken und des Großgrundbesitzes, demokratische Reformen des Bildungswesens, der Kultur und der Justiz. Aus den Erfahrungen und Lehren der Geschichte schlug die KPD den Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und allen Antifaschisten und Demokraten die Zusammenarbeit bei der Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen deutschen Republik vor.

Übereinstimmung in den Grundfragen

Auch der Zentrallausschuß der SPD erhob in seinem Aufruf vom 15. Juni 1945 Forderungen, die in ihrem Inhalt weitgehend denen der KPD entsprachen.

Die Übereinstimmung in der Grundfragen des demokratischen Neuaufbaus und die bitteren Erfahrungen der Vergangenheit veranlaßten die KPD und die SPD am 19. Juni 1945 eine Aktionsgemeinschaft zu bilden, um die enge Zusammenarbeit beim Aufbau eines demokratischen Deutschlands zu sichern. Damit hatten beide Parteien die entscheidende Lehre aus dem Ende der Weimarer Republik gezogen, daß unser Volk nur dann den Weg des Friedens und der Demokratie gehen kann, wenn die Arbeiterklasse einheitlich handelt.

Die wiedererstehenden freien Gewerkschaften verlangten ebenfalls die völlige Vernichtung des Faschismus und die Schaffung eines demokratischen Deutschlands, in dem die Macht der Kriegs- und Naziverbrecher, der Monopole, Banken und des Großgrundbesitzes gebrochen ist.

Auch Kurt Schumacher sprach sich in seinem Aufruf „Konsequenzen deutscher Politik“ vom Juli 1945 für die Enteignung der Schwerindustrie, der Banken und des Großgrundbesitzes, für die Überwindung des Imperialismus, die Entfernung der Faschisten und Reaktionäre aus dem Staat und für eine demokratische Ordnung aus. Im Gegensatz zum Zentrallausschuß der SPD lehnte er aber jede Zusammenarbeit mit den Kommunisten ab.¹⁾

Die bürgerlich-demokratischen Parteien, die CDU und die LDPD, traten

in antifaschistisch-demokratischen Programmen ebenfalls für die soziale und politische Umgestaltung in Deutschland ein. Selbst die westdeutsche CDU Konrad Adenauers, in der sich die Vertreter des Monopolkapitals zusammenfanden, erklärte noch in ihrem Ahlener Wirtschaftsprogramm vom 3. Februar 1947, daß „das kapitalistische Wirtschaftssystem... den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden (ist). Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.“²⁾

Alle diese programmatischen Erklärungen der verschiedenen politischen Richtungen hatten die Beseitigung der Herrschaft der Monopole, Banken und des Großgrundbesitzes und die Ausschaltung ihres Einflusses auf Wirtschaft, Staat und Politik zum Inhalt.

Dieses Anliegen erhielt seine Bestätigung durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz, in denen die vier Großmächte die völlige Beseitigung des Faschismus und Militarismus, die Bestrafung der Nazi- und Kriegsverbrecher sowie die friedliche und demokratische Entwicklung zum obersten Grundsatz ihrer Deutschlandpolitik erhoben.

Wie wurden aber die Programme der einzelnen politischen Parteien verwirklicht?

Das große Beispiel der Einheit

In der damals sowjetisch besetzten Zone wurden 1945 durch das einheitliche Handeln von Kommunisten, Sozialdemokraten, bürgerlichen Demo-

krate und Christen alle aktiven Faschisten, Nazi- und Kriegsverbrecher aus den Verwaltungen, Leitungen der Betriebe, der Polizei, Justiz und dem Schulwesen entfernt. In den neuen demokratischen Selbstverwaltungen, in der Justiz und Polizei erhielten bewährte Antifaschisten und Demokraten, vor allem aus der Arbeiterklasse, den entscheidenden Einfluß. Auf Vorschlag der KPD und der SPD und mit Unterstützung demokratischer

¹⁾ Vgl. Turmwächter der Demokratie Ein Lebensbild von Kurt Schumacher. Reden und Schriften, Bd II Berlin-Grünwald 1953, S. 25—50

²⁾ Zitiert nach: Wolfgang Abendroth: Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie in der Bundesrepublik, Frankfurt (Main) 1965, S. 126

Kräfte in der CDU und LDPD wurden im Herbst 1946 in allen Ländern Gesetze über die demokratische Bodenreform erlassen, die Großgrundbesitzer enteignet und der Boden an Landarbeiter, Umsiedler, landarme Bauern und Kleinpächter verteilt. Im Herbst 1945 wurde auf Grund von Gesetzen die demokratische Schulreform eingeleitet. So wurde mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht auf wichtigen Gebieten des Staates, der Wirtschaft und Kultur mit der verhängnisvollen Vergangenheit gebrochen und die Grundlage für demokratische Verhältnisse gelegt.

Entscheidend für diese Entwicklung war die Zusammenarbeit der KPD, der SPD und der neuen Einheitsgewerkschaften. Die Aktionsgemeinschaft sicherte die Durchsetzung der demokratischen Forderungen. Im Verlaufe weniger Monate hatten die beiden Arbeiterparteien dank ihres gemeinsamen Handelns bedeutende Teile ihrer programmatischen Aufrufe verwirklicht. Die Ergebnisse dieser Zusammenarbeit verstärkten bei Kommunisten und Sozialdemokraten die Überzeugung, daß die Vereinigung der beiden Parteien die wichtigste Voraussetzung für die friedliche und demokratische Entwicklung in ganz Deutschland ist.

Überall in der sowjetisch besetzten Zone, aber auch in Westdeutschland — so in Hamburg, Braunschweig, Westfalen, im Ruhrgebiet, in Bremen, Wiesbaden, Hessen, Stuttgart, München, Baden, Köln, Remscheid, Elberfeld, Barmen — entstanden Aktionsausschüsse beider Parteien für die antifaschistisch-demokratische Umwälzung und die Vorbereitung der Vereinigung der KPD und der SPD.

Wie stark der natürliche Drang zur Einheit der Arbeiterbewegung war, wird auch daran sichtbar, daß selbst der Vorsitzende des SPD-Bezirk-

Östliches Westfalen und frühere sozialdemokratische Innenminister in Preußen, Carl Severing, auf einer Konferenz Anfang Mai 1946 erklärte: „Aber, um jeder Mißdeutung von vornherein zu begegnen, möchte ich — und ich bin überzeugt im Namen aller Delegierten — erklären, daß wir eine ehrliche und kameradschaftliche Zusammenarbeit mit der kommunistischen Partei wünschen!“³⁾

Aus dieser großen Bewegung in allen Teilen Deutschlands entstand die Sozialistische Einheitspartei, die am 22. April 1946 durch den einstimmigen Beschluß der Delegierten der SPD und der KPD auf dem Vereinigungsparteitag in Berlin gegründet wurde.

Welche Kraft von der geeinten Arbeiterklasse im Osten Deutschlands ausging, wurde wenige Wochen nach dem Vereinigungsparteitag sichtbar. Im Volksentscheid in Sachsen am 30. Juni 1946, der auf Initiative der SED durchgeführt wurde, stimmten 77,6 Prozent der Teilnehmenden für die Enteignung der Betriebe der Nazi- und Kriegsverbrecher, der Rüstungsmonopole und Banken und für ihre Überleitung in Volkseigentum. Mit der Überführung der Betriebe der Nazi- und Kriegsverbrecher in Volkseigentum waren im Osten Deutschlands die Machtgrundlagen des Imperialismus und Militarismus endgültig zerschlagen und feste wirtschaftliche und politische Grundlagen für die neue demokratische Ordnung entstanden. Damit wurden, wie Bernt Engelmann feststellt, im Osten Deutschlands „die Gesellschaftsstruktur von Grund auf verändert...“ und „...die Angehörigen der alten Oberschicht... völlig entmachtet.“⁴⁾

Über die Entwicklung in Westdeutschland schreibt er an anderer Stelle: „...nach dem Zusammenbruch des Jahres 1945 war es wiederum nicht das Volk, das zum Zuge kam... Wieder wurden die Pläne für eine echte Bodenreform oder eine wirkliche Verminderung allzu großer Ansammlungen von Kapital und wirtschaftlicher Macht nicht realisiert.“⁵⁾ Wie konnte es aber zu dieser unterschiedlichen Entwicklung in Deutschland kommen? Auch in den Westzonen wirkten die antifaschistisch-demokratischen Kräfte

³⁾ Zitat nach: Gerhard Mannschatz / Josef Seider: Zum Kampf der KPD im Ruhrgebiet für die Einigung der Arbeiterklasse und die Entmachtung der Monopolherren 1945—1947. Berlin 1962, S. 134

⁴⁾ Bernt Engelmann: Deutschland Report, (West-)Berlin (1965), S. 81

⁵⁾ Ebenda, S. 79

für die demokratische Umgestaltung. Vielerorts entstanden demokratische Selbstverwaltungen, brachten die Arbeiter die Betriebe wieder in Gang.

In Hessen wurde unter dem Einfluß kommunistischer und sozialdemokratischer Abgeordneter ein Verfassungsentwurf vorgelegt, der Artikel über die demokratische Bodenreform, über das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter u. a. demokratische Forderungen enthielt. Der Artikel 41 sah die Überführung des Bergbaus, der Eisen- und Stahlindustrie, der Energiewirtschaft und des Verkehrs in Volkseigentum sowie die Kontrolle der Banken und Versicherungen vor. In der Volksbefragung im Dezember 1946 sprachen sich 76,6 Prozent der Wähler Hessens für die Verfassung und 71,9 Prozent für den Artikel 41 aus.

Im Januar 1947 veröffentlichte die KPD einen Gesetzentwurf zur Ent-

seignung der Kohlengruben in Nordrhein-Westfalen, der eine Massenbewegung für die Entmachtung der Konzerne und Banken an Rhein und Ruhr auslöste. Der Hauptvorstand des Bergarbeiterverbandes schloß sich diesen Forderungen an und verlangte einen Volksentscheid. Unter dem Druck vielfältiger Aktionen der Arbeiter beschloß der Landtag Nordrhein-Westfalen im August 1948 ein Gesetz zur Enteignung des Kohlenbergbaus. In Nordrhein-Westfalen, Bayern und Schleswig-Holstein wurden Gesetze über eine demokratische Bodenreform beschlossen.

Trotz des eindeutigen Willens der Mehrheit der Bevölkerung verboten die Besatzungsmächte in den Westzonen unter Mißachtung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes die Durchführung dieser Gesetze.

Die Restauration in Westdeutschland wird vollzogen

Diese Haltung der imperialistischen Besatzungsmächte machten sich die reaktionären Kräfte in den Westzonen zunutze und restaurierten Schritt für Schritt ihre alte Macht. Um die demokratische Umwälzung, wie sie sich in der damals sowjetisch besetzten Zone vollzog, in ganz Deutschland zu verhindern, gingen sie mit Unterstützung der Besatzungsmächte zur Spaltung Deutschlands über. Freimütig gesteht Konrad Adenauer in seinen „Erinnerungen“ ein, daß er schon am 31. Oktober 1945 für die Abspaltung, die westlichen Besatzungszonen von Deutschland und ihren Anschluß an Westeuropa war, um diesen „Teil Deutschlands politisch und wirtschaftlich zu beruhigen“, d. h. die alten Besitz- und Machtverhältnisse zu retten und wiederherzustellen.

Diese Politik der Restauration war aber letzten Endes nur möglich, weil in den westlichen Besatzungszonen die Einheit der Arbeiterbewegung und aller demokratischen Kräfte nicht

zustande kam und so eine feste Arbeitermehrheit fehlte, um die Lebensinteressen des deutschen Volkes und sein Selbstbestimmungsrecht auch dort durchzusetzen.

Wenn heute, wie Bernt Engelmann feststellt, in der Bundesrepublik „rund fünfzig ganz große und fast siebenhundert große Aktiengesellschaften... zusammen ziemlich vier Fünftel des Grundkapitals aller Aktiengesellschaften (besitzen)“⁷⁾, wenn „in Staat und Wirtschaft der Bundesrepublik, aber auch auf vielen anderen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, die führenden Persönlichkeiten, die geistig in längst vergangenen, der Demokratie und dem Fortschritt feindlich gesinnten Epochen wurzeln, keineswegs zu den Ausnahmen zählen“⁸⁾ und wenn ein bedeutender Teil des „Freundeskreises“⁹⁾ Himmels „Teil der heutigen bundesrepublikanischen Elite“¹⁰⁾ ist, so hat es seine Ursache darin, daß 1945 und in den folgenden Jahren in den westlichen Besatzungszonen die Entmachtung der reaktionären Kräfte des Monopolkapitals und die so dringend notwendige soziale und demokratische Erneuerung nicht stattgefunden hat.

Hat das deutsche Volk nicht die Kraft oder Gelegenheit gehabt, nach

⁷⁾ Konrad Adenauer: Erinnerungen 1945 bis 1953, Stuttgart 1965.

⁸⁾ Bernt Engelmann: a. a. O., S. 125

⁹⁾ Ebenda, S. 77

¹⁰⁾ Ebenda, S. 71

dem Krieg reinen Tisch zu machen? Die Entwicklung im östlichen Teil Deutschlands beweist das Gegenteil.

In der Bundesrepublik, das bestätigt die Geschichte, hat der Sieg der restaurativen Kräfte zu einer noch gewaltigeren Besitz- und Machtkonzentration der Monopole und Banken, zu neuen Bedrohungen der Demokratie und der sozialen Sicherheit, zu Militarisierung und Aufrüstung und zu noch gefährlicherem Macht- und Atomkriegsstreben geführt.

Es liegt in der Verantwortung der demokratischen Kräfte, insbesondere der Gewerkschaften in der Bundesrepublik, daß die Entwicklung nicht in eine noch schlimmere Katastrophe führt wie 1945. Die Alternative zu dieser gefährlichen Entwicklung kann deshalb nur im Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte der Bundesrepublik und in ihrem gemeinsamen entschlossenen Auftreten für die Verteidigung des Friedens, der Demokratie und der sozialen Sicherheit bestehen.

Junge Genossen fragen, WISSEN UND TAT antwortet

Was steckt hinter Schröders und Mendes „neuer Ostpolitik“?

Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der EKD-Denkschrift hat sich in den letzten Monaten eine breitere öffentliche Diskussion über die sogenannte Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung entwickelt. Im Verlaufe dieser Diskussion sind eine Reihe Bonner Politiker, darunter Mende, Gradl, Schütz, Jaksch und Strauß, mit eigenen Denkschriften, Stellungnahmen, Büchern oder Plänen hervorgetreten, die neben einigen interessanten Eingeständnissen auch bestimmte „Reformvorschläge“

enthielten. Mit diesen Vorschlägen wird offenkundig versucht, die von Schröder entwickelte „neue Ostpolitik“ auszubauen. Bezeichnend dafür sind vor allem das „Spiegel“-Interview des Bonner „Vertriebenenministers“ Gradl, die von Schütz — dem Vorsitzenden des sogenannten „Kuratoriums unteilbares Deutschland“ — herausgegebene Denkschrift zur „Reform der Deutschlandpolitik“ sowie die Reden Mendes und Stephan Thomas auf der Kuratoriumstagung im Dezember 1965.

I.

Die endgültige deutsche Ostgrenze werde zwar „nicht die Oder-Neiße-Linie“ sein, aber auch „anders als die Grenzen von 1937“ aussehen, erklärte Gradl in seinem „Spiegel“-Interview. Überhaupt sei „die deutsch-polnische Grenzfrage nicht einmal das Primäre und nicht das Entscheidende“. Um die Wiedervereinigung zu erreichen, müsse man etwas als Preis anbieten, etwa den „Verzicht auf eine bestimmte Waffenart“, den „Verzicht auf irgendein Stück ostdeutsches Land...“, eine große wirtschaftliche Leistung wie kompakte Industrieanlagen und dergleichen mehr.¹⁾

Nach dem jahrelangen unnachgie-

bigen Beharren der Bonner Politiker nach einer Wiederherstellung der Grenzen von 1937 ist das zweifellos ein etwas anderer Ton. Ähnliche „neue Töne“ sind plötzlich von einer Reihe Bonner Politiker auch in der sogenannten Deutschland- bzw. Wiedervereinigungspolitik zu hören.

„Die Information unserer Bevölkerung über die Verhältnisse in Mitteldeutschland ist teilweise entstellt“, äußerte Mende auf der Kuratoriumstagung im Dezember 1965. „Manche Publikationen bewegen sich in der herablassenden Art der Arme-Leute-Behandlung vergangener Zeiten“. Es sei jedoch direkt „schädlich“, herablassend auf die „hervorragende Aufbauleistung“ in der DDR herab-

¹⁾ „Der Spiegel“, Hamburg, Nr. 4, vom 17. 1. 1966

zublicken.²⁾ Auf der gleichen Tagung forderte Stephan Thomas vom Ostbüro der SPD, „daß wir uns frei machen müssen von alten Klischees“. Man dürfe nicht länger die Augen verschließen vor der „unverkennbaren Stärkung“ der DDR, vor dem „wirtschaftlichen Auftrieb“ und den „positiven ökonomischen Resultaten, die mit dem neuen ökonomischen System, mit den neuen Reformen, zu tun haben“. Es dürfe auch nicht übersehen werden, daß sich die internationale Stellung der DDR gefestigt habe, daß die Bevölkerung der DDR „sich mit den Verhältnissen so gut wie möglich arrangieren“ wolle, ein eigenes Staatsbewußtsein entwickelt habe und durchaus „kein selbstverständlicher Verbündeter der Bundesrepublik“ sei.³⁾

Interessante Eingeständnisse, fürwahr! Dieselben Bonner Politiker, die jahrelang darin wetteiferten, ungezählte Lügen und Verleumdungen über die DDR zu verbreiten, die den

kalten Krieg in Deutschland anheizten und durch ihre Politik der Stärke, durch die Bindung Westdeutschlands an die NATO und durch die Atomrüstung den Graben zwischen den beiden deutschen Staaten immer mehr vertieften, die die Spaltung zementierten, um die DDR gewissermaßen durch einen Frontalstoß zu erledigen, — dieselben Bonner Politiker fordern nun plötzlich „eine möglichst enge Verklammerung“ zwischen beiden Teilen Deutschlands, „wenigstens auf menschlichem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet“, die „Vermehrung und Intensivierung technischer Kontakte“, den Ausbau des innerdeutschen Handels des Sportverkehrs, des kulturellen Austauschs, usw. usf.

Es ist nur natürlich, wenn hier die Frage auftaucht: Was geht da eigentlich vor? Sind das etwa Anzeichen für eine realistische Politik, für ein Abrücken von den bisher verfolgten Revanchezielen? Oder steckt etwas anderes dahinter?

II.

Die zahlreichen offiziellen Stellungnahmen und Erklärungen zur EKD-Denkschrift lassen nur einen Schluß zu: Das alles hat mit einer neuen Politik der Vernunft und der Verständigung mit der DDR nicht das geringste zu tun. Die Bonner Politiker und die hinter ihnen stehenden Kräfte der Rüstungsindustrie und der Hochfinanz haben ihr Ziel, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges rückgängig zu machen, durchaus nicht aufgegeben. Im Auftreten Schröders, Mendes, Grads u. a. werden im Gegenteil die Umriss neuer taktischer Varianten und Manöver sichtbar, mit deren Hilfe die revanchistische Zielsetzung in mehreren Etappen erreicht und die Bonner Politik auf das „Nahziel“, auf den **ersten Schritt** konzentriert werden soll: auf die Beseitigung der DDR, die den Ausgangspunkt für den **zweiten Schritt**, für die „Rückgliederung“ der ehemals deutschen Ostgebiete schaffen soll. Dabei sollen die neuen

taktischen Manöver dazu dienen, das sozialistische Lager aufzuweichen und so aufzuspalten, daß die DDR isoliert und der Weg zur Annexion, zur „Angliederung“ der DDR freigelegt wird.

Der CSU-Vorsitzende Strauß hat das in seinem Buch „Der große Entwurf“ ganz unverblümt ausgesprochen: „Wir benötigen eine Analyse der Ost-West-Situation, um die beste Form der Annäherung zu bestimmen, durch welche die internationale Organisation des kommunistischen Weltreichs aufgeweicht und dieses mit friedlichen Mitteln von innen her aufgebrochen werden kann... Eine solche Politik kann nur Schritt für Schritt zum Erfolg führen“ Deshalb müsse die Bundesregierung „die ost- und südosteuropäischen Völker an Westeuropa heranziehen: durch Tourismus, Sportveranstaltungen oder durch andere passende Mittel... Eine wirtschaftliche Zusammenarbeit sollte den kommunistischen Regimes nicht helfen, ihre Macht zu festigen... Wirtschaftshilfe sollte an bestimmte Projekte gebunden sein, die diese Länder enger an den Westen als an den Osten binden“.⁴⁾

²⁾ Zitiert nach: „Das Parlament“, Bonn, Nr. 51/52, vom 22. 12. 1965

³⁾ Zitiert nach: „Das Parlament“, Bonn, Nr. 1, vom 5. 1. 1966

⁴⁾ Zitiert in: „Die Welt“, Hamburg, Nr. 235, vom 9. 10. 1965

Diese Taktik der außenpolitischen Isolierung der DDR wird durch das Bemühen ergänzt, die DDR durch wirtschaftliche, kulturelle, technische und andere Maßnahmen an die Bundesrepublik zu ketten und diese Bindung zur Schwächung und Unterminierung der Arbeiter-und-Bauern-Macht auszunutzen. Das geht ziemlich deutlich aus den Ausführungen Mendes auf der Kuratoriumstagung im Dezember 1965 hervor: „Jede Maschine aus den Ländern unserer Partner ist ein Fortschritt im Sinne der Zwei-staatentheorie; sie macht Mitteldeutschland unabhängig von der west-deutschen Wirtschaft... Jede Maschine (west-)deutscher Firmen, die in Mitteldeutschland montiert wird, ist ein

Stück gesamtdeutscher technischer Verklammerung“. Bei alledem, so fügte Mende hinzu, dürfe man nicht übersehen, daß es „um die einzig möglichen politischen Gegenwirkungen gegen das Konsolidierungsstreben“ der DDR gehe.⁵⁾

Mit einem Wort: Menschliche Kontakte, wirtschaftliche, kulturelle, sportliche und andere Beziehungen sollen dazu benutzt werden, die DDR außenpolitisch zu isolieren und von innen heraus aufzubrechen, um sie für die beabsichtigte Annexion reif zu machen. Das ist der Sinn und der Zweck der neuen taktischen Manöver. Das ist es, was hinter Schröders und Mendes „neuer Ostpolitik“ steckt.

III.

Woraus erklären sich diese neuen Manöver? Warum diese neue Taktik? Die Sache ist die, daß die bisher bevorzugte Taktik des Frontalstoßes gegen die DDR gescheitert ist. Die DDR ist in den vergangenen Jahren immer stärker geworden, und die Handelsverträge mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern waren die Antwort auf die Bonner Versuche, die DDR zu isolieren. Jetzt befürchten die Bonner Strategen, den Anschluß zu verpassen. Es ist die Furcht, angesichts der wachsenden Stärke und der zunehmenden internationalen Bedeutung der DDR zu spät zu kommen und ins Hintertreffen zu geraten, die sie nach einer Anpassung ihrer Revanchepolitik an die veränderte Situation suchen läßt.

Hinzu kommt, daß die Bereitschaft der Westmächte, die Bonner Revanchepolitik uneingeschränkt zu unterstützen, nicht sonderlich groß ist. Die westlichen Staatsmänner zeigen wenig Neigung, sich von der Bundesregierung in einen europäischen Konflikt hineinzerren zu lassen. Zudem ist die

Bevölkerung der westlichen Nachbarländer von einem tiefen Mißtrauen gegenüber den Bonner Bestrebungen erfüllt. Der französische Staatspräsident de Gaulle hat das auf einer Pressekonferenz am 4. 2. 1965 ganz offen zum Ausdruck gebracht: „Um die Wahrheit zu sagen: die west-europäische öffentliche Meinung hat gegenüber der wirtschaftlichen Expansion, der militärischen Wiedergeburt und dem Wiederaufstehen der Bundesrepublik das Gefühl einiger Vorsicht, sogar einigen Mißbehagens an den Tag gelegt.“⁶⁾

Schließlich darf auch nicht übersehen werden, daß die öffentliche Diskussion über die EKD-Denkschrift allen realistischen und verantwortungsbewußten Kräften in der Bundesrepublik einen bestimmten Bewegungs- und Entfaltungsraum eröffnet hat. Damit entsteht für die aggressiven Kräfte in der CDU/CSU die „Gefahr“ echter Alternativen, eines verstärkten Auftretens aller Kräfte, die die Interessen der Nation und des Friedens den Bestrebungen der herrschenden Kreise entgegenstellen.

IV.

Bleibt die Frage zu beantworten: Vermindert die neue Taktik Schröders und Mendes die vom westdeutschen

Imperialismus ausgehende Kriegsgefahr? Vermindert sie seine Abenteuerlichkeit und Gefährlichkeit?

Solange Bonn an die Politik der Stärke, an der Atomrüstung und der Drohung mit ihrem Einsatz, an der Notstandsgesetzgebung und an seiner

⁵⁾ Zitiert nach: „Das Parlament“, Bonn, Nr. 51/52, vom 22. 12. 1965

⁶⁾ Zitiert nach: „Die Welt“, Hamburg, Nr. 31, vom 6. 2. 1965

revanchistischen Zielsetzung festhält, kann davon keine Rede sein. Die neuen taktischen Manöver stehen im Dienste der von Strauß offen ausgesprochenen Aufgabe: „Wir müssen die Machtgewichte in der Welt verändern, wir müssen das militärische Gleichgewicht der atomaren Abschreckung festigen, und wir müssen unsere politischen Anstrengungen intensivieren ...“⁷⁾ Diese Taktik zielt darauf ab, wie Schröder in einem Fernseh-Interview am 21. Mai 1965 bekannte, das langfristig geplante Ziel, die Eroberung der DDR, nach Möglichkeit auch durch „kurzfristige Veränderungen“ zu erreichen. „Deshalb müssen wir eine Politik betreiben, die an sich einen langen Atem hat, aber immer die Möglichkeit behält, auch kurzfristige Veränderungen wahrzunehmen. Darin sehe ich die Aufgabe.“

☆

Die Redaktion macht alle Freunde der Rubrik darauf aufmerksam, daß im Referat des Genossen Max Reimann auf der 7. ZK-Tagung (veröffentlicht in dieser Nummer) weitere grundle-

Noch unverhüllter bekannte Stephan Thomas vom Ostbüro der SPD, worin der Sinn der neuen taktischen Manöver besteht. Die Herstellung der deutschen Einheit werde „in jedem Fall“ eine „Risikostrecke“ einschließen, für die bereits jetzt „spezifische Elemente“ geschaffen werden müßten. „Das Erkennen dieser Risikostrecke und der Mut, in diese Risikostrecke eines Tages hineinzugehen“, dabei als „Träger eigener Machtrelationen“ zu handeln — das sei es, „was getan werden muß in unserer Zeit“.⁸⁾

Damit wird deutlich, daß die neuen taktischen Manöver der Bundesregierung letztlich darauf abzielen, krisenhafte Situationen in Deutschland herbeizuführen und die politischen Bedingungen für den möglichst nahtlosen Übergang vom kalten Krieg zum „Verdeckten Kampf“ und zum regional begrenzten Krieg zu schaffen.

☆

☆

gende Einschätzungen zu Fragen und Argumenten enthalten sind. Das gründliche Studium dieser Rede ist daher von größter Bedeutung gerade auch für unsere jungen Genossen.

Tatsachen aus der DDR

Großer Messeerfolg in Leipzig

Auf insgesamt 38 450 Quadratmetern präsentierten auf der diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse die kapitalistischen Länder Europas ihr Angebot. Das war wiederum eine größere Ausstellungsfläche als zur Jubiläumsmesse 1965. In einigen Branchen konnten dabei nicht einmal alle Flächenwünsche befriedigt werden. Wesentlich erhöht hatten u. a. ihre Messeflächen Frankreich, Schweden, die Schweiz, Österreich, Belgien und andere Länder. Frankreich und Großbritannien sind die beiden größten Aussteller unter den kapitalistischen Ländern. Aber auch in der qualitativen Beteiligung

zeigte sich, daß die westlichen Länder an die Frühjahrsmesse große Erwartungen knüpften. Nicht weniger als 27 der 50 führenden Konzerne Westeuropas waren in Leipzig dabei.

Diese zunehmende Beteiligung ist auch Ausdruck der Tatsache, daß der Handel der DDR mit den Staaten Westeuropas ständig wächst. Auch diese Länder können und wollen nicht daran vorübergehen, daß die DDR dank ihrer guten ökonomischen und technischen Entwicklung zu einem immer interessanteren Partner des internationalen Handels und der internationalen Arbeitsteilung wird.

Messe im Urteil der internationalen Presse

„Le Monde“:

„Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Frühjahrsmesse einen neuen Fortschritt der DDR bezeichnet“, kommentiert das einflußreiche Pariser Blatt. Es sei nicht verwunderlich, „daß die unbestreitbaren Fortschritte der DDR und das hohe technische Niveau, das sie erreicht hat, die anderen Länder

⁷⁾ Zitiert nach: „Die Welt“, Hamburg, Nr. 235, vom 9. 10. 1965

⁸⁾ Zitiert nach: „Das Parlament“, Bonn, Nr. 1, vom 5. 1. 1966

bestimmt haben, in Leipzig auch ihre neuesten technischen Entwicklungen zu zeigen“.

„Financial Times“:

„Eine Rekordzahl britischer Aussteller nimmt an der diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse teil. Diese Zahl kann nicht einfach durch das Interesse der Ostdeutschen an britischen Erzeugnissen erklärt werden... Die Erklärung liegt eher darin, daß die britischen Geschäftsleute die Messe als guten Treffpunkt betrachten, um mit tatsächlichen und möglichen Kunden aus Osteuropa als Ganzes gesehen zusammenkommen.“

„Newsweek“:

Das amerikanische Nachrichtenmagazin würdigt in einer Ausgabe die wirtschaftliche Entwicklung der DDR. Es hebt hervor, die Bevölkerung der DDR sei von berechtigtem Stolz erfüllt, „den die Ostdeutschen über ihre in den letzten 16 Jahren erzielten Leistungen auf wirtschaftlichem, sozialem und erzieherischem Gebiet empfinden“. Es sei ein Stolz, der seinen Ausdruck in den oft gehörten Worten findet: „Das haben wir alles allein geschafft.“

„Svenska Dagbladet“:

Die angesehene schwedische Tageszeitung veröffentlichte einen ausführlichen Bericht ihres Korrespondenten aus der Messemetropole. Darin heißt es: „Die Leipziger Messe ist wieder eine der großen Warenmessen der Welt und wird wohl als allgemeine Warenmesse überhaupt die größte sein... Sie ist und bleibt das große Schaufenster des Ostblocks für die Umwelt...“

„Neue Rheinzeitung“:

In einem Bericht von Jens Feddersen, Chefredakteur der in Düsseldorf erscheinenden Zeitung, heißt es: „Heute, im Frühjahr 1966, fehlt in Leipzig kein einziger der großen Namen aus der Wirtschaftswelt des Westens; alle sind da, vornweg die Stahl-, Elektro- und Chemiekonzerne der Bundesrepublik und Frankreichs. Es ist, so sieht man hier, wieder selbstverständlich, an der Pleiße zu repräsentieren und die Messe als Kontaktpunkt für das europäische Ost-West-Geschäft zu nutzen. Der Weltmarkt macht der DDR den Hof.“

Buch-Export der DDR gestiegen

Die DDR nimmt in der Buchproduktion einen der vordersten Plätze der Welt ein. 1965 wurden etwa 5400 Titel mit einer Gesamtauflage von 96,5 Millionen Exemplaren herausgegeben. Damit wurden pro Kopf der Bevölkerung 5,7 Bücher produziert. In Westdeutschland sind es etwa 2,3 Bücher. 60 Prozent der Buchproduktion entfallen dabei auf die Belletristik.

Diese Zahlen wurden auf der traditionellen Pressekonferenz des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler anlässlich der Leipziger Frühjahrsmesse bekanntgegeben. Unter den 5400 Titeln befinden sich 800 Übersetzungen, die eine Auflage von 12,5 Millionen Exemplaren erreichten. Diese 13 Prozent ausländischer Literatur drücken eindeutig die Weltoffenheit des Verlagsschaffens der DDR aus. 1965 erwarb die DDR allein 264 Lizenzen aus der Bundesrepublik und Westberlin und vergab 76. Während in der Bundesrepublik die erste Auflage normalerweise nur 3000 Exemplare beträgt, wurden in der DDR von den meisten Titeln bis zu 19 000 Exemplare gedruckt.

Der Deutsche Buch-Export-Import GmbH pflegt Handelsbeziehungen mit über 100 Staaten der Welt. Seit seiner Gründung 1953 konnte er den Export von Büchern und Zeitschriften verfünffachen. Dabei wurde der Export ins kapitalistische Ausland allein von 1964 zu 1965 auf 114 Prozent erhöht. Schon jetzt zeichnet sich ab, daß der Export in diesem Jahr noch steigen wird. Gleichzeitig nehmen die Koproduktionen mit ausländischen Verlegern zu.

1,4 Millionen Ausländer besuchten DDR

Von Jahr zu Jahr nimmt die Zahl der Besucher zu, die aus dem Ausland, aus der Bundesrepublik und Westberlin in die DDR kommen. Es spricht für die wachsende Anziehungskraft der DDR, daß 1 444 060 Ausländer im Jahre 1965 in die DDR eingereist sind. Davon hielten sich 821 127 ausländische Bürger mit Tagesaufenthalts-genehmigungen in der Hauptstadt Berlin auf. (1964 weilten 845 125 ausländische Bürger in der DDR, davon

565 000 mit Tagesaufenthaltsgenehmigungen in Berlin).

2 862 064 westdeutsche Bürger kamen im vergangenen Jahr in die DDR, davon reisten 1 580 403 mit Tagesaufenthaltsgenehmigungen in die Hauptstadt ein. Während der Passierscheinabkommen weilten 1 906 999 Westberliner zu Ostern und Pfingsten 1965 sowie zu Weihnachten/Neujahr 1965/66 bei ihren Verwandten in der DDR-Hauptstadt.

Der Reiseverkehr aus der DDR in das Ausland hat im letzten Jahr beachtlich zugenommen. 1965 fuhren 1 213 468 Bürger der DDR besuchsweise ins Ausland

Der FDGB im Betrieb

In den Betrieben werden jährlich Betriebskollektivverträge und Betriebsverträge abgeschlossen, die die Verpflichtungen des Betriebsleiters und der Gewerkschaft zur Erfüllung des Betriebsplanes und der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen enthalten.

In den 19 000 Konfliktkommissionen mit 160 000 Mitgliedern werden arbeitsrechtliche und auch kleinere Straffälle durch die Gewerkschaftsmitglieder selber geklärt. Durch die 55 000 Arbeiterkontrolleure ist der

FDGB an der Arbeit der Arbeiter- und Bauern-Inspektion beteiligt.

Der FDGB hilft bei der Organisation der 6 500 betrieblichen Kinderferienlager, in denen in diesem Jahre etwa 800 000 Kinder ihre Ferien verbringen.



Bomben fallen — Kurse steigen
Zeichnung von B. Jefimow aus „Iswestija“

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

Aus dem Referat des Genossen Max Reimann:

„Die Verschärfung der Lage
und die westdeutsche Arbeiterbewegung“ 2

Aus der Diskussion der 7. ZK-Tagung 36

Ein historischer Auftrag der Arbeiterklasse 1945 und heute 46

Junge Genossen fragen — Wissen und Tat antwortet 50

Tatsachen aus der DDR 53

